

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis Prämienkonto:
Wochensatz 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonelle
ober deren Raum 40 Pfg. für
vollständige und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Wahlkartell der Zollwucherer.

Die Vorgänge beim Zollkampf waren nur eine General-
probe. Das Norddorf-Kartell erprobte seine Kräfte für die
kommenden Reichstagswahlen. Das vor keiner Gewaltthat
zurückschreckende Bündnis der Zollbände von Kröcher über
Spahn bis Wassermann ist nicht nur wegen des Zolltarifs,
sondern wegen der Reichstagswahlen geschlossen worden.

Die Zeiten der Kartellwahlen kehren wieder. Unter
dem Rosafenschrecken der Septennatwahlen schlossen sich
1887 Konservative, Reichsparteiler und Nationalliberale
zu gemeinsamer Aktion zusammen. Es war — die
Erinnerung ist heute nicht uninteressant — der
Freiherr v. Hammerstein, der nachmals im Zuchthaus Ver-
lorene, der seitens der Konservativen das Geschäft leitete. Von
niemand wurde das Kartell heftiger bescholten als vom Centrum.
Die liberale Presse spottete damals über den „Anobloch-
Bund“. „Auf gegen die Rameludenpartei!“ — erscholl der
Kampfruf. Umgekehrt bezeichneten die Nationalliberalen
Windthorst als den Totengräber der deutschen Einheit. Das
Centrum beharrte auf seiner Opposition, obwohl es der Papst
selbst regierungsfreundlich zu stimmen suchte. Es gab denn
auch den verrufenen Kartell-Reichstag, dessen erste That eine
Beeinträchtigung des Wahlrechts war insofern als er die
Legislaturperiode auf fünf Jahre verlängerte. In den Wahlen
von 1890 brach das Kartell elend zusammen.

Jetzt taucht das Gespenst wieder auf. Aber es hat sich
erheblich geändert. Das Kartell von 1903 umschließt die
sämtlichen Votwucher-Parteien, die unter Norddorfs
Führung Recht und Gesetz nichtswürdig brachen. Ein brüder-
liches Band umschließt das katholische Centrum, den weiland
Kulturkampf-Liberalismus und die beiden konservativen
Parteien. Ausgeschlossen sind nur die Freisinnige Vereinigung
und Volkspartei; Eugen Richter ist trotz seines Zollverrats nur
hier und da als Aushilfe der Gnade teilhaftig geworden, in das Kartell
aufgenommen zu werden. Außerdem sind die Cirkus-Vusch-
Männer des 7/8-Mark-Zolles formell nicht dabei, was aber
nicht viel bedeutet, da die Konservativen ja doch ihre Geschäfte
beforgen. Es handelt sich also um ein Wahlkartell „der
mittleren Linie“, von dem man anzunehmen hat, daß ihm
auch die Unterstützung der Berliner Regierung gehören
wird, deren erwartetes Wahlprogramm im wesentlichen
übereinstimmend mit dem Kartellprogramm sein dürfte. Die
Spitze des Kartells richtet sich natürlich gegen die
Socialdemokratie.

Es gehört zur Taktik der Spießgesellen der Norddorfferei,
daß sie ihren Seelenbund zu verschleiern suchen. Man wünscht,
wie beim Zollkampf, das Kartell nicht offen zu legitimieren.
Man spielt wieder die Komödie der Uneinigkeit.
Während man hinter den Coulissen bereits den Pakt abschließt.
So spottet die „Korrespondenz für Centrumsblätter“ eben sehr
über die „Utopie“ eines Zusammenschlusses aller an dem
Zustandekommen des Zolltarifs beteiligten Parteien. „Die
Konservativen“ — so heißt es in dem Centrums-Organ —
„die sich dem Bunde unterworfen haben, sollen dem
Centrum und den Nationalliberalen ihre Mandate
garantieren, während der Bund darauf ausgeht, möglichst
viele Abgeordnete dieser beiden Parteien durch extreme
Agrarier zu verdrängen? Die Konservativen sind ja selbst
ihrer Mandate nicht sicher, da der Bund sich vorbehalten hat,
alle diejenigen Konservativen auszumergeln, die für den Zoll-
tarif gestimmt haben. Und die Nationalliberalen sollen dem
Centrum seine Mandate garantieren, das sie schon aus kultur-
kämpferischen Gründen wie bisher beschden werden und gegen
das sie insbesondere in Süddeutschland den erbittertesten Krieg
führen? Sie liegen ferner nicht allein mit den Konservativen
und dem Bunde in Fehde, sondern auch unter sich. In dem
einen Wahlkreise suchen sie ein Bündnis mit dem Bunde der
Landwirte, so in Koburg, in Hannover sind sie höchst ent-
rüstet über alle Versuche des Bundes, in ihre Domäne ein-
zudringen.“

Solche Auslassungen bezwecken nichts wie eine Ver-
wischung der Fährte — ganz wie bei der Zollpöffe. Damit
aber künftig nicht Eugen Richter wieder der stammenden Welt
verrät, erst die läppische Wahltaktik der Socialdemokratie
habe die feindlichen Kartellparteien zusammengeschweißt, sei
schon in diesem Augenblick auf Grund unbestreitbarer
Informationen festgestellt, daß sehr eifrig und
sehr ernsthaft an dem Kartell gearbeitet wird.

Der Generalstab der nationalliberalen Partei hat bereits
einen vollständigen Mobilmachungsplan ausgearbeitet. Wir
werden im Folgenden einiges von diesem Plan mitteilen, der
gewissermaßen den Kuhhandelvertrags-Entwurf
der Nationalliberalen darstellt. Wir erfahren aus diesem
autonomen Tarif des Wahlkuchers, wie sich die Leitung
der nationalliberalen Partei die Verteilung der Mandate

innerhalb des Kartells denkt. Es handelt sich um den Plan,
die Wahlkreise zu organisieren,
in welchen gemeinsame Interessen gegen die Socialdemokratie wahr-
zunehmen sind.

Ueber die in Betracht kommenden ostelbischen Wahlkreise
hat die nationalliberale Parteileitung ungefähr folgende Auf-
fassung:

Der konservative Besitzstand in Oberbarnim und
Ludenwalde, der konservativ-antisemitische in Potsdam
scheint stark gefährdet.

In Muppin, Kalau, Stralsund, Landsberg a. W.,
Landeshut und Hirschberg i. Schl. werde die Social-
demokratie den Freisinn überflügeln. Dann kommt in
ersteren drei Kreisen der konservative mit dem Social-
demokraten in Stichwahl und der konservative Besitzstand
erscheint damit gesiegt.

Landsberg a. W., Landeshut und Hirschberg gehen damit
dem Freisinn verloren. Die Kandidaturen wären
zu vereinbaren, — im Zusammenhang mit Görlich,
Waldenburg und Reichenbach i. Schl.

In Görlich kann es kommen, daß die „Ordnungs-
parteien“ — (das ist der Kriegsname des Kartells) —
schon jetzt stärker sind als der stark in Abnahme begriffene
Freisinn. Dann Stichwahl zwischen Ordnungsparteien und
Socialdemokraten.

Von Waldenburg hofft man, daß es den Socialdemokraten
abgenommen werden könne, während man den Centrumskreis
Reichenbach für stark bedroht hält.

Aus dieser Auffassung ergibt sich das folgende Kom-
promiß: die Nationalliberalen stellen den Kartellkandidaten
in Görlich, Hirschberg und Waldenburg, stimmen zum Entgelt
in Reichenbach für das Centrum und in den anderen Kreisen
für die Konservativen.

Um Brandenburg der Socialdemokratie zu entreißen, will
man die äuffersten Anstrengungen machen und rechnet dabei
sogar auf freisinnige Hilfe.

In Frankfurt a. O. sind, wie vom nationalliberalen Parteivor-
stand beklagt wird, die Nationalliberalen verstimmt, weil
Herr Jellisch den bisherigen freikonservativen Kandidaten ver-
drängt hat, ohne daß man ihn auch nur gefragt hat.

In der Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig
wird nach nationalliberaler Auffassung der Freisinn von den
Socialdemokraten in den Kreisen Merseburg, Nordhausen
und Langensalza verdrängt, so daß die Rechte die national-
liberale Stichwahlhilfe braucht. Dafür wird eine Beendigung
der konservativ-liberalen Kämpfe in Halberstadt und Wanz-
leben gefordert. Ferner verlangen die Nationalliberalen die
Unterstützung aller Ordnungsparteien in Wschersleben, Raumburg,
Braunschweig, Holzwinden, Dessau, Verburg, Neu-
haldensleben und Wolfenbüttel. In diesen Kreisen sollen die
„Ordnungsparteien“ insbesondere den Nationalliberalen gegen-
über dem Vorstoß der Landwirtebündler und Antisemiten
helfen, die als „extreme Rechte“ in die Kartell-Nacht gethan sind.

Was Nord- und Nordwest-Deutschland anlangt, so
haben die Nationalliberalen in Mecklenburg nichts zu kuh-
handeln. Hamburg und Lübeck bleiben den Roten. Auch
Bremen ist, wie sie befürchten, nicht mehr zu halten.

In Hannover und Schleswig-Holstein liegen sich die
Nationalliberalen mit den Bändlern und Antisemiten in den
Haaren. Sie heischen in dieser Kahlbalderei mit den Extremen
die Hilfe der Ordnungskonservativen.

In Oldenburg soll das Kartell eine beliebte Persönlichkeit
aufstellen — Konfession, will sagen Partei gleichgültig. Diese
Beliebtheit kommt dann mit den vordringenden Socialdemo-
kraten in die Stichwahl und mit freisinniger Hilfe zum Siege.

Für das freisinnige Kiel und das nationalliberale Harburg
hegt man ernste Besorgnisse — sie werden rot.

Dafür möchte man Flensburg den Antisemiten abnehmen,
indem die Nationalliberalen sich mit den Freisinnigen ver-
ständigen, die gelegentlich doch ins Kartell einbezogen werden.

In Königreich Sachsen, Thüringen, Kurheffen,
Waldeck werden folgende Abmachungen vorbereitet. Für
Birma und Kassel fürchtet man, nicht minder auch für
Flöha, Altenburg, Plauen. In Birna, Kassel und Plauen
hofft man auf den Freisinn. Die Kartellverhandlungen in
Sachsen sind bisher zu keinem rechten Ergebnis geblieben.
In Thüringen sind die nationalliberalen Ausfahrten gleichfalls
wenig aussichtslos. Wohl aber giebt man sich der Hoffnung
hin, Weimar, Sonneberg und Hanau für die Ordnungsparteien
wieder zu gewinnen; auch hier wird der Freisinn in die
Kombination einbezogen. In Weimar soll ein nationalliberaler,
in Sonneberg ein freisinniger Sammelkandidat den Ketter aus
der Rot spielen. Dafür sollen Nationalliberale und Freisinnige
in Hanau einem konservativen Gefolgshaft leisten.

Westfalen, Frankfurt a. M., Nassau, Rheinprovinz:
In Höchst und Bielefeld bieten die Nationalliberalen dem
Centrum Trost; sie werden ihm beim Kuhhandel in diesen

Kreisen einen heftigen Angriff androhen, sofern es ihnen nicht
in Wiesbaden und Pzerlohn gegen den Freisinn zu Hilfe
kommt. In Dortmund, Bochum und Duisburg soll das
Centrum den Nationalliberalen ohne eigne Kraftprobe gegen
die Socialdemokraten beistehen. Umgekehrt würden dann die
Nationalliberalen in Düsseldorf, Arefeld und Köln zu Gunsten
des Centrums verzichten.

In Süd- und Südwestdeutschland wollen sich gleichfalls
Centrum und Nationalliberale gegenseitig unter die Arme
greifen. Die Nationalliberalen verpflichten sich, dem Centrum
seinen Besitzstand in Mainz, Würzburg und Kronach zu sichern,
und wollen dafür mit Centrumshilfe den Socialdemokraten
Karlstraße und Pforzheim abnehmen, sowie Kaiserlautern und
Speyer erobern. Gerade in Süd- und Südwestdeutschland
fürchten die Nationalliberalen den Abfall liberaler Kreise —
den sie nur durch liberalen Zugang zu erfuchen begehren.

Das ungefähr ist das nationalliberale Angebot im Kartell-
schacher. Es wird zwar noch zwischen den Ordnungsparteien
manche Auseinandersetzung um die Größe des Anteils geben
— wie beim Zollkampf — aber schließlich werden sie — auch
wie beim Zollkampf handelseins werden. Die Furcht vor
der Socialdemokratie löst alle Partei-Unterschiede aus:
Börsenjuden und Agrarier, Handwerksmeister und Groß-
industrielle, liberale Pfaffenfresser und tiefschwarze Jesuiten —
alles eint sich im Kampfe gegen die Socialdemokratie.
Sehen wir doch, daß auch der Freisinn hier und da
dem Kartell Dienste leisten darf. So wird den nächsten
Wahlen der Massencharakter so scharf und unzweideutig auf-
geprägt werden wie nie zuvor. Uns überrascht diese Ent-
wicklung nicht, noch weniger erschreckt sie uns. Wir wissen
längst, daß wir allein stehen — eine Welt von
Feinden ringsum. Und gerade in dieser starken,
reinen Einsamkeit liegt unsere trostige, unbezwingbare
Kraft. Das von manchen Freisinnigen gefungene Lied
von dem Kartell der Linken gegen die junkerlich-
agrarische Reaktion ist eitel Wind. Das Kartell
aller „Ordnungsparteien“ aber vom Junker, Pfaffen, Bantier
bis zum biederen Mittelständler ist die greifbare Wahrheit und
das bedeutsame Wahrzeichen der nächsten Wahlen. Ein neuer
Kartellreichstag soll erstehen, der bestimmt ist, die Rechte des
Volkes, in erster Linie das Wahlrecht, zu zertreten. An uns
wird es sein, die Hoffnungen der Ordnungshorde zu Schanden
zu machen.

Handglossen zum Militär-Etat.

Es soll uns geschrieben:
Im Folgenden soll auf einige unfres Wissens bisher nicht be-
achtete Positionen des Militär-Etats hingewiesen werden, bei denen
mit Leichtigkeit Ersparnisse gemacht werden können und gemacht
werden müssen.

Es werden im Etat für die Regimentskommandeure und die
sämtlichen Stabsoffiziere des 1. Garderegiments zu Fuß
und des Regiments der Garde du Corps sowie für
den Kommandeur des Lehr-Infanterie-Bataillons je 1440 M. „Zisch-
geld“ verlangt. Weiter erhält jeder Hauptmann der erst-
genannten Regimente 720 M. Der Spatz dürfte jährlich auf
mindestens 25 000 M. sich belaufen. Warum bekommen denn
diese Herren ein besonderes Zischgeld, obwohl sonst in ganz
Deutschland kein Oberst, kein Stabsoffizier und kein Haupt-
mann ein solches bezieht? Haben die Herren vielleicht härteren
Appetit? Wenn die übrigen 336 preussischen Oberste, 945 Bataillons-
kommandeure und 317 Hauptleute sich mittels ihrer Wagen salzesten
können, so werden es wohl die Herren vom ersten Garderegiment
zu Fuß z. auch fertlg bringen.

Auf Seite 92 des Etatsgesetzes ist ferner verzeichnet:
„Douceurgeld bei dem Regiment der Garde
du Corps 3000 M.“ Was bedeutet das? Wer bekommt dies
Geld? Warum braucht das Regiment, in das bekanntlich nur sehr
reiche Leute als Offiziere eintreten können, ein Douceurgeld, während
alle übrigen deutschen Regimenter kein solches erhalten? Gleich nach
diesem Douceurgeld heißt es: „Kleiderzuschußgeld für jeden
Offizier bei dem 1. Garderegiment zu Fuß, bei dem Regiment Garde du
Corps sowie für den Kommandeur des Lehr-Infanterie-Bataillons
180 M.“ Weshalb dieses Privilegium? Können alle anderen Offiziere des
Deutschen Reiches ihre Uniformen ohne staatlichen Zuschuß bezahlen,
so wird es den Offizieren vom 1. Garde-Regiment zu Fuß, vom
Regiment der Garde du Corps und dem 10 000 M. beziehenden
Kommandeur des Lehr-Infanterie-Bataillons auch möglich sein.

Diese soeben besprochenen Forderungen sind so recht charakteristisch.
Während man kalt lächelnd zusieht, wie die Invaliden der untersten
Grade darben und hungern, schant man aktiven Offizieren, die jähr-
lich 8000—10 000 M. Sage beziehen, auch noch 1440 M. Zischgeld
sowie einen Kleiderzuschuß zu und giebt einem Regiment, das
Millionäre in seinen Reihen zählt, 3000 M. „Douceurgeld“!
Auffällig sind auch die relativ sehr hohen Summen, die für die
Unterhaltung der Armeefahrer (also nicht Re-
ananschaffungen) verlangt werden: Pro 1903 191 552 M., nachdem
1902 schon 180 650 M. bewilligt wurden. Für die zehn
preussischen Kriegsschulen werden zur Neuananschaffung von
Fahrrädern in Summa 64 500 M. ratenweise gefordert. Die
Rate pro 1903 beträgt 12 900 M. Wir müssen hier doch die Frage
aufwerfen, wozu die Kriegsschulen so viele Fahrräder brauchen. Auf
der Kriegsschule werden die künftigen Offiziere in erster Linie
theoretisch ausgebildet. Die zur Verfügung stehende Zeit ist so
wie so schon sehr knapp, allzu knapp. Soll vielleicht den Kriegs-
schülern auch noch das „Nadeln“ gelehrt werden, das sie ganz gut

Bei der Truppe lernen können, so weit sie es nicht schon verstehen? Ein Militär-Jahresbuch kommt übrigens auf 210 M. Erhöht man, daß die Armee die Jahresbücher in Massen bestellt, so erhöht der Preis sehr hoch. Wird da am Ende wieder einmal ein Armeelieferant schnell zum Millionär gemacht?

Recht harmlos nehmen sich nach dem Etat die **Manöverkosten** aus. Sie betragen nämlich inklusive Vergütung für Zurückbehaltung nur 2 092 880 M. Der Grund hierfür ist sehr einfach: Der größte Teil der Manöverkosten ist eben über den übrigen Etat verstreut und tritt unter allen möglichen Titeln auf. Hier Remedur zu schaffen und zu verlangen, daß endlich einmal Klarheit darüber wird, wie viel die Manöver, vor allem die Kaisermanöver wirklich kosten, wäre auch Sache des Reichstages.

Sehr interessant sind auch die **Gebährnisse auf Pferderationen**. Der Kriegsminister und sächsische Kommandierenden Generale haben Anspruch auf je 8 Rationen. Was diese doch schon älteren Offiziere mit 8 Pferden anfangen, weiß niemand, denn jedes Pferd muß doch im Tage mindestens eine bis zwei Stunden im Freien bewegt werden. Somit hätte ein solcher General ungefähr 4 Leute nötig, nur um seine Pferde zu reiten oder zu fahren. Erhält aber ein General 8 Rationen, so macht dies im Jahr etwa 4000 M. aus und viele Tropfen geben ein Meer. Ferner sind mehrere höhere Offiziere, die gar keinen Truppendienst thun, sondern Vorstände von Militär-Bildungsanstalten sind, zu drei Rationen berechtigt. Wozu benötigt der Direktor einer Kriegsschule, einer Kriegsakademie z. B. 3 Pferde? Wenn ein solcher Herr 1, höchstens 2 Pferde hat, genügt es vollumfänglich.

Eine vollkommen überflüssige Ausgabe, die nicht weniger als ca. 10 000 M. pro Jahr verschlingt, ist darin zu sehen, daß eine ganze Bataillonsmusik für die Haupt-Kadettenanstalt gestellt wird. Eine Kadettenanstalt bedarf einer Bataillonsmusik nicht. Das bayerische und sächsische Kadettenkorps kommen ohne Musik aus, also kann das preussische wohl auch darauf verzichten.

Seite 250 des Etats giebt einen kleinen Einblick in die sonderbare Sparfamkeit, die bei **militärischen Bauten** geübt wird. Dem kommandierenden General in Metz soll ein Dienst-Wohngebäude, also ein Gebäude nur zum Wohnen, errichtet werden. Bureau Räume befinden sich nicht in diesem Haus. Trotzdem werden dafür 570 000 M. verlangt. Die Einrichtungskosten — ein kommandierender General hat Anspruch auf eine möblierte Dienstwohnung — sind auch nicht inbegriffen. Diese werden erst in einem späteren Etat erscheinen. Der kommandierende General in Metz kostet somit alles in allem (30 000 M. jährlich bar, 8 Rationen, freie möblierte Dienstwohnung) auf 60 000 M. jährlich. Und die anderen kommandierenden Generale werden nicht viel billiger sein, da sie ja alle ebenfalls Palais bewohnen.

Weiter wird dann ein Gebäude für die **Bureau Räume** des Corpskommandos in Metz und seiner Intendanturen gewünscht. Die Geschichte kostet auch „nur“ 500 000 M.

Wir haben im Obigen hauptsächlich kleinere Forderungen unter die Lupe genommen. Aber auch diese Betrachtung, die sich leicht weiter ausdehnen ließe, zeigt, daß alle Verschönerungen von der großen Sparfamkeit, die angeblich herrscht, blauer Dunst sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Februar.

Reichstag.

Schwäbden Stöder ist in den letzten Jahren arg heruntergekommen. Sein glatt rasiertes Frisiergeschäft ist mager geworden, und die tiefen Wangen, die es durchsichtigen, lassen die außerordentliche Entvölkerung seines Mundwerks noch mehr als früher hervortreten. Dieser körperliche entspricht nur dem geistigen Verfall des Mannes. Zu den stärksten gehörte er nie. Er hatte eine Zeilung den Glauben zu verbreiten verstanden, daß er den sozialdemokratischen Berliner Arbeiter in Viree eines Hofsalakien zu leiden verstehen werde, und als dieser aussichtslose Versuch gescheitert war, wurde er sehr rasch ins alte Eisen geworfen. Die Veröffentlichung des Scheiterhaufenbriefes nahm ihm den letzten politischen Kredit bei den Konservativen. Seitdem sitzt er unter der Decke wie eine Antiochia, wie eine Mumie. Er ist ein politisch toter Mann, das weiß alle Welt, nur er selber weiß es nicht. Alle zwei Jahre etwa will er sich von seinem Leben im Reichstage überzeugen, und da ihm nie etwas Neues einfällt, kann er es nur in der alten Form thun, daß er die Socialdemokratie beschimpft. Er mag sich vielleicht einbilden, daß er sich auf diese Weise als wertvolles Mitglied des Ordnungsrates in empfehlende Erinnerung zu bringen vermag. Aber auch dann mißte er es etwas geschickter anfangen, als er es heute thut.

Webel hat sicherlich sehr viele heftige Feinde im Reichstag, die ihn mit allen Kräften ihres Herzens hassen und ihm den Unter- gang wünschen. Aber Singer konnte heute mit Recht sagen, daß von all diesen wilden Feinden auch nicht einer die Lauterkeit des Charakters, die Ehrlichkeit der Gesinnung unfreier Genossen in Zweifel zu ziehen wagen würde. Und nun kommt Herr Stöder und beschuldigt Webel in bitteren Worten des Meineides. Denn das hat er gethan, wenn auch die drei Präsidenten seinen Worten die mehr als lebenswichtige Interpretation gaben, daß er nur gesagt habe, in schwedischen Wätern habe ein gewisser Schumann eine derartige Beschuldigung gegen Webel erhoben.

Kein Herr Stöder hat, gestützt auf die Autorität dieses famosen „Schweizers“, die alberne Beschuldigung sich zu eigen gemacht. Er führte dabei eine wunderbare Komödie mit diesem unbekanntem Schumann auf. Er that so, als wisse er gar nicht, daß hinter diesem biederen Schweizer Bürger der Polizeispigel Normann-Schumann steck. Ein Schauspieler hätte von Herrn Stöder lernen können, wie er in seiner dritten Rede sich scheinbar bescheiden bemühte, auf den Namen dieses vielgenannten Normann zu kommen, wie er sich scheinbar die Zunge zerbrach, um diese zwei leichten Silben auszusprechen. Schon diese Räthsel zeigen, wie schlecht die Dinge für Herrn Stöder verlaufen. Das Ende war, daß er unfreier Genossen das Anerbieten machte, er wolle erklären, daß er Webel für unfähig halte, einen Meineid zu leisten, wenn unfreie Genossen erklärten, sie hielten ihn, den Stöder, dessen auch nicht für fähig. Webel braucht keine Ehrenerklärungen Stöders, der mit diesem Vorschlag nur beweist, daß ihm die öffentliche Moral ein Handelsgeschäft ist.

Webel selber war in der Sitzung nicht zugegen. Unfre Genossen Reichhans, Wurm, Ledebour und Singer ließen Herrn Stöder die diesjährige Jährtagung zu teil werden. Zu Hilfe kam ihm niemand. Selbst der Beifall der Rechten ließ im Verlauf der Debatte nach, und das widerliche Geräusch verschwand aus dem Gesicht des eisenstrigen Pfaffen. Höchst heimlich klangen seine letzten Erwidrerungen, die er an Herrn Lenzmann zu richten hatte, der zur Charakteristik Stöders aus eigener Erfahrung etliches Material beizubringen wußte.

Von Socialpolitik war bei diesem Gange der Verhandlung natürlich nicht viel die Rede. Reichhans gab eine Kritik der Gewerbeinspektion in Sachsen-Meiningen, und Herzfeld regte die für die Seelen die wichtige Frage an, ob die am 1. April d. J. in Kraft tretende neue Seemannsordnung auch für die vor diesem Termine abgeschlossenen Heuerverträge gelte.

Von den übrigen Parteien sprachen noch Herr Crüger, der durch wirtes Gerede seine Position zu verbessern suchte, und Herr Schwarz-Lippstadt, der in einer antisemitischen Rede die Bereitwilligkeit des Centrums ausdrückte, bei den kommenden Wahlen sich dem großen Ordnungsrat gegen die Socialdemokratie anzuschließen.

Die socialpolitische Generaldebatte fand durch Erschöpfung der Rednerliste ihren natürlichen Abschluß. Dagegen begann die Generaldebatte über die vielfachen Materien, die neben der Socialpolitik dem Reichsamt des Innern unterstehen. Herr Voßh-Coburg feierte mit seinem 70. Geburtstage auch das Jubiläum seiner 70. Vogelshauptide. Herr Sachnide forderte eine Fahrordnung für Automobile und Fahrräder und Herr Stöckmann verlangte, daß das Schweiß, das der Tagelöhner zum Marke bringt, von der Untersuchung des Tierarztes verschont bleibt. Es sind recht verschiedene Gebiete, in denen Graf Kosadovsky von Amtsbegen Weisheit wissen muß.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch die zweite Lesung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt und nicht nur das Gehalt des Ministers bewilligt, sondern noch eine ganze Reihe anderer wichtiger Etatspositionen im Rausch erledigt.

Die sogenannte Generaldebatte gleich einer gemächlichen Unterhaltung am Bierisch. Die kanegiehernde Philister verbreiteten sich die Herren über alle möglichen Fragen, über das Börsengesetz, den Befähigungsnachweis, die Kanalvorlage, den Zolltarif, die socialdemokratische Obstruktion, das Schaffstellersuchen in den Großstädten, die schlechten Stiefel, die man angeblich in Warenhäusern kauft, und über tausend andre welterschütternde Fragen. Daß dabei an eine Vertiefung der Debatte nicht zu denken ist, leuchtet von selbst ein. Von Bedeutung ist die Mitteilung des Handelsministers, daß der Entwurf eines **Börsengesetzes bereits im Oktober fertiggestellt war, aber dem Reichstage mit Rücksicht auf die parlamentarische Lage nicht zugegangen ist.** In Wirklichkeit ist die Einbringung der Novelle unterblieben, weil die Regierung die Agrarier nicht vor den Kopf stoßen wollte. Herr Müller erkennt selbst an, daß die Erwartungen, die sich an das Börsensteuer-Gesetz geknüpft haben, nicht in Erfüllung gegangen sind, er giebt zu, daß im reichsständischen Interesse eine Herabsetzung des Börsenstempels notwendig sei, aber aus Furcht vor den Agrariern wagt er nicht, die Konsequenz aus seinen Anschauungen zu ziehen. Und nicht nur der Minister, sondern auch die Nationalliberalen, sind allmächtig zu der Einsicht gelangt, daß das Börsensteuer-Gesetz ein großer Fehler war. Zwar haben sie seiner Zeit im Reichstage für das Gesetz gestimmt, aber nur, weil sie seine Wirkungen nicht voraussehen, wie Abg. v. Cyrenn lothmäßig verkündete. Und diese Leute reden sich ein, Staatsmänner allerersten Ranges zu sein!

Einen breiten Raum in der Debatte nahm die Mittelstandsretterei ein. Insbesondere die Herren Felsch (l.), Dr. Arendt (ll.) und Camp (ll.) haben immer noch nicht eingesehen, daß der Mittelstand dem Untergang geweiht ist und daß dieser Untergang durch keine gesetzlichen Maßnahmen aufgehalten werden kann. Da ist Herr Müller doch einsichtiger. Er hat wenigstens schon das eine erkannt, daß die selbständigen Existenzen immer mehr abnehmen und daß das Handwerk dem Fabrikbetrieb weichen muß. Zu seinen Gunsten wollen wir annehmen, daß er bis zum nächsten Jahre seine nationalliberalen Kenntnisse wieder etwas erweitert. Stillschweigend wird dann einmal ein moderner Mensch aus ihm.

Die Freisinnigen legten eine auffallende Zurückhaltung an den Tag. Nur die Abg. Hund (fr. Sp.) und Deser (Hospitalität der fr. Sp.) beteiligten sich an der Debatte, letzterer um zu erklären, daß er für seine Person für die Ausdehnung der socialpolitischen Gesetze auf den selbständigen Handwerker ist. Dagegen hielt kein einziges Mitglied der freisinnigen Parteien es für nötig, bei dem wichtigen Kapitel Fabrikinspektion das Wort zu ergreifen. Die Herren scheinen mit den jetzigen Zuständen in der Gewerbe-Aufsicht äußerst zufrieden zu sein, obwohl in dem Etat kein Fortschritt in der Richtung einer Ausgestaltung des Instituts der Fabrikinspektion zu bemerken ist.

Den Schluß der Sitzung bildete eine Debatte über das Fortbildungsschulwesen. Die meisten Redner sprachen sich für die obligatorische Fortbildungsschule von Staats wegen aus. Der Minister aber erklärte, daß dieser Wunsch mit Rücksicht auf die Finanzlage auf Jahre hinaus unerfüllbar sei. Kulturaufgaben müssen eben in Preußen immer zurückstehen.

Am Donnerstag soll der Etat der Handelsverwaltung zu Ende beraten werden. Dann folgt der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Die österreichische Militärvorlage.

—st. Wien, 16. Februar. (Fig. Ver.)

Die Rollen zwischen dem österreichischen Reichsrat und dem ungarischen Reichstag sind seit kurzem einigermassen vertauscht: der verächtliche und als arbeitsunfähig verordnete österreichische Reichsrat produziert ohne Anstrengung die schwersten Gesetze, wogegen der gerühmte Reichstag die Generaldebatte über die Wehrvorlage schon seit Wochen genießt. Es wird also diesmal der noch nie dagewesene Fall eintreten, daß ein gemeinsames Gesetz in Oesterreich fertig wird, in Ungarn aber nicht — wenn die Obstruktion der Unabhängigkeitspartei nicht im letzten Augenblick ausläßt. Es handelt sich um eine neue Wehrvorlage, die wohl als die verfassungsmäßig nötige Bewilligung der Aushebung der Rekruten auftritt, aber die Gelegenheit benützt, um das jährliche Rekrutenkontingent von 103 100 Mann auf 125 000 Mann zu erhöhen. Die Unabhängigkeitspartei trifft in Budapest große Anstalten, um das rechtzeitige Zustandekommen der Vorlage zu vereiteln. Das ist nicht so schwer, denn das Gesetz muß, um benutzt werden zu können, längstens März zu stande kommen: vor den Affentierungen. Das einzige Hilfsmittel der ungarischen Obstruktion ist das Reden, aber das kann sehr ausgiebig besorgt werden. Das ungarische Abgeordnetenhaus hat nämlich für eine Obstruktion zwei sehr nützliche Einrichtungen. Erstens einen bestimmten Sitzungsschluß. Die Sitzungen dauern geschäftsordnungsmäßig von 10 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags; und nur durch einen Rebeschluß kann die Sitzung bis — 3 Uhr verlängert werden. Die zweite Einrichtung ist die, daß der ungarische Reichstag für eine Debatte keinen Schlußantrag lenkt; die Clotüre, ohne die nun keine Majorität auszukommen vermag, ist in dem auf altergebrachten Gewohnheiten beruhenden ungarischen Reichstag noch nicht eintreten. Da überdies jeder, der einen „Schlußantrag“ einreicht, ein Schlußwort erhält, so kann die Opposition in der Generaldebatte etwa 100 Reden halten — die nicht zu Ende sein werden, bis der Frühling gekommen sein wird.

Die Opposition richtet sich in Ungarn nicht so sehr gegen die Vermehrung des stehenden Heeres, sondern eigentlich gegen die „einheitliche“ Armee, in der die Ungarn den letzten Rest des einstigen schwarzgelben Einheitsstaates erkennen. Zumal die deutsche Armeesprache, die man trotz des Verzichtes auf den Einheitsstaat, aus militärischen Gründen nicht opfern kann, sticht den ungarischen Chauvinisten in die Augen. Die „nationalen Aspirationen“ erkennen sich aber auch weit in die Regierungsspartei hinein großer Sympathien, insbesondere bei der mit den Liberalen vor drei Jahren veräuselten Rationalspartei, deren einziger Führer und jetziger Präsident des Abgeordnetenhauses, der bekannte Schönredner Graf Apponyi, sie in einen regelrechten Wunschzettel zusammengefaßt und als Zukunftsforderung der Regierung übermitteln hat. Daß der einheitliche Charakter der Armee auf die Doner nicht aufrecht zu erhalten sein wird, ist allen Einsichtigen klar; auch sie

hat keine längere Zukunftsdauer als das gesamte dualistische Verhältniß, dessen einzige Bürgschaft nur der alte Kaiser ist.

Zur Gegenjah zu diesen Schwierigkeiten wird die Wehrvorlage in Oesterreich, wo die Verhandlung im Abgeordnetenhaus morgen beginnt, glatt durchgeführt. Hier hat sie Rang und Titel einer „Staatsnotwendigkeit“ erhalten; und seitdem im Jahre 1878 der deutsche Bourgeoisie der Versuch so übel bekommen ist, gegen den Ostakel zu töden, seitdem sie ihre Feindschaft gegen die bosnische Okkupation den Verlust der Krone geloset hat, mag sich keine bürgerliche Partei mehr in ernsthaften Widerspruch mit den Forderungen der Militärverwaltung setzen. Die Korruptionierung des österreichischen Parteilebens zeigt sich darin, daß fast alle Parteien die Abstimmung über die Wehrvorlage eine der principieellsten Fragen der parlamentarischen Thätigkeit — freigegeben haben. Es wird also im Parlament ein wahres Manöverbild geben: von jeder Partei werden die radikalsten an die Wähler der fünfsten Kurie gewiesenen Abgeordneten gegen die „Gemäßigten“, das sind die privilegierten Abgeordneten, für die Vorlage stimmen. Angenommen wird sie werden; das Parlament ist viel zu schwach, um mit der Krone Krieg suchen zu können. In Mittel- punkt der Diskussion stehen zwei Anträge der Socialdemokraten, von denen einer bei dem jetzigen Kontingent verbleiben, der andre die neuen Soldaten bewilligen will, wofür er aber die Einführung der zweijährigen Dienstzeit verlangt. Daß Oesterreich für diese Reform reif ist, unterliegt keinem Zweifel; auch nicht, daß sie kommen wird. Aber die Militärverwaltung will sie teuer verkaufen, eine nochmalige Erhöhung der Präsenziffer als Entgelt herauszujuden. Daneben gehen noch andre Forderungen, unter denen die nach einer Reform des aus dem 18. Jahrhundert stammenden Militär-Strafprozesses obenan steht. Auch hier wird die Militärverwaltung, wenn sie sich nicht mit den Parlamenten ganz verschütten will, nicht mehr lange zögern können.

Deutsches Reich.

Wahlrechtsfreunde. Die „Post“ sagt wiederum über den neuesten Kurs zur Bekämpfung der Socialdemokratie. Das Verhalten des Grafen Bülow und des Grafen Kosadovsky mühe ebenso wenig wie das socialpolitische Entgegenkommen der bürgerlichen Parteien. All das sei ausichtslos, weil die Socialdemokratie den Massen viel mehr in Aussicht stelle, nämlich die Alleinherrschaft des Proletariats. Und nun empfiehlt die „Post“ ihre eigene Kur. Die Massen, meint sie, glauben an die socialdemokratischen Verheißungen. „Haben sie doch mit dem gleichen und geheimen Wahlrecht einen starken Hebel zur Erlangung der Macht in der Hand, und sehen sie nicht dank diesem Hebel und dank der Schwäche und Muthlosigkeit der staatsbehaltenden Elemente in Deutschland die Macht der Socialdemokratie von Tag zu Tag steigen?“ Hieraus ergibt sich die Scharfmacherlösung:

„Wenn nicht den Arbeitern klar zur Erkenntnis gebracht wird, daß an einen Erfolg der socialdemokratischen politischen Bestrebungen absolut nicht zu denken ist, erscheint es völlig ausgeschlossen, die Arbeiter aus deren Banne zu befreien. Daß man ihnen diese Erkenntnis nicht durch theoretische Belehrung bringen kann, leuchtet ein. Dazu gehört ein drastisches argumentum ad hominem (unmittelbarer Beweis). Ein solches von größter Wirksamkeit wäre die **Beseitigung des Hebels**, mittels dessen man die Alleinherrschaft des Proletariats zu erreichen hofft. Daran denkt aber niemand und so fehlt es dem jüngsten Kurse an der unerlässlichen Voraussetzung des Erfolges, wohl aber bringt er ein neues trennendes Moment in die Reihen der staatsbehaltenden Parteien, während doch fester Zusammenhalt gegen die Socialdemokraten bei den nächsten Wahlen gerade eine Lebensfrage ist.“

Ob wirklich unter den Männern des neuesten Kurzes „niemand“ an das drastische Mittel, das die „Post“ empfiehlt, denkt? Wir zweifeln überaus. Jedenfalls aber zeigt die obige Ausführung von neuem, daß die Beseitigung des allgemeinen gleichen Reichstagswahlrechts das heftigste und mit aller Hartnäckigkeit verfolgte Ziel der „Post“-Konservativen ist. Denjenigen, die solche Pläne jetzt vor den Wahlen ableugnen, ist die Offenherzigkeit der „Post“ vorzuzahlen.

Der Nachfolger Hollebens

hat mit seinen seltsamen Auslassungen gegenüber dem Vertreter des „Berliner Tageblatts“, auch in der bürgerlichen Presse ein bedenkliches Schütteln des Kopfes erregt. So meint die „Deutsche Tageszeitung“:

„Ein ganz neues Zeitalter der Diplomatie eröffnet aber Herr Sped v. Sternburg mit der Aundgebung seines Zeitrages, daß er als Vorkämpfer nicht nur seinem eignen Lande, sondern auch dem Lande, bei dem er accreditiert sei, zu dienen habe, daß Amerikas Interessen auch die seinigen seien. Mit diesem Satze steht er jedenfalls bahnbrechend da, denn auf eine so hohe Warte hat sich bisher noch kein Diplomat zu stellen verstanden. Sie alle ohne Ausnahme haben an der beschränkten, nunmehr auch antiquierten Anschauung festgehalten, daß der diplomatische Vertreter eines Landes ausschließlich diesem seinem Lande zu dienen habe. Herr Sped v. Sternburg beschreitet neue Bahnen.“

Und die „Kölnische Volks-Ztg.“ erklärt:

„Die Auslassungen, welche das „Berl. Tagebl.“ dem Herrn Sped v. Sternburg in den Mund legt, sind allerdings sehr seltsamer Art, so seltsam, daß wir ihre Authentizität vorläufig bezweifeln möchten. Es erscheint uns nicht denkbar, daß ein Diplomat mit gesunden Sinnen sich die Renommisterei leisten kann, er beabsichtige, das Verhältnis zwischen zwei Ländern so zu gestalten, daß sich alle Welt darüber wundern soll.“

In der That zeigt der Interviewer-Beibrauch des Koffe-Plattes der Nachfolger Hollebens in ungemein komischer Beleuchtung. Daß man deshalb aber gleich die Authentizität des Interviews des „Berliner Tageblatts“ in Zweifel ziehen müßte, will uns nicht einleuchten. Die Diplomatie des Bülow-Kurses hat sich ja auch bisher schon durch ihre Originalität ausgezeichnet. So stand z. B. die löbliche Selbstkritik, die unser gegenwärtiger Gesandter in China, Rumm v. Schwarzenstein, an seiner Sach- und Landeskenntnis geübt hat, an Antiochia hinter dem humoristischen Selbstloß des Herrn Sped v. Sternburg nicht zurück.

Außerdem: Die aussehenerregende Abberufung Hollebens mitten im Venezuela-Konflikt — auch so ein diplomatisches Kuriosum, das in der Geschichte der Diplomatie kaum ein Gegenstück finden dürfte — liefert ja bereits den Schlüssel zu dem Mytherium der Sped-Diplomatie. Die Rücksichtslosigkeit, mit der Hollebens zu dem denkbar ungeeignetsten Zeitpunkt Gesundheitsmaßregeln befohlen wurden, weil er sich in Amerika unbeliebt gemacht hatte, mußte ja dem Nachfolger Hollebens die Meinung einflößen, daß er die Politik des auswärtigen Liebeswerbens, in die Hollebens sich trotz der Prinz Heinrich-Affäre und der Denkmalinsignie nicht rauch genug einzulieben vermocht hatte, nach Kräften forcieren müsse. Sped v. Sternburg nahm nun die erste Gelegenheit wahr, sich entpuffend zu jener Verhöhnung, Gesundheits- und Verdrückerungs-Politik zu bekennen, mit der man momentan die Sprödigkeit Amerikas zu besiegen wähnt.

Der Drang nach Verklammerung der Volkrechte zeigt immer tollere Vorschläge. Im Scherischen „Tag“ giebt ein Justizrat J. Karl in einem langen, offenbar ernst gemeinten Artikel folgendes zum besten: Wer sich der Wahl enthält, ist offenbar mit der Regierung zufrieden, und das von ihm nicht ausgeübte Wahlrecht fällt billigerweise an die Regierung selbst beim. Auf Grund dieses „heimgefallenen Rechtes“ ernannt nun die Regierung Abgeordnete

(Kronstimmen). „Praktisch könnte sich also bei der künftigen Reichstagswahl folgendes ergeben: Berechnete Zahl der eingeschriebenen Wähler: 12 229 224, hiervon sein Drittel Wahlberechtigungen. Es würde sich also die Zahl der Abgeordneten, die nach Maßgabe der letzten Volkszählung bzw. vorausgegangener Veränderung des Wahlgesezes sich auf 566 zu belaufen hätte, um ein Drittel mindern und nur noch 378 betragen. (Bruchteile zu Gunsten der Gewählten gerechnet.) In der Hand der Reichsgewalt würden sich auf diese Weise 188 Mandate berechnen.“

Die „Minderung“ der Zahl der faktisch gewählten Abgeordneten um 188, die von der Regierung zu ernennen wären, wünscht der Senatsrat Karl durch Los oder innerhalb der einzelnen Parteien nach Maßgabe der erhaltenen Stimmen vorzunehmen. Wahnsinn ohne Methode!

Eugen Richter und das preussische Wahlrecht.

Die „Freisinnige Zeitung“ lehnt es ab, auf unsere Frage einzugehen, ob Herr Eugen Richter etwa andre Gründe für seinen Einspruch gegen die vom Minister in Aussicht gestellte Aenderung des Verfahrens bei den Wahlen der Abgeordneten durch die Wahlmänner habe, als die von uns vermuteten und dargelegten. Und aus welchem Grunde? Weil der „Vorwärts“ die Aenderungen des Wahlreglements „nur von dem Standpunkt aus, ob eine solche Aenderung den Socialdemokraten nützlich oder schädlich ist“, behandelt. Ja, ja, der Eigennutz der Socialdemokraten kennt keine Grenzen. Wir dürfen wohl feststellen, daß wir mit unrennen neulichen Darlegungen den Gedankengang des großen Eugen richtig geschildert haben.

Bezüglich unserer Kritik der Kreiling'schen Vorschläge meint die „Freisinnige Zeitung“, wir hätten übersehen, daß unserer Forderung das „Wahlgesetz“ entgegenstehe. Als solches kann hier nur die Verordnung vom 30. Mai 1849 gemeint sein; aber deren § 21: „Die Wahlen erfolgen abteilungsweise durch Stimmgebung zu Protokoll.“ läßt es, wie wir früher zeigten, zu, daß durch Reglement ein Verfahren wie bei den Stadtverordneten-Wahlen vorgeschrieben wird, nur daß drei Listen entsprechend den drei Abteilungen geführt werden. Wenn die „Frei. Ztg.“ weiter schreibt: „Es ist auch nicht richtig, daß eine Stimmabgabe der dritten Klasse von 11 bis 2 Uhr das Opfer eines halben Arbeitstages erfordert“, so verrät sie wieder ihre Unkenntnis der Arbeiterverhältnisse. Arbeiter, die sehr weit von ihrer Wohnung in Arbeit stehen, so daß sie in der Mittagspause nicht nach Hause, das heißt in ihren Wahlbezirk gelangen können, ein großer Teil der Omnibus- und Straßenbahn-Angestellten, alle Arbeiter mit englischer Arbeitszeit, alle Schichtarbeiter, deren Schicht zwischen 11 und 2 Uhr nicht abtritt usw., sind nicht in der Lage, zwischen 11 und 2 Uhr auch nur auf eine Minute im Wahllokal zu erscheinen, ohne einen halben Arbeitstag zu opfern. Weich das die Redaktion der „Freisinnigen Zeitung“, weich das Herr Kreiling nicht — oder wollen sie es nicht wissen?

Mit Gott für König und Vaterland! Ein Bild vom Veteranen-Cleud gibt folgendes Inserat im „Westfälischen Kreisblatt“:

Eine öffentliche Bitte! Ein 68-jähriger Veteran, der die Feldzüge 1864, 1866 und 1870/71 im Infanterie-Regiment Nr. 24 mitgemacht hat, der Arbeiter Ferdinand Heinsdorff, Mitglied des Landwehrvereins zu Rathenow, ist durch eine schwere Krankheit in größte Not geraten. Heinsdorff ist seit Oktober 1900 ununterbrochen krank und arbeitsunfähig. Im Januar 1901 mußte er sich in Berlin einer schweren Darmoperation unterziehen, die so mitleidlich verlief, daß die Exkremente noch heute auf künstlichem Wege durch eine Oeffnung in der rechten Bauchgegend abgeführt werden müssen. Seiner fleißigen Frau und den halbverwachsenen Kindern ist durch die beständige Hülfeleistung, deren der Kranke bedarf, jede Gelegenheit zum Nebenverdienst genommen, so daß die Familie vollständig auf die Almosen wohlthätiger Menschen angewiesen ist. Die bisher von Freunden, Verwandten und Kameraden geleisteten Unterstützungen reichen bei der immer größer werdenden Not längst nicht mehr aus. Und dieser Veteran, der in drei Kriegen fürs Vaterland gekämpft hat, bezieht jetzt in seinem 68. Lebensjahre eine wöchentliche Invalidenpension von nur 2,63 Mark! Wir bitten daher alle mildthätigen Menschen, diesen Unglücklichen zu unterstützen, damit er am Abend seines Lebens wenigstens vor der ängstlichen Not bewahrt bleibt. Beiträge nimmt Herr Pastor Fritz Löwe zu Rathenow, Kirchplatz 11, entgegen.

Dr. Böhrig, Dr. Dumstren, Pastor Löwe.

Das Reich hat für wichtigere Dinge Geld nötig, für Venezuela und China, für Panzerschiffe und Turgenbauten — wo soll es da der armen Veteranen gedenken. Laßt sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind!

Das Bekenntnis eines Oberzöllners. Der badische Centrums-Abgeordnete Hug (I. Wahlkreis, Konstanz) wies kürzlich im Reichstag darauf hin, daß in der Schweiz die Nahrungsmittel wesentlich billiger sind als bei uns, z. B. ein dito Brot um 6—7 Pf., weil in der Schweiz keine Getreidezölle eingeführt sind. „Es ist klar“, sagte Abg. Hug, „daß wenn bei uns die Getreidezölle erhöht werden, der Preisunterschied ein noch größerer wird.“ Der Abg. Hug trägt dabei den Wunsch der badischen Wähler vor, welche die Zollfreiheit der Proteinfuhrung von der Schweiz nach Deutschland von 1850 auf 1855 her abgesehen haben wollen. Herr Hug erkennt aber auch die Ansicht der konstanzer Handelskammer für begründet an, welche die bisherige Zollbefreiung ungeschmälert lassen will. Aber nicht deshalb, um damit den Arbeitern das ohnehin traurige Los etwas zu verbessern, sondern aus der Furcht eines profitlichen Finanziers, die Arbeiter möchten sonst in der Schweiz wohnen, dort die in Deutschland verdienten Löhne verzehren und mit einem Hohn gegen die Erfinder des deutschen Votumzählers ihre Steuern an die Schweizer Republik entrichten. Daher die Anwandlung zentrumsgnädiger Arbeiterfreundlichkeit.

Gewissenloser notorischer Ehrabschneider — amtlich keine Verleumdung. In der hamoverschen Gemeinde Gronau lebt ein Tierarzt Wehberg, ein Bürgervorsitzer (Stadtverordneter), der schon öfter hat von sich reden machen. Dieser Herr beschuldigte durch Strafanzeige den Vorsitz der Bürgervorsitzer-Kollegiums in Gronau, Herrn Geseemann, er habe städtisches Land gestohlen bzw. unterschlagen. Die Staatsanwaltschaft holte beim Landrat v. Mehdorn zu Gronau eine Auskunft ein. Der Landrat stellte zu gleich gegen Wehberg Strafanklage wegen wissenschaftlich falscher Verächtlichmachung des Herrn Geseemann, indem er ausführte, Wehberg sei ein gewissenloser notorischer Ehrabschneider, der schon 8 bis 9 mal wegen Verleumdung verurteilt sei und wahrscheinlich noch öfter bestraft worden wäre, wenn sich nicht die von ihm verletzten Personen vielfach vor ihm fürchteten. Wehberg verlagte darauf den Landrat wegen Verleumdung, das Verfahren gegen Herrn von Mehdorn wurde aber vom Schöffengericht vorläufig eingestellt, nachdem die Regierung zu Hildesheim zu Gunsten des Landrats den Konflikt erhoben hatte. Die Regierung machte geltend, das Strafverfahren gegen Herrn v. Mehdorn sei unzulässig, weil er aus amtlichem Anlaß gehandelt habe, als er der Staatsanwaltschaft jene Auskunft gab. Hierbei habe er seine Amtsbefugnisse nicht überschritten. Im übrigen wäre Wehberg wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung des Bürgervorsitzers Geseemann zu einer Geldstrafe von 500 M. verurteilt worden.

Wehberg betonte in seiner Erwiderung auf den Konflikt, daß der Landrat auf keinen Fall solche Ausdrücke hätte brauchen dürfen, selbst wenn er aus amtlichem Anlaß gehandelt habe. Der gutschicklich gehörte Erste Staatsanwalt erklärte den Konflikt für nichtbegründet, der Landrat wäre nicht in Maßnahmen seiner Amtsbefugnisse geblieben. Dagegen erklärte der Oberstaatsanwalt in Uelle den Konflikt für begründet.

In der Verhandlung vor dem Ober-Verwaltungsgericht hatte der Minister des Innern in der Perion des Regierungsrats Joseph

einen Kommissar entsandt, der für den Konflikt der Regierung eintrat. Von einer Ueberschreitung der Amtsbefugnisse konnte absolut keine Rede sein. Wie hätte sich denn der Landrat ausdrücken sollen bei Kennzeichnung eines Mannes, der schon achtmal wegen Verleumdung vorbestraft sei, einmal sogar mit 300 M. Die Forderung sei lediglich im dienstlichen Interesse erfolgt, nämlich als es sich darum handelte, die Staatsanwaltschaft zu informieren.

Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte den Konflikt für begründet, so daß das Strafverfahren gegen den Landrat v. Mehdorn wegen Verleumdung des Herrn Wehberg endgültig einzustellen ist. Das Gericht führte aus, daß im vorliegenden Fall eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse des Landrats nicht anzunehmen sei, wenn er unter den obwaltenden Umständen den Tierarzt einen gewissenlosen, notorischen Ehrabschneider nannte.

Es ist sehr merkwürdig, daß das Ober-Verwaltungsgericht so gar nichts von der berüchtigten „Absicht zu verleiden“ zu wissen scheint, das bei den Verleumdungsanklagen gegen die Presse eine so bedeutsame Rolle spielt! Einem Landrat ist auch der derbste Ausdruck dienstlich gestattet, während wir keinem socialdemokratischen Landrat rathen möchten, etwa einen Staatsanwalt, der von der Socialdemokratie allerlei wüste Schandthaten wider besseres Wissen behauptet, einen gewissenlosen, notorischen Ehrabschneider zu nennen.

Rekrutenmishandlungen, die in solcher Weise betrieben wurden, daß zwei der Geringsten sich durch Desertion aus ihrer Lage zu befreien suchten, bildeten den Gegenstand einer Anklage gegen drei Unteroffiziere und einen Gefreiten der 5. Esadron des 3. bairischen Cheveauleger-Regiments in Dienze vor dem Kriegsgericht zu Landau in der Pfalz. Die Anklage wegen Mishandlung richtete sich gegen die Unteroffiziere Weigelt, Illmer, Germann und den Gefreiten Walter. Weigelt benutzte seine Stellung als Vorgesetzter, um den Rekruten Geld abzunehmen, da er recht viel für seine Person brauchte. Wer von den Untergebenen ihm Geld ließ, der hatte es gut. Wer Rekruten jedoch, die ihm nichts borgen konnten, weil sie selbst nichts hatten, wurden von ihm in der schlimmsten Weise drangsalirt, und besonders die beiden Soldaten Langnecht und Philipp. Sie erhielten bei dem geringsten Anlaß Schläge entweder mit der Faust oder mit der Peitsche, oder gar Fußtritte. Auch der Unteroffizier Germann hatte es auf Langnecht abgesehen; er schlug ihn häufig und verachtete ihn Fußtritte. Die beiden andren Angeklagten Illmer und Walter hatten sich den Soldaten Philipp als Opfer an-ersehen. Illmer schlug ihn, weil er sich beim Leben von Karabinergriffen umgeschickt benahm, mit der Faust gegen die Brust und ins Gesicht und sagte ihm sonst noch schwere Mishandlungen zu. Walter verlegte dem Philipp Peitschenhiebe und ohrfeigte ihn aus den geringfügigsten Anlässen. Langnecht und Philipp litten schließlich die Mishandlungen nicht mehr ertragen und wurden fahnenflüchtig. Sie wurden jedoch ergriffen und vom Kriegsgericht zu je einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die rohen Rekrutenführer kamen mit ungleich milderem Strafen davon: Weigelt erhielt 42 Tage, Illmer 35 Tage, Germann 12 Tage und Walter 21 Tage Mittelarrest.

Aus Hesse, 17. Februar. Landtag. Die dreitägige Generaldebatte zum Budget wurde heute zu Ende geführt. Abg. Ulrich wies dabei auf die Notwendigkeit hin, die Staatseinnahmen durch Verschärfung der progressiven Einkommensteuer und progressive Gestaltung der Vermögenssteuer zu erhöhen. Das sei nicht nur die einzig gerechte, sondern auch die einzig zuverlässige Art der Bilanzierung unserer Finanzen. Die jetzige Einrichtung, daß 3 Millionen gleich 20 Proz. der Steuereinnahmen auf dem indirekten Wege (Stempel) und eine Million durch die Lotterien aufgebracht werden, müsse aus der Welt geschafft werden. — Die antimilitarischen Bauernbündler, die sich neuerdings mit einigen agrarischen Nationalliberalen zu einer „Heißhunden-Partei“ zusammengeschlossen haben, übertrugen ihre dreijährige Thätigkeit mit einem Vorstoß gegen die „übertriebene Socialpolitik“, die, wie der Abg. Brauer meinte, mit dem Simulantentum Vorhand leiste. Die Antwort gab ihm der Abg. David, der den „Bauernvertretern“ nachwies, daß sie in Wahrheit nur die Interessen der größeren Bauern, also eines kleinen Teils der bäuerlichen Bevölkerung im Auge hätten. Die große Masse der heißhunden Bauern beschäftige keine fremden Arbeitskräfte. Aber für diese und die noch kleineren Leute auf dem Lande hätten die Vertreter der „Manschettenbauern“ nichts übrig. Die Entgegnung unfres Genossen brachte die Herren so in Harnisch, daß sie ihre beiden Hauptredner, die Abg. Koresell und Girschel, mit zwei großen Reden vorzickten. Alles in der Absicht, die Regierung scharf zu machen gegen die von Vosadowitsch angekündigte „Fortführung der Socialreform“. Damit bestätigten sie nachdrücklich, daß sie sich in ihrer ganzen politischen Stellungnahme in erster Linie als Arbeitergeher fühlten. Die Abgg. David und Ulrich konstatierten das zum Schluß der Debatte und begründeten diese Demaskierung im Interesse der Aufklärung der Landbevölkerung bei den kommenden Wahlen.

Wahlvorbereitungen.

Für Jena stellen die National-socialen und Bodenreformer Herrn Damasko als Kandidaten auf.

Für den 1. sächsischen Wahlkreis (Zittau-Ost) ist Dr. Hollstein in Gorkly als Kandidat der Freisinnigen Volkspartei aufgestellt worden. Selbst Mitglieder der Freisinnigen Volkspartei halten diese Kandidatur für einen gänzlich verfehlten Versuch, im 1. sächsischen Kreise nochmals die völlig zersplitterten freisinnigen Kräfte zusammenzuführen.

Im Reichstags-Wahlkreis Sangerhausen-Eckartsberga hat der Bund der Landwirte beschloffen, an den jetzigen Vertreter, den freikonservativen Abgeordneten Scherre die schriftliche Bitte zu richten, für den Fall seiner Wahl im Reichstage der Fraktion der Reichspartei nicht wieder beizutreten.

Ultramontane Wahlvorbereitungen in Bayern.

München, 16. Februar. (Fig. Ver.) Das bayerische Centrum beginnt den Wahlkampf, indem es eine stürmische Musterung unter den bisherigen Mandatsinhabern abhält. Das offiziöse Centrumsorgan erklärt heute, die Zeit der Kandidaturen sei nun vorbei, wo Hochborn A. X. oder Hochgeborene R. R. gerüht hat, in dero hochgeborene Hände ein Mandat von der Misere plöbs contrubenschen zu lassen.“ Es sei nicht mehr wie vor 30 Jahren und ein heiser Kampf stehe bevor. Deshalb müsse man von den Kandidaten verlangen, daß sie sich verpflichten, während des Wahlkampfes allezeit am Plage zu sein und möglichst viel Versammlungen zu halten und als gewählte Abgeordnete jährlich vier- bis sechsmal ihren Wählern Redenschaft abzulegen.

Diesen Grundfäden entsprechend hat man auch bereits gehandelt. In Regensburg wurde dem Abg. v. Lama bedeutet, daß er nicht wieder kandidieren dürfe; ja, man hat sogar von ihm verlangt, daß er auch sein noch nicht abgelauenes Landtagsmandat niederlege, wogegen er sich aber noch entschieden sträubt. Auch Graf Freyhing, auf den die obige Kundgebung in allen Teilen vorzüglich paßt, hat erklärt, daß er nicht wieder kandidieren wolle.

Da die Ultramontanen wiederholt erklärt haben, daß weder die Liberalen, noch der Bauernbund für sie eine ernsthafte Gefahr mehr bedeuten, so muß es wohl die Socialdemokratie sein, die den Herrschenden die Hölle heiß macht und sie zu so ganz ungewöhnlichen Anstrengungen zwingt.

Die Nationalliberalen in der Pfalz, so wird uns von dort geschrieben, verleben zur Zeit qualvolle Stunden. Die Landbündler haben, ohne sie um ihren Rat zu fragen, im ersten, fünften und sechsten Wahlkreise ihre eignen Kandidaten aufgestellt und nun müssen die ehemaligen Herren der Pfalz zusehen, wie ihnen die Hölle davon könnnen. Aussicht auf direkten Erfolg haben sie in gar keinem Wahlkreise und

deshalb glauben sie sich noch den Luxus leisten zu können wider die Bündler aufzustehen. Ursprünglich hieß es, daß der Charlottenburger Jüderheilige, Geheimer Regierungsrat und Professor Paasche dazu ansetzen sei, den Bundeshauptling Köstke aus seinem derzeitigen Wahlkreise zu verdrängen und daß man ihn nun deshalb nach Neustadt auf den nationalliberalen Renommierplatz eingeladen habe, um ihn mit den Pfälzern bekannt zu machen. Doch Kaiserslautern ist ein nicht bloß von den Bündlern sondern auch von den Socialdemokraten stark gefährdeter Wahlkreis, so daß Herr Paasche mit der Angst vor dem Durchfall zu thun bekam. Er scheint sich alsdann in den andren fünf Kreisen der Pfalz umgesehen zu haben, doch ein sicherer Sitz bietet sich in der Pfalz für die Nationalliberalen nirgends mehr. So zog er es denn vor, der Pfalz den Rücken zu kehren und sich in seinem bisherigen Wahlkreise Kreuznach-Simmern — den ihm aber auch die Bündler streifig machen — auf den wohlverdienten Durchfall bereit zu machen. Gleich den Nationalliberalen ist auch das Centrum noch auf der Kandidatenjagd. Ausfichten hat das Centrum im Wahlkreise Gernersheim und Pirmasens. In diesem Wahlkreise gedenkt es den bekannten Sägerei Dr. Heim aufzustellen. Die Nationalliberalen haben ihren bisherigen Vertreter Leineweber wieder aufgestellt.

Dieser Lage verbreitete ein nationalliberales Blatt der Pfalz eine Kunde, die uns mehr als Tuzende von Leitartikeln beweist, daß unsre bisher gut nationalliberale Bourgeoisie anfängt, fromm zu werden. Wie die „Zweibrücker Zeitung“ berichtet, beabsichtigt das Centrum im Wahlkreise Homburg-Stuifel Franz Buhl aus Deidesheim aufzustellen. Wer ist Franz Buhl? Franz Buhl ist der Sohn des ehemaligen nationalliberalen früheren Reichstags-Abgeordneten und Vicepräsidenten des deutschen Reichstags Armand Buhl. Franz sein Sohn soll strenggläubiger Katholik sein und deshalb will ihn das Centrum als seinen Mann den Nationalliberalen zum Hohn in dem Wahlkreise präsentieren, den sein Vater so lange Jahre als nationalliberaler Abgeordneter vertreten hat.

Das würdigen Kiesenpaß abgeben, wenn der fromm gewordene Sohn wider den Schatten des kulturkämpferischen Vaters antämpfen würde.

Ueber die vormalige Kronprinzessin von Sachsen meldet das „Leipz. Tageblatt“: Die Königin, daß Rechtsanwält Dr. Jehme sich nach Kron begeben hat, bestätigt sich nicht. Prinzessin Luise wird in der Metairie so lange verbleiben, bis die dortigen Ärzte im Stande sein werden, ein Gutachten über ihren Geisteszustand abzugeben. Das körperliche Befinden der Prinzessin ist zufriedenstellend. Ihr zukünftiger Aufenthaltsort ist im Einverhältnis mit ihren Rechtsanwältin bereits festgesetzt, doch kann vorläufig nur so viel gesagt werden, daß derselbe nicht innerhalb Deutschlands und Oestreich-Ungarns liegt.

Ausland.

Stadt und Land.

Zürich, 16. Februar. (Fig. Ver.) Die fortgesetzten Beratungen des Züricher Kantonsrats über die administrative Reorganisation der Stadt Zürich fanden unter der geistlich genährten Furcht der socialdemokratischen Herrschaft über dieselbe. Zu allen reaktionären Streichen gegen die Stadt Zürich sind die reaktionären Landvertreter zu haben, die dieselbe am liebsten völlig bedormunden möchten. Beherrschte in früheren Zeiten die Stadt das Land, so beherrscht heute umgekehrt das Land die Stadt. Die herrschsüchtigen Landvertreter möchten, um dabei ihren Willen auszuführen zu können, die ganze Stadtverwaltung gesehlich regeln, um so der Stadt jede Selbständigkeit zu nehmen, die doch das kleinste Dorf besitzt und das sich dieselbe nicht nehmen lassen würde. Freilich konnte den reaktionären Bauernpolitikern der Raum derart nur deshalb so schwellen, weil reaktionäre Stadtherren aus Furcht vor der Socialdemokratie das Land gegen die Stadt rebellieren. Die Gewinnung der gewerblich-industriellen Arbeiter auf dem Lande und somit möglich auch der ausgebildeten Proletarier in der Landwirthschaft würde der Socialdemokratie ermöglichen, die verbündete Stadt- und Landreaktion erfolgreich zu bekämpfen. In einzelnen sei erwähnt, daß das obligatorische und fakultative Referendum beibehalten wird und daneben jeder einzelne Stimmberechtigte das Recht hat, dem Großen Stadtrat eine Motion einzubringen, die zur Volksabstimmung gebracht werden muß, wenn sie 2000 Unterschriften, in bürgerlichen Angelegenheiten 600 Unterschriften, trägt, oder 30 bzw. 20 Mitglieder der genannten Behörde sie verlangen. Eine Neuerung bedeutet die Zulassung der Proportionalwahl des Großen Stadtrats und seiner Kommissionen, über deren Einführung die städtische Volksabstimmung zu entscheiden hat. Die Einführung eines bestimmten Systems der Proportionalwahl bedarf aber der Genehmigung des Kantonsrats — also Bevormundung. Gesehlich nannte mit Recht dieses Genehmigungsrecht des Kantonsrats ein Verhinderungsrecht und warnte die Reaktionen ernstlich davor, die socialdemokratische Partei zur Ostration zu zwingen. Die Warnung blieb erfolglos; abgelehnt wurden ferner die Anträge unfres Genossen Dr. Studer, betreffend Immunität für die Reden im Großen Stadtrat (mit 131 gegen 51 Stimmen) und betr. die Wählbarkeit der Frauen in die Armenpflege, sowie der Antrag Pfälzer, daß nur vom Volke gewählte Beamte be- rechtigt seien, Voten zu verhängen.

Eine ertrenliche Niederlage bereitete der bäuerlichen Reaktion und Beuteltut unfre Fraktion im Kantonsrat durch einen geschickten Schwabzug. Die säuwetzerischen Bauern sind in Bezug auf die Minderung der öffentlichen Steuern vollständig auf der Höhe der deutschen Agrarier. Wurde da im vorigen Jahre im Kantonsrat ein „gemeinnütziger Hilfsfonds“ zur Linderung von Nothständen großer Volkstheile oder ganzer Landesgegenden infolge Elementarschäden, Epidemien und industrieller Krisen gegründet und nun forderte ein bäuerlicher Vertreter daraus Unterstützung seiner Wähler, welche durch Hagelschlag gelitten. Nun besteht aber eine bezügliche Versicherung und die Staatskasse des Kantons Zürich bezahlt jedem Bauern, ob reich oder arm, die Policegebühr wie 25 Proz. der Versicherungsprämie, auch eventuelle Nachzahlungen, welche Ausgaben Jahr für Jahr über 60 000 Fr. betragen. Wenn irgendwelche nachlässige Bauern diese gütige Versicherungsgelegenheit nicht benutzen, so haben sie im Schadensfalle gewiß kein Recht auf Unterstützung. Von socialdemokratischer Seite wurde nun beantragt, aus dem genannten Fonds Beiträge an die Städte Zürich und Winterthur zur Unterstützung ihrer beschäftigungslosen Arbeiter zu leisten. Das war ein böser Streich durch die Beute-zug-Neidung, der agrarische Regierungsrat Nägeli bekämpfte beide Anträge und so wurden sie mit 146 gegen 69 Stimmen abgelehnt. Sollen die Arbeitslosen nichts haben, dann brauchen auch die Bauern nichts.

Bedauerlich ist diese Gestaltung des Verhältnisses der Arbeiter zu den Bauern aber doch, denn die Klein- und Schuldenbauern hätten alles Interesse daran, mit der Arbeiterklasse Arm in Arm gegen das beide überaus bedeutende Kapital zu Felde zu ziehen.

Marokko.

Die „Morning Post“ meldet aus Tanger vom 17. Februar: Das langsame Vorgehen der Regierung von Marokko bei Unterdrückung des Aufstandes führt der Sache des Prä-tendenten neue Kräfte zu. Der Abgesandte des Sultans Muley Krasa ist an der Küste gelandet, kann aber wegen des Widerstandes der Riffstämme nicht in das Innere des Landes vor-rücken.

Frankreich.

Für Armenien und Macedonien. Am vergangenen Sonntag fand im Theater Chateau d'Or in Paris eine von 4000 Personen besuchte Versammlung statt, die sich mit der macedonischen und armenischen Frage beschäftigte. Neben Rednern anderer Parteien nahmen auch Presse und Journal das Wort. Eine Resolution, in welcher entschieden gegen die neuesten Gewaltthatigkeiten der Türken in Macedonien protestirt und von der französischen Regierung ver-

langt wird, daß sie für Durchführung des Berliner Vertrages Sorge trägt, fand einstimmige Annahme. —

Marokko, 18. Februar. Gestern Abend kam es zwischen Mitgliedern des internationalen Doderverbandes und Mitgliedern des nationalen Hafenarbeiter-Verbandes zu einem blutigen Streit, wobei Revolververletzungen gewechselt wurden. Da die Polizei außer Stande war, die Ruhe wieder herzustellen, wurden Truppen requiriert. Mehrere Personen wurden verwundet. Man befürchtet weitere Zwischenfälle. —

England.

Die Aristokratie im Heer.

London, 16. Februar. (Fig. Ver.) Da die geradezu idiotenhaften Vorlesungen im Garde-Regiment bald im Parlamente zur Sprache kommen werden, so mögen sie hier kurz erwähnt werden. Das Offizierskorps der Garde besteht ausschließlich aus aristokratischen Söhnen, die in ihrer Verkommenheit keine begabten und gebildeten Kollegen dulden. Wirt das Schicksal eines solchen in ihre Mitte, so wird er durch die frivollen Schikanen wieder hinausgeschleudert. Diese Schikanen nennt man „ragging“: die Zerstörung des persönlichen Eigentums und die Vohottottierung des Offiziers. Koch mehr, es herrscht dort eine Art von Körperzüchtigung, die nur noch in den rückständigsten Volksschulen Preußens vorkommen mag. Wie Admiral Coghane legte Dienstag in den „Times“ erzählte, werden junge Offiziere wegen ganz unbedeutender, etiquettewidriger Vergehen auf den nackten Hintern geprügelt! Der Artikel des Admirals erregte selbstredend außerordentliches Aufsehen. Der Inhaber des Regiments, Oberst Ainsch, wurde bereits pensioniert. —

Schweden.

Mahregeln gegen den deutschen Zolltarif. Auf Anregung aus beiden Kammern befaßte sich der Steuerauschuß des schwedischen Reichstages mit dem deutschen Zolltarif und den Gefahren, die daraus für das Erwerbtleben in Schweden erwachsen, und beantragte dann in den Kammern, die Regierung aufzufordern, Untersuchungen zu veranstalten und womöglich noch in der gegenwärtigen Session dem Reichstage Vorschläge darüber zu machen, welche Mahregeln ergriffen werden sollen, um die Schäden zu mildern, die verschiedenen Zweigen des Erwerbtlebens in Schweden aus den neulich beschlossenen deutschen Zollsätzen erwachsen. — In diesem Antrag lagen zwei Motivierungen vor, eine sachlich-richtig gefärbte von der Mehrheit des Steueraususses und eine freihändlerische von der Minderheit empfohlene. Die der Mehrheit wurde in der Ersten Kammer angenommen. In der Zweiten Kammer siegte nach längerer Debatte die Motivierung der Minderheit, nach welcher der deutsche Zolltarif nicht durch schwedische Zölle bekämpft werden soll, mit 104 gegen 85 Stimmen. — Es wird jetzt Sache des Steueraususses sein, einen Ausgleich zwischen den beiden Motivierungen herbeizuführen. —

Rußland.

Russische Briefschmüßerei in Finnland. Der Befehl des Generalgouverneurs über amtliche Brieföffnungen ist nun, nachdem die Regierung in dem neuen Generalpostdirektor ein gefähigtes Werkzeug dafür gefunden hat, den finnländischen Postanstalten zugestellt worden. In dem Circular heißt es unter andern: „Im Hinblick darauf, daß ungeliebte Personen sich der Post bedienen zur Verbreitung periodischer Schriften und anderer Drucksachen regierungseindlichen Inhalts, hat der Minister des Innern es für nötig erachtet, dem Personal der Post in Finnland zu befehlen, daß die Postanstalten, soweit sie von den betreffenden Behörden davon unterrichtet werden oder auf anderem Wege Verdacht entstehen, daß in den Korrespondenzen — Briefen, Paketen oder Kreuzbandsendungen — sich gedruckte oder auf andere Weise reproduzierte Schriftstücke regierungseindlichen Inhalts, oder solche, die von der Censur nicht genehmigt sind, befinden, in Gegenwart des Empfängers öffnen und die verbotenen Schriften dem Gouverneur des Ortes zwecks weiterer Maßnahmen überreichen.“ —

Aus Industrie und Handel.

Zur Lage des rheinisch-westfälischen Kohlenmarktes. Im Gegenfatz zum Eisenmarkt, der infolge der Nachfrage von verschiedenen Auslandsmärkten sich in den letzten Wochen noch reger gestaltet hat, beginnt der Ruhrkohlenmarkt mehr und mehr abzuflauen. Auch die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ meint in ihrer Uebersicht über die Marktfrage: Wenn auch in der ersten Hälfte dieses Monats die durchschnittlichen arbeitstäglichen Verschiffungen der Ruhrzwecken an Kohlen, Coals und Bricketts noch etwas höher waren, wie in der gleichen Zeit des Vormonats, so kann doch nicht bestritten werden, daß seit Ende vorigen Monats der Geschäftsgang auf dem Kohlenmarkt wieder entschieden ein ruhigerer geworden ist. Die feste Grundstimmung hat sich zwar nicht geändert und der Absatz ist auch weiter im großen und ganzen durchaus befriedigend geblieben, die Anforderungen erfolgen jetzt aber nicht mehr so stürmisch, wie noch vor einigen Wochen. In den verfloßenen Monaten hat sich gezeigt, daß die Leistungsfähigkeit der Sonditatzwecken der Nachfrage mehr wie gewöhnlich ist und Kohlen hinreichend vorhanden sind, so daß den Ansprüchen der Verbraucher in fast allen Sorten schnell genug entsprochen werden kann. Händler und Werke begnügen sich daher mit kleinen Lagerverräten und beilegen sich durchgängig mit ihren Kohlenzügen durchaus nicht. Es muß füglich bezweifelt werden, ob dieses Verhalten richtig ist, denn unvorhergesehene Fälle, die einen stärkeren Kohlenverbrauch zur unmittelbaren Folge haben, können jederzeit eintreten. Die Verdankungen über die Rheinhäfen sind trotz des unglücklichen Wasserstandes noch ziemlich beträchtlich geblieben, da die Verschiffungen nach Holland und Belgien noch recht beträchtlich sind. Nach dem Obersee wird dagegen zur Zeit verhältnismäßig wenig verladen, oberhalb Mannheim ruht die Schiffsahrt sogar fast ganz. Daß es unter solchen Umständen nicht möglich gewesen ist, die aus dem verfloßenen Monat auf einigen Tagen verbliebenen Bestände an Kohlen zur Verladung zu bringen, ja daß diese Bestände sich stellenweise noch vergrößert haben, bedarf keiner besonderen Erwähnung, zumal wenn berücksichtigt wird, daß infolge des andauernd überaus milden Wetters auch der Bedarf an Hausbrandkohlen mehr und mehr zurückgegangen ist.

Der Eisenverbrauch des deutschen Zollgebietes belief sich, auf Roheisen reduziert, nach Berechnung der Fachzeitschrift „Stahl und Eisen“ im letzten Jahr pro Kopf der Bevölkerung auf nur 75,6 kg gegen 89,2 kg im Jahre 1901 und 131,7 kg in 1900. Für die Zeit seit 1800 ergibt sich danach folgende Entwicklung des Verbrauchs und der Erzeugung:

Jahr	für den Kopf der Bevölkerung		
	Verbrauch	einheim. Roheisen-Erzeugung	
	kg	kg	
1800	3 090 951	81,7	97,1
1801	3 448 700	69,7	93,8
1802	3 712 705	74,3	98,8
1803	3 659 070	72,5	98,7
1804	3 720 515	73,9	105,5
1805	3 741 349	71,9	105,1
1806	4 728 230	90,1	121,4
1807	5 535 382	104,1	129,8
1808	5 688 949	105,8	136,6
1809	6 935 145	128,4	158,8
1890	7 377 330	131,7	152,1
1900	5 083 318	89,2	140,7
1902	4 237 510	75,6	150

Da der Verbrauch an Roheisen pro Kopf nur 75,6 kg, die Produktion aber 150 kg betragen hat, ergibt sich, daß beinahe die Hälfte der ganzen Erzeugung ins Ausland abgestoßen worden ist.

Die Alsenischen Portland-Cementfabriken, deren Aktien kürzlich an der Berliner und Hamburger Börse an einem Tage um ca. 12 Proz. in die Höhe schmelten, veröffentlichten ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1902. Es ergibt sich daraus, daß der Absatz sich beträchtlich erweitert hat. Es gelang nicht nur, die Produktion des Jahres von 1 082 000 Tonn zu verkaufen, sondern noch von dem 190 000 Tonn betragenden Lager 132 000 Tonn abzuliefern, so daß die Gesamt-ableitung 1 214 000 Tonn (1901 1 036 000 Tonn) beträgt und etwa 56 000 Tonn Vorrat am Schlusse des Jahres am Lager verblieben. Diefem Umstande ist es auch zu verdanken, daß die Abrechnung ein recht günstiges Bild zeigt und ein Brutto-Ueberschuß von 1 739 607,28 M. erzielt wurde. Für den ziemlich plötzlich eintretenden Bedarf konnten bessere Preise erzielt werden, ebenso brachte der Verkauf vom Lager guten Gewinn auf den Vuchpreis. Das Gewinn- und Verlustkonto ergibt nach den gewöhnlichen Abschreibungen im Betrage von 251 745 M. (1901 243 530 M.) auf Aktiva 924 683 M. (97 747 M.) auf Aktiva 10 752 M. (38 379 M.) Feuerwerke Fabrik, 23 500 M. (24 246 M.) auf Fahrzeuge und Grundbesitz, Hamburg und Lübeck, zusammen 405 290 M. (403 903 M.) und einer Extra-Abschreibung von 69 999 M. auf meine Beteiligung bei dem Syndikat unter-erblicher Portland-Cement-Fabriken einen Brutto-Ueberschuß von 1 739 607 M. (1 396 024 M.) erkl. des vorjährigen Uebertrages von 45 041 M. (43 187 M.). Der Vorstand schlägt vor, den Ueberschuß wie folgt zu verteilen: 13 847 M. (—) zum geschnitzten Meierbefonds zur Abrundung auf 1 200 000 M., 75 000 M. (50 000 M.) dem Extra-Meierbefonds, 25 000 M. (25 000 M.) dem Beamten-Pensionsfonds, 50 000 (—) dem Baufonds für Arbeiter-Wohnhäuser, 10 000 M. (10 000 M.) Gratifikationen an Beamte und 15 Proz. (15 Proz.) Dividende zu verteilen. 235 937 M. sollen in Berücksichtigung schwabender Differenzen und möglicher Ausfälle, die auch noch bei dem Syndikat untererblicher Portland-Cementfabriken entstehen können, vorgetragen werden. Sollte diese Reserve sich als unnötig erweisen, so kommt dieselbe dann den Aktionären wieder zu gut. Die Abschreibungen sind wieder in alter Weise vorgenommen.

Der Tod des Bankiers Fr. Burghalter in Potsdam ist, nach einem heute an der Börse verbreiteten Gerücht, auf Selbstmord zurückzuführen, und zwar soll sich der Genannte erhängt haben. Als Grund wurden zerrüttete Vermögensverhältnisse angegeben. Burghalter hat früher einen großen Aufwand getrieben und bedeutende Summen für den Waffersport aufgewendet.

Gewerkchaftliches.

Warnung vor Kanada!

Metallarbeiter, als Dreher, Hobler, Stoher, Schlosser, Monteur etc., werden nachdrücklich davor gewarnt, sich zur Auswanderung nach Kanada zu lassen. Namentlich Arbeiter dieser Branche in Düsseldorf und Umgebung mögen sich hüten, sich für die Canadian Locomotive Company Limited, Kingston, Kanada, anwerben zu lassen, für die ein Ingenieur Baumgärtner in Düsseldorf, Hanshausen, Leute suchen soll. Deutsche Arbeiter dieser Branche, die sich hatten dorthin laden lassen, sahen sich vor die Thatfache gestellt, daß sie als Streikbrecher verhandelt werden sollten, außerdem erklärte die Compagnie die Kontrakte, die mit dem Ingenieur Baumgärtner abgeschlossen waren, für ungültig und wollte den Arbeitern beliebige Bedingungen diktieren. Weil sie sich dies nicht gefallen lassen wollten, liegen sie nun mittellos auf der Straße.

Etwas weitere Auskünfte werden erteilt von Wm. Boland, Room 36, 18 Victoria St. 300 Falbey Avenue, Toronto Ontario, Canada. An diese Adresse mit lateinischen Buchstaben geschrieben — wolle man sich bei etwaigen Engagements nach Kanada auf alle Fälle wenden.

Die rheinische Parteipresse und die Fachpresse wird besonders auf diese Angelegenheit aufmerksam gemacht.

Berlin und Umgegend.

Zum Bäderstreik bei Goldader. Wie sehr Herr Goldader die Organisation haßt und wie blindwütig er gegen jeden verfährt, der seine Maßnahmen mißbilligt, wird durch folgendes bewiesen: Am Sonntag sagte der im Goldaderschen Betriebe beschäftigte Stallmann, daß die Arbeiter im Interesse ihrer Ehre hier gar nicht anders konnten, als so zu handeln, wie sie es gethan. Herr Goldader erfuhr dies und entließ den Stallmann auf der Stelle. Mittlerweile bemüht sich der Unternehmer, dem Publikum gegenüber den Menschenfeindlichen zu spielen. So hat er, dem bisher jede Schonung seiner Angestellten völlig fremd war, Plakate anfertigen lassen, auf denen für die Verkäuferinnen eine Beschäftigungszeit von 8 1/2 Uhr morgens bis 8 1/2 Uhr abends festgesetzt ist. — Nun, wir sind der Ansicht, daß der Geschäftsvorstand dem Herrn jetzt schon gestattet, die Arbeitszeit zu verlängern. An der Berliner Arbeiterkammer aber liegt es, eine noch kürzere Beschäftigungszeit und weniger aufreibende Tätigkeit für das Ladenpersonal herbeizuführen. Der Vorstand des Bäder-Verbandes.

Die Gravure und Stempelschneider in den Schriftgießereien befinden sich bekanntlich im Auslande. Nachstehendes Schreiben möge beweisen, mit welchen Mitteln unternehmerfreundliche Leute dem Streik entgegenzuwirken suchen:

Geehrte Frau!

Gestern teilte mir Herr Triems, Berlin, mit, daß die Gravure bei Wöllmer alle streiken wollen, natürlich auch D. mit, trotzdem er vor kurzer Zeit erst 1,50 M. Zulage erhalten hat und Herrn Triems in Bezug auf seine Ausbildung Dank schuldig ist. Herr Triems versichert mir, wenn D. einmal aufgehört hat, daß er nie wieder dort ankommt. Ich halte es für meine Pflicht, Sie hieron in Kenntnis zu setzen und grüße Sie bestens.

Max Heil.

Zur näheren Erklärung diene folgendes: Herr Triems ist Faktor der Wöllmerschen Stempelschneiderei. Herr Max Heil ist jetzt Hausbesitzer in Leipzig-Vindena und war früher auch einmal als Gehilfe in unserer Branche tätig und weiß, wie die Unternehmer mit ihren Lenten umspringen. Er selbst wurde nach jahrelanger Tätigkeit bei der Firma Koberg, Leipzig, als zu teure Kraft schließlich entlassen. Der erwähnte Kollege D. bezieht jetzt nach vierjähriger Lehrzeit, nachdem er bereits zwei Jahre als Gehilfe tätig ist, mit der erwähnten Zulage zusammen pro Woche einen Lohn von 21 M.

Die Streikkommission.

Die Tischler saßen in ihrer Branchenversammlung am Dienstag den Beschluß, den am 16. Februar abgelaufenen Vertrag mit den Fabrikanten nicht wieder zu erneuern. Da die Fabrikanten jedes Entgegenkommen, insbesondere auch Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts abgelehnt haben, so geben die Tischler einem vertragslosen Zustand den bisherigen unzulänglichen Abmachungen gegenüber den Vorzug und behalten sich vor, zu gegebener Zeit ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Die Differenzen der Lackierer bei Drenstein u. Stoppel sind noch nicht beigelegt. Zugang ist ferngehalten. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Bereitete Werbung von Streikbrechern für Bremerhaven.

Aus Breslau wird uns geschrieben: Der Vertreter des Norddeutschen Lloyd* in Breslau hatte am Dienstagnachmittag ein Telegramm aus Bremen erhalten, daß er dahin 400 Arbeiter sofort

senden solle. Herr Kapitän Knoch suchte sofort alle Arbeitsnachweiser auf und trommelte 300 Arbeitlose zusammen. Auf seine Frage, wo man die genauen Vereinbarungen treffen könne, schlug einer der Arbeitlosen das Gewerkschaftshaus vor, worauf der Kapitän einging. Nun begab er sich auf die Polizei, erbat um die Genehmigung, zwei Stunden später eine Versammlung abhalten zu können und erhielt diese auch. Abends um 6 Uhr war der Saal des Gewerkschaftshauses von über 300 Arbeitlosen — Leuten in der größten Notlage — besetzt. Die polizeiliche Ueberwachung war ebenfalls anwesend. Kapitän v. Knoch erklärte, er wolle „seinen lieben Schleiern“ Arbeit bringen. Er versprach jedem Engagierten freie Hin- und Rückreise, Schutz vor den Streikenden; außer Kost und Logis täglich 4,50 M. Lohn, konnte dagegen nichts über die Dauer der Arbeit sagen. Nach ihm hat der schnell herbeigerufene Verbandssekretär der Handels- und Transportarbeiter, Genosse Zimmer, um Wort und stellte den versammelten Arbeitlosen vor, zu welcher schimpflichen Rolle sie gebraucht werden sollen. Das Gleiche thaten unter größter Beschützung des Agenten noch andre Redner. Da der Herr v. Knoch auch vergeblich auf weitere Informationen gewartet hatte, die ihm telegraphisch zugehen sollten, konnte ein Vertrag mit den Arbeitlosen nicht zu Stande kommen. Die zu Streikbrecherdiensten Gewillten wurden auf den folgenden Tag in den städtischen Arbeitsnachweis bestellt, doch dürften nicht viele auf die Verhandlungen eingegangen sein.

Klavierarbeiter-Streit. In der Pianofortefabrik von Gebrüder Zimmermann & Co. in Wöllau bei Leipzig sind die Arbeiter in den Auslande getreten wegen fortgesetzter Herabsetzung der Accordlöhne. Die Ausständigen fordern Wiederherstellung der Accordpreise, welche vor dem 1. Oktober v. J. bestanden. Die Zahl der Streikenden beträgt 178. 7 Antonierer und Bezieger sowie 23 Hilfsarbeiter haben sich dem Streik nicht angeschlossen.

Die wegen des Offenbacher Scharfgräberstreiks gekündigten Schriftgießer in Frankfurt a. M. haben die Herausforderung der Unternehmer mit Entrüstung aufgenommen. In einer Versammlung, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, war eine starke Minderheit dafür, daß man die Kündigung mit sofortiger Arbeitsniederlegung beantworten solle. Schließlich einigte man sich dahin, daß vorläufig eine abwartende Haltung eingenommen und der Kündigung passiver Widerstand entgegengesetzt werden solle. Das Personal der Firma Finck hat nach Verhandlung mit der Geschäftsleitung für die Dauer der Verhandlungen, welche die Vertrauensmänner mit den Firmenvertretern führen, die Arbeit eingestellt.

Die Töpfer in Breslau haben beschlossen, den bestehenden Tarif vom 1. April ab auf ein weiteres Jahr zu verlängern, da eine Lohn-erhöhung, so wünschenswert sie auch ist, unter den jetzigen Verhältnissen nicht erlangt werden kann.

Ausland.

Die Arbeiter in den Schwefelgruben von Albani haben die Arbeit niedergelegt. Es war ihnen angekündigt worden, daß ihre Löhne, die jetzt 2,20, 2,30, höchstens 2,50 Fr. pro Tag betragen, auf 1,92 Fr. herabgesetzt werden müßten. Von dieser Summe gehen noch 40 Pf. für Del. Pulver usw. ab. Für 1,50 Fr. also sollen die Arbeiter ca. 300 Meter unter Tage, etwa 150 Meter unter dem Meeresspiegel, arbeiten. Man hat der Direktion Sendarmen und Militär zur Verfügung gestellt.

Die Lohnbewegung der Bäder in Amsterdam. Die Amsterdamer Bädermeister haben die Forderungen der Gesellen abgelehnt, sich aber bereit erklärt, den Lohnsatz von 1900, wonach die Wochenlöhne 13, 14 und 15 Gulden bei 78 Stunden Arbeit betragen, von neuem anzuerkennen. Am Sonnabend und Sonntag wurden in zwei Bäderversammlungen 590 Stimmen für Arbeitsniederlegung, 126 dagegen abgegeben, außerdem 27 weiße Zettel. Der Vorsitzende erklärte, daß er auf Grund dieser Abstimmung den Streik nicht proklamieren könne, da die Föderation der Bäderorganisationen beschlossen habe, nur dann die Verantwortung zu übernehmen, wenn sich zwischen 700 und 800 Mitglieder für den Streik erklärten. Die Versammlung beauftragte dann die Vorstände der föderierten Organisationen, zu erwägen, ob es zweckmäßig ist, mit den Meistern Verhandlungen anzuknüpfen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das italienische Militärbudget.

Rom, 18. Februar. Die Kammer nimmt die Besprechung des Antrages Mirabelli betreffend die militärischen Ausgaben wieder auf. Minister Corin stellt einige Behauptungen Mirabellis über die Marine richtig und erinnert daran, daß England, Frankreich, Rußland, Deutschland, Oestreich-Ungarn, die Vereinigten Staaten und Japan ihr Marine-Budget fast verdoppelt hätten, während Italien es um 11 Millionen herabgesetzt habe. Italien habe im Hinblick auf seine geographische Lage, auf die Auswanderung und auf die Interessen, die es schützen müsse, eine starke Flotte nötig. Was Cicottis Hinweis auf Aisa betreffe, so antwortete er, die Marine habe einen Unglückstag gehabt durch den Fehler eines einzigen. Aber seit 30 Jahren strebe sie darnach, arbeite sie daran und bereite sich vor auf den Tag, wo sie Probe ihres Könnens ablegen könne. Lebhafter Beifall. Unterbrechungen auf der äußersten Linken. Nach weiteren Ausführungen des Abg. Cicotti erklärt der Präsident, die italienische Marine habe sich stets der vollen Liebe und des ganzen Vertrauens des Parlaments und des Vaterlandes erfreut. (Lebhafter Beifall.) Die Sitzung wird sodann geschlossen.

Lohnbewegung in Ungarn.

Budapest, 18. Februar. (B. T. V.) Die Bädermeister hielten heute eine Versammlung ab, in welcher über Angelegenheiten, die die Bädergehilfen betrafen, beraten wurde. Letztere erhielten hiervon Kenntnis und wollten in der Sitzungssaal eindringen. Es entstand ein wilder Lärm und es wurde die Polizei benachrichtigt. Inzwischen schlossen sich ausländische Schuhmachergehilfen den Bädergehilfen an. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Mehr Verhaftungen wurden vorgenommen. In den umliegenden Straßen, deren Geschäfte geschlossen wurden, patrouillierten Posten von Polizisten. Gegenwärtig (9 Uhr abends) herrscht Ruhe.

Rückgabe beschlagnahmten venezolanischen Eigentums.

Querto Cabello, 17. Februar. (B. T. V.) Commodore Scheder hat am 15. Februar fünfzehn beschlagnahmte venezolanische Fischerboote ihren Eignern zurückgegeben.

Politischer Worb.

Konstantinopel, 18. Februar. (B. T. V.) Im Auftrage des macedonischen Komitees wurde der als türkischer Spion bekannte Cafeter Perilli in Rumbell bei Adrianopel ermordet.

Wannungslad.

Kiel, 18. Februar. (B. T. V.) Heute nachmittag brach die Mittelwand eines Neubaus ein, wobei ein Arbeiter schwere Quetschungen im Gesicht und an den Armen und Beinen erlitt; zwei Gesellen und ein weiterer Arbeiter wurden leichter verletzt. Man nimmt an, daß lediglich das Fehlen von Verankerungen des Gebäudes mit der Mauer und die schwere Belastung des Gerüsts die Ursache des Einsturzes waren.

London, 18. Februar. (B. T. V.) Ein Telegramm aus Nord-Karolina berichtet, daß der Dampfer „Osive“ während eines Sturmes gesunken ist. 18 Mann der Besatzung sind umgekommen.

Petersburg, 18. Februar. (B. T. V.) Heute nacht wurde in der Staats-Kathedrale ein Einbruch verübt und aus dem Rahmen des Heilands-Bildes drei Brillanten im Werte von etwa 100 000 Rubel geraubt.

Reichstag.

261. Sitzung. Mittwoch, den 18. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesrat: Graf v. Posadowsky.

Eine Anzahl von Petitionen werden als nicht geeignet zur Erörterung im Plenum erachtet.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt beim Titel „Staatssekretär“.

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.):

Die angebliche Verächtlichkeit, die von sozialdemokratischer Seite gegen meine Charakterisierung der Entstellungen meiner Rede gegeben worden ist, hat auch nicht den Schatten einer Berechtigung. Abg. Hoch erklärte zunächst, ich hätte diejenigen Konsumvereine in Kreuznach vergewaltigt und ausgeschlossen, die sozialdemokratische Mitglieder haben. Ich habe das für unrichtig erklärt. Dann sagte Abg. Hoch in einer persönlichen Bemerkung, ich hätte die Konsumvereine ausgeschlossen, die mit der Sozialdemokratie in enger Verbindung stehen, und berief sich für diesen Satz auf das ABC-Buch Eugen Richters. Herr Hoch hätte aber das ABC-Buch mindestens vollständig citieren sollen. Es heißt dort: „Man hat es getadelt, daß auf dem Kreuznacher Verbandstage Konsumvereine ausgeschlossen sind, weil sie mit der Sozialdemokratie in enger Verbindung stehen und geleitet werden von der Anschauung, daß die Privatbetriebe überhaupt unberührt sind. Die Sozialdemokratie sucht jetzt den Ausschluß fälschlich so auszulegen, als ob er gegen Arbeiter-Konsumvereine überhaupt gerichtet gewesen sei.“ Also das direkte Gegenteil von dem, was Abg. Hoch gesagt hat. (Abg. Wurm: Ist ja nicht wahr!)

Betreffs der Gastwirtschaftsordnung habe ich, wie Abg. Wollenbuhr selbst anführte, nach dem Stenogramm gesagt: „Diese 24stündige Ruhezeit muß so bald wie möglich in der jetzt vorgesehenen Art beseitigt werden.“ Nach dem „Vorwärts“ soll ich gesagt haben: „Vor allem muß die 24stündige Ruhezeit beseitigt werden.“ Da hat Abg. Wollenbuhr noch die Kühnheit, hinzuzusetzen, das sei ganz dasselbe! Es ist doch in Wirklichkeit ein himmelweiter Unterschied! Der „Vorwärts“ vom 15. Februar verdreht dann die Thatsachen munter weiter und stellt sie auf den Kopf. Danach soll Abg. Wollenbuhr die wörtliche Uebersetzung des Stenogramms mit dem „Vorwärts“-Bericht festgestellt haben.

Die ausgeschlossenen Konsumvereine haben hier bedenkliche Wortführer gefunden. Kaufmann, der Redakteur des Hamburger Wochenberichts, hat in der „Sozialen Praxis“ selbst einen Artikel veröffentlicht, worin die Notwendigkeit einer Trennung unter den Konsumvereinen ausdrücklich anerkannt ist. Sie (zu den Sozialdemokraten) haben diese Sache hier angeknüpft, und ich habe Ihnen die gebührende Antwort gegeben! (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schwarze-Lippstadt (C.):

spricht sich für den Befähigungsnachweis im Baugewerbe aus. — Herr Albrecht meinte, mein Kollege Stödel habe anständiger gesprochen, als Trimborn und Sittart. Gegenüber den Angriffen der Herren Wurm und Hoch sind meine Kollegen aber noch lange nicht groß genug gewesen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wie können Sie in dieser Weise eine Partei angreifen, auf deren Mithilfe bei der Socialreform Sie Tag für Tag angewiesen sind!

Wir brauchen bloß in Köln all das wiederzugeben, was in den Zolltarif-Verhandlungen an Beschimpfungen auf unsere Seite geschleudert worden ist, um sicher zu sein, daß Trimborn wieder gewählt wird. Was haben Sie denn für den Arbeiter getan. Sie sollten dem Grafen Posadowsky dankbar sein, daß er seine Kommissare zu dem Gewerkschaftslongorex geschickt hat. Durch Ihre Angriffe werden Sie es aber voraussichtlich dahin bringen, daß von dieser Praxis wieder abgegangen wird. Aber das ist Ihnen ja gleichgültig, Sie brauchen gerade unzufriedene Arbeiter. (Sehr richtig! im Centrum. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Sie behaupten, das Centrum habe nichts Wesentliches in Socialreform geleistet, seine jetzigen Anträge seien Wahlmanöver. Ich lege hiermit 326 Anträge auf den Tisch des Hauses, die das Centrum auf dem Gebiete der Socialreform im Laufe der Zeit eingebracht hat. Mit einer Partei, die so wie die Herren Wurm und Hoch den Klaffenkampf predigt, ist nicht mehr anzukommen, wenn Sie den Kampf wollen, wir nehmen ihn auf, alle Parteien müssen zusammenstehen gegen die Sozialdemokratie. Bei Philipp sehen wir uns wieder, so sagte Herr Bebel und so hieß es auch im Circus Busch. Am wir nehmen den Kampf nach links und nach rechts auf: bei Philipp sehen wir uns wieder! (Bravo! im Centrum.)

Abg. Stöcker (widl.):

Herr Bebel hat gestern behauptet, ich heute die Kinder der Berliner Kurrende in einer Weise aus, wie es kaum jemals in einer Fabrik vorkomme. Von einer Ausbeutung kann keine Rede sein, es ist kein Betrieb, sondern Missionssache und das wissen die Kinder auch. Wenn ich das auf die Zeit beziehen sollte, in der die Kinder singen, so bemerke ich, daß die Kinder nur 1 bis 2 Stunden am Tage singen, nur ausnahmsweise am Weihnachtsabend und Silvester von 5 bis höchstens 10 Uhr. Sie gehen zu armen kranken Leuten, die sie bestellt haben, um auch den Eindruck von Weihnachten zu bekommen, wofür natürlich kein Pfennig gezahlt wird. Von Ausbeutung kann man nur reden, wenn man nichts von der Sache versteht oder aus Böswilligkeit, die ich bei Herrn Bebel nicht annehme. Weiter sagte Herr Bebel: „Ich scheute mich nicht die Kinder in Lokale mit Damenbedienung zu schicken, damit sie dort singen und Geld in Empfang nehmen, alles zur höheren Ehre Gottes.“ Das ist ein Beispiel für die Art, wie sozialdemokratische Abgeordnete die bürgerliche Gesellschaft anlagen. Es ist dies nur ein einziges Mal gesehen aus Jrrtum. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Stadtmissonar kam auf Aufforderung des Geschäftsführers mit den Kindern in das Lokal, ohne zu wissen, daß es ein Lokal mit Damenbedienung war, die Kinder haben nur Weihnachtslieder gesungen und es ist dann gesammelt worden. Das ist alles. Als ich davon hörte, habe ich gleich gesagt: wenn man irgend wie möchte, daß solche Lokale auf dem Hof seien, sollte man auch auf dem Hof nicht singen. Aber so machen es die Herren. Jemand etwas wird ihnen zugetragen und ohne zu prüfen greifen sie mich an und die Kurrende-Einrichtung, die für die armen Leute in den Vorstädten ein Segen ist, weil sie eben ohne jegliches Verständnis für jedes religiöse Gefühl sind. (Sehr richtig! rechts.) Wie unbeschreiblich traurig ist das! Sie wollen das Volk vertreten und haben keine Ahnung, was in den Herzen des Volkes lebt und womit man eine arme kranke Arbeiterfrau noch erquiden kann. Herr Sachse hat mir das Wort entzogen: Christlich-social ist Unsinn! Ja, hat denn das Wort und die Stelle, woher es kam, für Sie Autorität? Wozu sagen Sie mir das also? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Für Sie!) Christlich-social ist seit 30 Jahren ein anerkannter Begriff, in Wien hat es die Sozialdemokratie und das ganze Judentum dazu auf den Kopf geschlagen. (Sehr gut! rechts.)

Es gibt in der sozialdemokratischen Fraktion nur drei wirkliche Arbeiter, die es heute noch sind. Bei zehn Abgeordneten steht im parlamentarischen Handbuch dabei, daß sie als Arbeiter geleitet haben. Andre, die auch Arbeiter waren, haben nur ihren gegenwärtigen Stand angegeben. Sie halten es also nicht mehr für nötig und nützlich zu bemerken, daß sie geleitete Arbeiter sind. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unglaublich!) Wenn einer sich als Cigarrenfabrikant einzeichnet, ist er kein Arbeiter. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: So! So! Sie haben keine

Ahnung.) Ein Fabrikant ist kein Arbeiter. Herr Peus hätte lieber nicht auf das biblische Gebiet übergehen sollen. Er giebt zwar im Handbuch an, er hätte 1883 Theologie studiert; da hätte er aber etwas mehr lernen sollen. (Seiterleil rechts.) Er berief sich auf das Bibelwort: Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln auf Erden und sagte, ich hätte ein großes Bauerngut. Es ist aber nur ein kleines Bauerngut im Hochgebirge, und wer glaubt, daß man mit einem solchen Schätze sammeln könne auf Erden, steht mit solcher Ansicht tief unten auf der Leiter sozialpolitischer Erkenntnis. (Sehr gut! und große Seiterleil rechts.) Peus meinte weiter, Grundsätze, die für die große Allgemeinheit gelten, brauchten von einzelnen nicht verifiziert zu werden. Man kann aber doch nicht soweit gehen, daß man im allgemeinen den Unternehmergewinn als Blut- und Schandgeld bezeichnet, im besonderen aber es ganz erlaubt findet, wenn Sozialdemokraten Unternehmergeschäfte machen. — Das ist einfach kindlich. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Herr Albrecht sprach vom Wissen und Glauben. Er meinte, wenn man alles wüßte, brauchte man nichts zu glauben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Sozialdemokraten) stehen also auf dem wirklich beneidenswerten Standpunkt, zu glauben, der Mensch könne alles wissen! Denken Sie doch an Sokrates, der stolz darauf war, daß er nichts wußte! Glauben und Wissen sind zwei ganz verschiedene Gebiete. Wo das Wissen seine Grenze hat, da setzt der Glaube ein. Wenn man von Rot- und Lebertwurst redete, könnte man sagen: Wenn ich so und so viel Rottwurst gegessen habe, brauche ich keine Lebertwurst mehr zu essen. Dafür würde diese Art von Bildung passen. (Seiterleil rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Albrecht sagte: „Soviel ich weiß, nimmt es Herr Stöcker mit der Wahrheit nicht sehr genau.“ (Lebhafte Aufe: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Außerhalb des Reichstages würde man sagen: Sie (zu den Sozialdemokraten) betragen sich wie dumme Jungen! (Stürmische Zustimmung rechts.) Aus einer mir zugesandten Nummer des „Courrier“ vom November 1902 geht hervor, daß es auch in Jhrren (zu den Sozialdemokraten) Reigen Ausbeutung giebt. Es heißt dort: „Wir nennen einen Ausbeuter einen Ausbeuter, und wenn er der patentirteste Sozialdemokrat wäre!“ Sie, die Sie den Kapitalismus beschimpfen und bedauern, indem Sie auch erlaubten Gewinn mit dem Namen „Blutgeld“ und „Schandgeld“ belegen, Sie treiben also ganz dieselben Dinge, und wenn ein Mann Ihnen entgegentritt, so zweifeln Sie an seiner Wahrheitsliebe. Etwas andres liegt viel näher: es ist Ihnen schon in der vorigen Sitzung vorgehalten worden, daß Herr Bebel von dem Schweizer Schumann des Meineids beschuldigt worden ist. (Stürmische Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten. Empörte Aufe: Ach! Normann-Schumann, der Spiegel!) Kümern Sie sich doch um Herrn Bebel's Meineid und nicht um meine Wahrheitsliebe. (Lebhafte Aufe der Entrüstung und andauernde große Unruhe bei den Sozialdemokraten. — Abg. Ledebour ruft: Er hat von Bebel's Meineid gesprochen! Er hat also einen Abgeordneten des Meineides be- zichtigt!)

Abg. Reichhans (Soc.):

Die Beschimpfungen des Abg. Stöcker treffen unren Genossen Bebel nicht. Diese Worte beschimpfen ihn nicht einmal die Stiefelsohlen. (Lebhafte Dho! rechts. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es berührt eigentümlich, Herrn Stöcker, den Pastor, den Verklärer der christlichen Nächstenliebe, in dieser Weise hier auftreten zu sehen. Etwas weniger Ueberhebung wäre für ihn doch sehr am Platze. Die Wahrheit dieses Mannes, der den Fall Ewald hinter sich hat, der mit seinem Amtskollegen Witte den bekannten Prozeß geführt hat, ist bei allen diesen Angelegenheiten sehr stark angezweifelt worden, und seine Wahrheitsliebe beim Video-Ablegen ist vor dem Gericht amtlich festgestellt worden. (Große Unruhe rechts.) Ein solcher Mann kann nicht beanspruchen, daß man seinen Worten ohne weiteres glaubt. (Zustimmung bei den Soc.) Es ist sehr charakteristisch, daß er überhaupt noch die Stirn hat, hier öffentlich aufzutreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Meine Freunde habe ich gehabt an seinen Worten von der Rottwurst und der Lebertwurst. Aus dem Munde eines so spitzfindigen Theologen, wie es Herr Stöcker sein möchte, hören sich doch solche Plattheiten sehr merkwürdig an. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Jäh hätte es nie gewagt, solche Plattheiten zu sagen. Auch die Behauptung, in unserer Fraktion gäbe es nur drei Arbeiter, ist eine echt Stöcker'sche Behauptung, die nach näherer Prüfung sofort in sich zusammenbricht. Keine Fraktion des Reichstags hat so viele Abgeordnete, die Arbeiter sind oder aus Arbeiterkreisen hervorgegangen sind, wie die unfrige. Viele Cigarren-Fabrikanten beschäftigen nicht einen einzigen Arbeiter. Solche Fabrikanten giebt es auch hier in unserer Mitte. Herr Stöcker hat zugeben müssen, daß die Kurrende-Kinder eine fünf- stündige Arbeitszeit hatten und in einem Lokal mit Damen- bedienung gesungen haben. Er behauptet, wir Sozialdemokraten hätten keinen Sinn für solche schönen Sitten und für religiöse Dinge. Wir haben aber für wahre Religion ein sehr reges und empfind- sames Gefühl. (Stürmischer Gelächter rechts.) Nun, über den Herrn Hofprediger a. D. Stöcker hat die öffentliche Meinung ihr Urteil abgegeben, und ich habe diesem Urteil nichts hinzu- zufügen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Charakteristisch war es auch, daß Herr Schwarze-Lipp- stadt anführte, zwei jüdische Abgeordnete unserer Partei hätten hier die Interessen der Arbeiter wahrgenommen. Die Herren vom Centrum sind also bereits auf das antisemitische Niveau hinabgesunken! Die Wittwenversicherung ist nur das Zunderholz, das Sie (zum Centrum) dem Arbeiter bieten, um ihn die Verwässerung der Lebens- mittel, die Sie betreiben, vergessen zu lassen. — Herr Dr. Crüger beklagte sich über unser Citieren; er sollte aber selber besser citieren: so hat er eine Äußerung Wollenbuhr's nach dem amtlichen Stenogramm nicht richtig wiedergegeben. Herr Camp hat wieder einmal über Dinge gesprochen, die er nicht kennt; dazu gehört der § 120 der Gewerbe-Ordnung, der Handwerker-Paragraph. Wie wollte er dem Handwerker helfen? Doch auch nur durch neue Verordnungen und Verfügungen. — All die Anträge des Centrums und der Nationalliberalen sind nichts als Wahl- manöver. Wenn es Ihnen erst damit wäre, hätten Sie die Forde- rungen längst verwirklichen können. Die Sozialdemokraten haben bereits 1877 bei Beratung der Gewerbe-Ordnung einen Gesetzentwurf eingebracht, der all die Forderungen der heutigen Resolutionen bereits enthielt. — Herr v. Hehl hat wieder sein warmes Herz für die Konfektionsarbeiter kund gethan. Er sagte, es wäre bereits 1896 auf das Ueud der Konfektionsarbeiter hingewiesen. Ich kann, ohne rühmend zu sein, wohl behaupten, daß ich bereits im Anfang der achtziger Jahre die öffentliche Meinung gezwungen habe, sich mit den Zuständen in der Konfektionsindustrie zu befassen. — Die „Vorformer Zeitung“ fordert Herrn v. Hehl auf, seine Be- hauptung, es sei eine Verleumdung, daß er das Koalitionsrecht seiner Arbeiter beschränke, außer- halb des Hauses zu wiederholen, damit die Sache gericht- lich angetragen werden könne. Herr v. Hehl wird ja nun Gelegenheit haben, seine Wahrheitsliebe vor Gericht zu beweisen. — Redner geht hierauf auf die Gewerbe- Inspektion in Sachsen-Meinungen ein. Die Zahl der Zuwid- erhandlungen gegen die Bestimmungen zum Schutze der jugendlichen Arbeiter ist sehr groß, bei 330 revidierten Betrieben wurden 337 Uebertretungen festgestellt, Bestrafung der Unternehmer ist aber in keinem Falle erfolgt. Sehr groß ist auch die Zahl der bewilligten Ueberstunden, sie betrug 35 733. (Hört! hört! bei den Social- demokraten.) Als Grund für die große Zahl der Ueberstunden werden

die Manöver angeführt! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Aufmerksamkeit der Gewerbe-Inspektion in Sachsen-Meinungen möchte ich auf eine Krankheit aufmerksam machen, die sich bei den dortigen Arbeitern häufig vorfindet. Sie fängt mit Bläschen auf den Händen an, schließlich ist der ganze Körper mit Geschwüren bedeckt und die Nägel an Händen und Füßen lösen sich los. — Uns macht es gewiß kein Vergnügen, hier Jahr für Jahr dieselben Klagen vorzubringen. Wenn aber die Gewerbe-Inspektion und die Regierung halbwegs guten Willen zeigen würden, die Beschwerden zu untersuchen, könnten die Verhandlungen in diesem Parlamente be- deutend abgelängt werden.

Abg. Stöcker (widl.):

Herr Reichhans hat trotz meiner Richtigstellung das über die Kurrende Gesagte nicht zurückgenommen. Wer nicht mal offenbar Unwahres zurücknehmen kann, den kann man wirklich nur bedauern. (Sehr richtig! rechts.) Am Weihnachtsabend gehen die Kinder des- halb gern 5 Stunden singen, weil sie überall beschenkt und zum Essen und Trinken aufgefordert werden. Das nennt dann Herr Reichhans fünfständige Arbeitszeit! Herr Reichhans hat sich ver- sprochen und von der „öffentlichen Gemeinheit“ über mich gesprochen. In dem Fall Witte bin ich in der nichtsinnigsten Weise ver- leumdet worden, Herr Reichhans scheint aber nicht zu wissen, daß nach dem Prozeß nicht die Spur von Unrecht an mir geblieben ist. Mir hat noch kein Mensch nachgesagt, außer schlechten Subjekten, daß ich betruht die Unwahrheit gesagt habe. Die Social- demokratie sollte sich nicht um mich lieber um den Fall Bebel kümmern, der öffentlich des Meineids beschuldigt ist. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten; Zurufe: Von einem Spiegel! Ja habe in meiner Sache zur Klage aufgerufen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nach 18 Jahren!), möge Herr Bebel daselbe thun. (Abg. Singer: Der Prozeß schwebt ja!) Gewiß. (Abg. Singer: Na also!) Ich konstatierte, daß ich mit der öffentlichen Gemeinheit genau so lange zu thun gehabt habe, als ich in das Wespennest der Juden zu stehen wagte. (Lachen links.) — Was die Arbeiter in der sozialdemokratischen Fraktion be- trifft, so haben mehrere angegeben, sie seien Cigarrenfabrikanten. Wenn sie das nicht sind, so sind sie eben gar nichts. (Seiterleil rechts.)

Abg. Wurm (Soc.):

Herr Stöcker hat den traurigen Mut gehabt, von einem Meineid Bebel's zu sprechen, obwohl er weiß, daß die Beschuldigung, Bebel habe einen Meineid geleistet, von einem notorischen Lump und Schuft ausgeht, von einem gerichtlich notorischen Spiegel, der im Dienste der Polizei stand, bald nach rechts, bald nach links schreibt, bald gegen die Sozialdemokratie, bald gegen den Kaiser Schmähungen losläßt; allerdings ist das ein Mann, der Herrn Stöcker sehr nahe steht, weil er mit ihm zusammen den bekannten Scheiterhaufen verbrannt hat. (Abg. Stöcker: Blanke Unwahrheit!) Es ist auch nicht so, daß Herr Stöcker verlost wird, seitdem er den Mut hatte — Stöcker'scher Mut! (Seiterleil bei den Sozialdemokraten.) — in das Wespennest der Juden zu stehen, sondern umgekehrt, als Sie (zu Stöcker) Schiff- bruch gelitten hätten, wollten Sie sich damit ein neues Nessel geben, um sich durch die Judenhege an gewissen Stellen wieder einschmeicheln zu können. (Auf rechts: Un- erhört!) Der Prozeß über den nach Normann-Schumann im Tausch-Prozeß von Bebel angeblich geleisteten Meineid schwebt ja. Es wird sich herausstellen, daß dieser Stöcker'sche Anwalt, den er sich hier wieder geleistet, genau so viel wert ist wie alles, was er gegen uns vorzubringen pflegt. Ich habe keine Lust, mich weiter mit Herrn Stöcker's Vergangenhait zu beschäftigen und gebe zu dem eigentlichen Gegenstand unserer Verhandlungen über. Ich will kurz auf die Angriffe eingehen, die gegen mich im Lauf der Diskussion erhoben worden sind. Meine Behauptungen über die Krupp'schen Wohlfahrts-Einrichtungen haben sich Wort für Wort als richtig herausgestellt. Herr Dr. Waacke hat gegen Behauptungen polemisiert, die ich nicht angehtellt habe. Wie die Krupp'schen Arbeiter selbst denken, geht aus dem von mir gelesenen Eingeladten in dem ultramontanen Effener Blatte hervor. Giebt der Arbeiter sich der privaten Wohlthätigkeit einzelner Unternehmer preis, so wird er dabei über's Ohr gehauen. Daraus geht hervor, wie notwendig es ist, die staatliche Arbeiterversicherung zu gestalten, daß sie die Privatwohlthätigkeit der Unternehmer überflüssig macht. Graf Posadowsky beschwerte sich darüber, daß ich von Geheimnissen gesprochen habe. Er hat darauf den Inhalt des einen noch un- bekannten Erlasses hin mitgeteilt. Er wird gut thun, solche Erlasse in richtiger Weise von vornherein zu veröffentlichen, dann werden auch unsre Vorwürfe unterbleiben. Meine Angaben über die Bergwerksinspektion, die Herr Hilke in Zweifel gezogen hat, werden von allen Sachverständigen bestätigt. Kom zu Herrn Dr. Crüger. Was Herr Eugen Richter im ABC-Buch über den Grund des Aus- schlusses der unabhängigen 98 Genossenschaften gesagt hat, be- sttigt und verschärft den Satz, den mein Kollege Hoch dem ABC-Buch entnommen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Verordnen des Herrn Dr. Crüger ist von Herrn Vorth und Herrn Hofde scharf getadelt worden. Herr Crüger will Preisend spielen: er behauptet, die Vereine seien ihrer wirtschaftlichen Tendenz wegen ausgeschlossen worden. Aber die wirtschaftliche Tendenz aller Konsumvereine ist dieselbe: sie konzentrieren die Verteilung der Waren und vernichten keine Existenzen. Wenn Herr Dr. Crüger behauptet, seine Konsumvereine thäten das nicht, so streut er damit den Kleinhändlern nur Sand in die Augen, die in seinen Kreditgenossenschaften sitzen. Er verkleidet und verknist die Konsumvereine mit den Kreditgenossenschaften. In Wahrheit sind die unabhängigen Konsumvereine ausgeschlossen worden, weil sie sich in den Händen sozialdemo- kratischer Arbeiter befanden. Herr Crüger hat dann weiter mein Wort von der Klust, die zwischen Besitzenden und Nicht- besitzenden besteht, citiert und gefragt, wozu denn der Abg. Wurm gehöre. Er begreift es also immer noch nicht, was es bei dem politischen und wirtschaftlichen Kampfe nicht darauf ankommt, aus welcher Bevlkerungssticht man hervorgegangen ist, sondern welche Tendenzen man ver- folgt. Wo ich von einem Kampfe der Tendenzen, von einem Kampfe der Klassen gesprochen habe, da haben Sie einen Kampf der Personen daraus gemacht und mir untergeschoben, ich hätte Haß und Verfolgung gepredigt. Für uns aber sind die Personen der Unternehmer nur die Personifikation einer lo- nomischen Kategorie, wir betrachten den Klassen- kampfe als den naturgeschichtlichen Prozeß und machen den einzelnen nicht verantwortlich dafür, was er seines Klassenstandpunktes wegen durch die wirtschaft- lichen Verhältnisse gezwungen thut. Vielleicht gelingt es Ihnen doch noch einmal, Herr Dr. Crüger, diese Auffassung zu verstehen. Wenn wir den einzelnen Unternehmer bekämpfen, so geschieht es immer nur dann, wenn er über das Maß des durch die wirt- schaftlichen Verhältnisse Gegebenen hinausgeht und Haß und Verfolgung gegenüber seinen Arbeitern an den Tag legt. Gerade in den letzten Tagen haben wir ein ekklatantes Beispiel für diese Art des Kampfes erlebt. Ich sprach von der Continental- Kautschuk-Compagnie in Hannover, die bei 50 Proz. Dividende ihre Angestellten schlicht entlohnt und zu Ueberstunden zwingt. Die Antwort der Direction hat nun darin bestanden, daß sie die Arbeiter dazu antrieb, eine Adresse zu unter- zeichnen, worin sie versicherten, sie hätten die Ueber- arbeit selber haben wollen. Wann wird denn endlich einmal dieser Unfug, diese große Höhe, die Arbeiter zu diesen sogenannten freiwilligen Unterschriften zu zwingen, aufhören? Säumen sich denn diese Unter- nehmer gar nicht? Es ist doch die grote Gewissenlosigkeit, die man sich nur denken kann, wenn man die Arbeiter zu solchen Unter-

Schriften zwingt. Die Kaufschul-Compagnie in Hannover hat ja hochgestellte Freunde. Als neuestes Ausschichtsrats-Mitglied ist der Stadtdirektor Tramm gewählt worden. Mit diesem Magistratsposten wird also ein feiner Ausschichtsrats-Posten bei dem fünfzigprozentigen kapitalistischen Ungehörigen verbunden, ein Posten, der Herrn Tramm wohl das vierfache des Gehalts einbringen wird, den er als Stadtdirektor erhält. In Deutschland haben wir einen solchen Fall noch nicht gehabt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Die Herren Trimbom und Sittart haben den Bischof Ketteler gegen uns ausgespielt und behauptet, er hätte lange vor uns seine socialpolitischen Forderungen aufgestellt. Wir haben immer gesagt, wenn das Centrum sich mehr nach Ketteler richten würde, würde es nicht so arbeiterfeindlich sein. Aber zu behaupten, daß wir von dem Socialreformer Ketteler erst gelernt hätten, setzt doch ein großes Maß geschichtlicher Unkenntnis voraus. Die erste Schrift Kettelers erschien 1848. Damals war die Welt voll vom Socialismus; das kommunistische Manifest war im Februar erschienen, alle Politiker beschäftigten sich mit der socialen Frage und suchten an ihr herumzuboltern. Bald darauf fand das erste Arbeiterparlament in Berlin statt und forderte den gesetzlichen Normalarbeitstag. Eine ausgedehnte socialpolitische Litteratur stammt aus diesen Tagen. Dem Kettelerischen Werke „Arbeiterfrage und Christentum“, das 1867 erschien, sind alle kassalische Schriften vorangegangen. Wie kann man da sagen, Ketteler sei der Begründer der Socialreform in Deutschland? Das zeugt von großer Unkenntnis oder Ueberhebung. Die socialen Bestrebungen Kettelers sind nicht erfolgt um der Arbeiter willen, sondern um des Centrums willen. Er sah ein, daß das Centrum an den Arbeiterfragen nicht länger vorübergehen dürfe. Das eigentliche Wesen der socialistischen Bewegung, den Kampf der Arbeiter um ihr Recht, aber hat das Centrum nie begriffen. Auch Bismarck hat den Arbeitern keine Rechte, sondern höchstens Wohlthaten verleihen wollen, um sie lenkbarer und gefügiger zu machen. Wenn die bürgerlichen Parteien wahre Socialpolitik treiben, so werden wir sie darin stets unterstützen. Je mehr Sie aber den Arbeitern geben, Sie ändern es nicht, daß die Arbeiter zu der Einsicht kommen, daß sie noch viel mehr zu verlangen haben. Wir kämpfen um unser Recht, nicht um Eiderischer Gehässigkeit, sondern mit dem Ziele, daß endlich die Menschenseite an die Stelle der Menschenbedrückung trete! (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Herzfeld (Soc.):

In der am 1. April d. J. in Kraft tretenden Seemanns-Ordnung sind besondlich gewisse Schutzbestimmungen für die Seeleute getroffen. Es ist nun für die Seeleute von großem Interesse, zu wissen, ob in den bereits abgeschlossenen Gewerbeträgen, die über den 1. April hinaus in Kraft bleiben, solche Vereinbarungen enthalten sein dürfen, die den Bestimmungen der neuen Seemanns-Ordnung nicht entsprechen. Weichen diese Vereinbarungen über den 1. April hinaus wirksam, oder werden sie mit diesem Termin nichtig? Meiner Ansicht nach sind die Schutzbestimmungen der Seemanns-Ordnung öffentlich-rechtliche und können durch Verträge nicht abgeändert werden. Ich habe hier eine große Anzahl von Gewerbeträgen großer Gesellschaften, in denen solche der Seemanns-Ordnung widersprechenden Vereinbarungen enthalten sind. Ich lege einige dieser Verträge auf den Tisch des Hauses nieder.

Staatssekretär Graf Posadowski:

Die vom Vorredner aufgeworfene Frage würde sich in ihrer Komplexität für eine Examensarbeit eignen. Nach der neuen Seemanns-Ordnung können die darin enthaltenen Schutzbestimmungen durch Verträge nur insoweit abgeändert werden, als das im Gesetz ausdrücklich zugelassen ist. Das ist also öffentlich-rechtliches Recht vom 1. April d. J. Dem gegenüber liegt, wie der Vorredner ausgeführt hat, eine große Anzahl von Gewerbeträgen vor, die Bestimmungen enthalten, die, wenn sie nach dem 1. April geschlossen wären, gegen die öffentlich-rechtlichen Vorschriften der Seemanns-Ordnung verstößen würden und deshalb als ungültig anzusehen wären. Die schwierigere Frage ist die: Haben diese öffentlich-rechtlichen Bestimmungen der Seemanns-Ordnung eine rückwirkende Kraft gegenüber einem jus quassitum? Dem rein privatrechtlichen Standpunkt würde ich wahrscheinlich sagen, daß es sich hier um ein jus quassitum handelt, vom socialpolitischen Standpunkt würde ich wünschen, daß die Schutzbestimmungen der Seemanns-Ordnung überall sofort zum Schutze der Seeleute in Kraft treten. Ich kann in dieser schwierigen Frage keine autoritative Entscheidung abgeben und der Auslegung der Gerichte nicht vorgehen.

Redner hält im weiteren gegenüber dem Abg. Dr. Warth seine Ausführungen über die Entwicklung der englischen Landwirtschaft aufrecht. — Wenn weiter gefordert werden soll, daß wir gegenüber der Auslegung der Gastwirts-Verordnung sofort eine deklarierende Gesetzesnovelle hätten erlassen sollen, so möchte ich davor dringend warnen. Das wäre durchaus verfehlt. Was den Schutz der Bergarbeiter angeht, so habe ich auf die im vorigen Jahre hier gegebenen Anregungen sehr eingehende Erhebungen anstellen lassen. Es ist festgestellt, daß mit Ausnahme Preussens Fälle, daß jugendliche Arbeiter durch Neben zu schwerer Lasten dauernden körperlichen Schäden erlitten hätten, nicht vorgekommen sind. Es wird von den jugendlichen Arbeitern nicht verlangt, daß sie in den Bergwerken die Förderkarren heben.

Fernerhin wurde darauf hingewiesen, daß in einer Fabrik an 60 Tagen Ueberarbeit geleistet worden sei. Ich glaube kaum, daß es sich so verhält. Die Verwaltungsbehörden sind nur berechtigt an 40 Tagen des Jahres Ueberarbeit zu gestatten. Hätten sie es an mehr Tagen gestattet, so hätten sie außerhalb ihrer Zuständigkeit gehandelt. Endlich wurde erwähnt, daß von der preussischen Bergwerksverwaltung den Arbeitern das Recht auf Benutzung der sogenannten Handlohe verweigert worden sei. Es ist nur eine Reglementierung dieses Rechtes eingetreten, weil ein großer Mißbrauch damit geübt worden ist.

Abg. Ledebour (Soc.):

Herr Stöder hat sich nicht geübt, meinen Freund Bebel, über dessen Charakter wohl überall in diesem Hause, abgesehen von Herrn Stöder, die beste Meinung herrscht, des Meineids zu zeihen.

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich habe nicht gehört, daß Herr Stöder Herrn Bebel des Meineids bezichtigt hätte. (Lebhafter Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Ich hätte das nicht zugelassen. Herr Stöder hat nur gesagt, daß schweizerische Blätter den Abg. Bebel des Meineids beschuldigt haben.

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Am Schluß seiner ersten Rede, als Sie nicht das Präsidium führten, hat Herr Stöder zu uns gewandt gesagt: Bekümmern Sie sich um Bebel's Meineid. Ich bitte Sie, sich das Stenogramm, — das unkorrigierte Stenogramm kommen zu lassen.

Vizepräsident Graf Stolberg: Herr Stöder hat in seiner zweiten Rede diese letzten Worte seiner ersten Rede dahin ausgelegt, daß er damit gemeint habe den Meineid, dessen der Abg. Bebel in schweizerischen Blättern beschuldigt werde. Damit hat er nicht gesagt, daß Herr Bebel einen Meineid begangen hätte. Das hätte weder Präsident Graf Velleström noch ich zugelassen. (Unruhe bei den Socialdemokraten.)

Abg. Ledebour:

Ich wünsche nur, daß das Stenogramm nachgesehen wird. Für die Methode des Herrn Stöder beziehend ist, daß er seinen Gewährsmann mit den Worten eingeführt hat: „Ein Schweizer Schumann.“ Er wußte sehr wohl, daß es sich um den bekannten Köpfigen Normann-Schumann handelte, der im Zürich-Prozess eine hervorragende Rolle gespielt hat und nach der Schweiz flüchten mußte, weil er hier wegen verschiedener schwerer

Vergehen strafrechtlicher Verfolgung ausgekehrt war. Herr Stöder wußte also, daß er sich auf einen der ansehnlichsten Gewährsmänner berief, den irgend jemand anführen kann. Genau so hat Herr Stöder gegen mich operiert. Wenn er seit Urteil über mich dahin abgegangen hätte, daß ich ein Stüber sei, wäre ich mit einem Kesselfuden darüber hinweggegangen. Er hat das aber als Urteil der Proletarier hingestellt, indem er aus der „Vergarbeiter-Zeitung“ einen Artikel citierte. Er sagte, ich wäre neulich am Rhein gewesen, um gegen die neutralen Gewerkschaften zu agitieren. Das „neulich“ war im Oktober 1901 (Hört! hört! bei den Socialdemokraten) und ich war von dem Gewerkschaftsartell in Essen und mehreren socialdemokratischen Organisationen im Ruhrkohlengebiet aufgefordert, eine Aussprache über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften herbeizuführen. Anlaß dazu hatte das Verhalten des sehr verdienstvollen Gewerkschaftsführers Hns gegeben, der damals heftige Angriffe gegen die socialdemokratische Partei gerichtet hatte und eine Gewerkschaftspolitik befürwortete, die nach der Ansicht der Mehrheit meiner Partei nicht die richtige ist, z. B. hatte er mit Herrn Kaumann zusammen Versammlungen abgehalten. Hns hatte zugelegt, zu der Auseinandersetzung zu erscheinen, kam aber nicht. Nachdem ich abgereist war, erschienen in der „Vergarbeiter-Zeitung“ Artikel, die alles Mögliche gegen die socialdemokratische Partei vortrachten und sich gegen meine Parteigenossen Bebel und Auer richteten. Herr Stöder aber stellte es so dar, als ob sich die Angriffe gegen mich persönlich richteten und während es sich um Verlegenheitsausdrücke eines Mannes, der sachlich sich nicht auseinandersetzen konnte, handelte, stellte es Herr Stöder so dar, als gäben diese Artikel die Meinung der Proletarier über die socialdemokratischen Führer wieder. Der Verfasser der Artikel ist ja streng genug dadurch gestraft worden, daß Herr Stöder ihn überhaupt als Gewährsmann anführte, ich denke, er wird sich gegen diese Bundesbrüderlichkeit noch wehren. Uebrigens geht aus Hns Ausführungen auf dem letzten Gewerkschaftskongresse in Stuttgart auch hervor, daß er seine Ansicht in der Neutralitätsfrage geändert und jetzt mehr auf unserem Standpunkte steht. — Für Herrn Stöder's Methode sehr bedauernd ist weiter, daß er meine Ausführungen über die Neutralität der Gewerkschaften aus einem Centrumorgan, der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, die nicht einmal an dem Orte erscheint, wo ich gesprochen habe, citiert, wo sie total entstellt sind und mir direkter Unfluth in den Mund gelegt wird, statt sich auf socialdemokratische Blätter zu beziehen. Herr Stöder bringt jetzt seine Einstellungen, wie es scheint, lediglich vor, um sich als Anwalt des schlichten Mannes für den bevorstehenden Wahlkampf in Erinnerung zu bringen. Er fungiert jetzt als Chef des reaktionären Heerbannes; der Beifall, den er auf der Rechten fand, beweist, daß die Rechte bereit ist, unter der Firma Stöder-Normann-Schumann in den Wahlkampf zu treten. Das war früher anders, als Herr Stöder seine Methode der indirekten persönlichen Verdächtigungen in seinem berühmten Scheiterhaufen-Brief gegenüber dem Fürsten Bismarck empfohlen hatte. Damals haben Sie (nach rechts) das Tischgespräch zwischen sich und dem Herrn Hofprediger A. D. zerhackt. Jetzt, wo sich die Methode gegen die Socialdemokratie richtet, stimmen Sie mit dieser Methode überein. Mir ist es gewiß nicht angenehm, mich überhaupt mit Herrn Stöder befassen zu müssen. Es müßte aber geschehen, damit solche Behauptungen nicht unüberprüfbar im Wahlkampfe ausgenutzt werden können. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Lenzmann (frj. Sp.): Ich hätte Lust, auch mit Herrn Stöder ein Hühnchen zu pikieren und ihn an den Prozeß Witte zu erinnern, wo wir seine Wahrheitsliebe, seine Nächstenliebe und seine christliche Feindesliebe kennen gelernt haben. Aber ich will die Staatsverhandlungen nicht durch eine Volemil mit Stöder aufhalten, sondern meine Ansicht über die vom Kollegen Herzfeld berührte Frage äußern. Das öffentliche Recht der Seemanns-Ordnung geht dem Privatrecht vor. Sind also Verträge geschlossen oder werden sie bis zum 1. April d. J. geschlossen, die der Seemanns-Ordnung widersprechen, so gelten sie vom 1. April ab nicht mehr.

Staatssekretär Graf Posadowski: Ich bedauere, darauf hinweisen zu müssen, daß wir in dieser Streitfrage verschiedene Fälle unterscheiden müssen und zwar die Fälle, wo Gewerbeträge vor der amtlichen Publikation der Seemanns-Ordnung abgeschlossen worden sind und solche, die nach der Publikation geschlossen wurden und über den 1. April d. J. hinausgehen. Bei den ersten kann man zweifelhaft sein, bei den letzten aber ist es klar, daß sie ungültig sind, soweit ihre Bestimmungen der Seemanns-Ordnung widersprechen.

Abg. Stöder (wildl.):

Die ganze Rede des Herrn Ledebour machte den Eindruck, daß ihm das, was ich gesagt habe, äußerst unangenehm war. (Gelächter bei den Socialdemokraten.) Ich begreife das. Wenn er aber so thut, als hätte man hier auf mich und andre Personen allen Schimpf und Schmach häufen, während Herr Bebel eine geheiligte Person ist, so verleihe ich das nicht. Da war der Herr —, wie heißt er doch gleich? — Wie? — (Ein Nachbar ruft dem Redner den Namen Normann zu.) Nichtig! Da war der Herr Normann, den Sie mit Schimpfworten überhäuft haben. Ob das wahr ist, will ich nicht untersuchen. Ich kann nur sagen, mich haben nur Lumpen als Meineidige bezeichnet. (Rufe bei den Socialdemokraten: Das thäten Ihre Richter! Lesen Sie doch das Urteilverbot! — Lärm rechts.) Ein Staatsanwalt hat mir erklärt, daß es ganz falsch sei, davon auch nur zu reden. (Gelächter bei den Socialdemokraten.) Wie hätte ich mich Herrn Ledebour gegenüber vorsichtiger ausdrücken sollen, als ich es gethan habe? Ich habe die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ mit ihrem ganzen Titel genannt: „Organ für die Interessen der arbeitenden Stände.“ Herr Ledebour sagte, der Titel könnte zu dem Glauben Anlaß geben, es sei ein socialdemokratisches Blatt. Ich finde das ungeheuerlich. Die socialdemokratischen Blätter können doch höchstens „Organe zum Verderben der arbeitenden Stände“ heißen. (Bravo! rechts.) Die rote Fahne war mir die Hauptsache am Citat. Herr Ledebour hätte ja nur zu sagen brauchen: „Ich habe das Wort von der roten Fahne nicht gebraucht.“ Das hat er nicht gethan. Also bleibe ich im Einklang mit den dorthin Socialdemokraten, die von Salonproletariern gesprochen haben.

Abg. Singer (Soc.):

Für unsre Partei ist es absolut gleichgültig, was Herr Stöder sagt. (Lebhafter Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Lesen Sie unsre Presse, unsre Versammlungsberichte, so werden Sie immer finden, daß bei den Äußerungen Stöder's das Gefühl der Lächerlichkeit oder das Gefühl des Mitleids in uns wachgerufen worden ist. (Lärm rechts.) Nun, wenn Sie noch ein andres Gefühl genannt haben wollen, will ich Ihnen den Gefallen thun; auch das Gefühl des Efels haben wir bei Stöder'schen Äußerungen gehabt. (Lebhafter Zustimmung bei den Socialdemokraten. Lärm rechts. Rufe: Zur Ordnung!) Ich will mir kurz charakterisieren, was Stöder gegen unsren Freund Bebel vorgeführt hat. Wenn Stöder so kämpfen würde, wie andre Gegner kämpfen, dann hätte er nicht die Beschuldigung des Meineids gegen Bebel erheben dürfen, sondern er hätte nur sagen dürfen, daß eine solche Beschuldigung in einem schweizerischen Flugblatt erhoben worden ist. Er hat sich aber unter den Schutz der Herren Präsidenten begeben, die ihm diese Interpretation erst in den Mund gelegt haben. Nicht aus eigener Ehrlichkeit hat er in seiner zweiten Rede das erklärt, sondern gezwungen durch die Interpretation des Präsidenten. Niemand wird leugnen können, daß Stöder Bebel des Meineids bezichtigt hat.

Vizepräsident Büsing: Derjenige Herr Präsident, der während der Rede des Herrn Stöder fungiert hat, hat diese Äußerung nicht so aufgefaßt, sonst wäre er zweifellos gegen Herrn Stöder eingeschritten.

Abg. Singer: Ich bin durchaus durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das die Anschauung des betreffenden Herrn Präsidenten war, aber dadurch wird an den Worten des Abg. Stöder nichts geändert.

Vizepräsident Büsing: Mir erscheint es doch notwendig, den Wortlaut der Äußerung des Herrn Stöder festzustellen. Stöder's Schlusssätze lauten: „Kümmern Sie zu den Socialdemokraten“ sich darum, sehen Sie zu, daß Herr Bebel's Meineid hergestellt wird und lassen Sie mich in Ruhe!“ Aus der ganzen Stelle geht doch hervor, daß Herr Stöder mit Bezug genommen hat auf das, was in schweizerischen Blättern über Herrn Bebel gestanden hat. Der Herr Präsident hat also keine Veranlassung, auf Grund dieser Äußerung gegen Herrn Stöder einzuschreiten.

Abg. Singer:

Es fällt mir nicht ein, mit dem Herrn Präsidenten über diese Auffassung zu rechten. Wir werfen auch dem andren Präsidenten nicht vor, daß er Bebel nicht geschügt hätte. Aber aus den eben verlesenen Schlusssätzen geht doch deutlich hervor, daß er darin Bebel des Meineids bezichtigt. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Wenn Worte noch einen Sinn haben, können sie gar nicht anders verstanden werden. (Erneuter lebhafter Widerspruch rechts.) Es wäre besser, Herr Stöder erklärte einfach, er hätte sich geirrt, als er diese Beschuldigung gegen Bebel erhob, statt daß er sich hinter diese Interpretation versteckt hat. Im übrigen erscheint es mir überflüssig, in diesem Hause auch nur ein Wort zu erwidern, selbst wenn nur ganz bedingt von der Möglichkeit eines Meineids Bebel's gesprochen wäre. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Seit einem Menschenalter kämpft Bebel für seine Ueberzeugung hier im Hause! Trotz seiner Gegnerschaft zu allen andren Parteien hat er sich eine geachtete Stellung erworben. Wer auch nur von der Möglichkeit eines Meineids bei ihm spricht, der hat keinen Begriff dafür, was ein anständiger Mensch bedeutet. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Vizepräsident Büsing:

Mir ist ein Irrtum vorhin passiert; ich habe das Stenogramm der zweiten Rede des Herrn Stöder verlesen. (Auf links: Ah!) Ich verlese nun die betreffende Stelle aus seiner ersten Rede: „Ich finde, Ihnen liegt etwas näher. Es ist schon in der vorigen Sitzung darauf hingewiesen worden, daß von einem Schweizer Namens Normann, aber auch von sehr vielen andren, und von angesehenen Schweizer Blättern Herr Bebel des Meineids bezichtigt wird. Ja, meine Herren, kümmern Sie sich um Herrn Bebel's Meineid und nicht um meine Wahrheitsliebe.“ — Ich finde, daß das dem Sinn nach dasselbe ist, wie das, was Herr Stöder in der zweiten Rede sagte.

Abg. Singer: Das mag die Auffassung des Herrn Präsidenten sein. Thatsache bleibt, daß Herr Stöder in seiner ersten Rede Bebel des Meineids beschuldigt hat.

Vizepräsident Büsing: Dieser letzteren Äußerung kann ich als Präsident nicht beitreten.

Abg. Singer:

Herr Stöder that aber so, als könne er sich auf den Namen Normann durchaus nicht besinnen. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Im Zürich-Prozess hat er eine große Rolle gespielt, er wurde bekannt durch die Dienste, die er der Polizei oder höher stehenden Personen geleistet hat. Herr Stöder mußte diese Persönlichkeit bekannt sein, und dann durfte er sich auch nicht auf ihn als Gewährsmann beziehen. That er es dennoch, so kann er sich nicht wundern, wenn man auf ihn das Sprichwort anwendet: Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich werde Dir sagen, wer Du bist. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Von unsrer Seite ist — wenigstens in allen offiziellen Neben und parlamentarischen Verhandlungen — niemals der Herr Abgeordnete Stöder des Meineids beschuldigt worden. Man hat ihm immer nur gesagt, es wäre anerkannt worden von seinen des Gerichts, daß er nicht die Wahrheit gesagt habe. Wenn aber Herr Stöder sagt, nur Lumpen hätten ihn des Meineids beschuldigt, dann giebt er damit eine Charakteristik desjenigen, auf den er sich berufen hat, daß er Bebel des Meineids beschuldigt habe; wenn nur Lumpen Herrn Stöder des Meineids bezichtigen, dann, meine ich, giebt es für die Verworfenheit solcher Subjecte, die Bebel des Meineids beschuldigen, überhaupt keinen Ausdruck. (Lebhafter Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stöder (wildl.): Abg. Singer hat — ich darf wohl annehmen, im Namen seiner ganzen Partei — erklärt, man hätte mich niemals des Meineids beschuldigt. Wenn Herr Singer von mir fordert, ich solle erklären, daß ich den Abg. Bebel nicht des Meineids für fähig hielt, so will ich das sehr gern thun, wenn die Herren erklären, daß sie mich dessen auch nicht für fähig halten. (Stürmisches Gelächter bei den Socialdemokraten. — Rufe: Das ist ein Geschäft!)

Abg. Lenzmann (frj. Sp.):

Herr Stöder hat mich provoziert, auf den Prozeß Stöder-Witte zurückzukommen. (Lebhafter Rufe: O! rechts.) Der Hofprediger A. D. Stöder sah sich in seiner Christenliebe veranlaßt, gegen den Prediger Witte einen Injurienprozeß anzustrengen, weil von Witte eine Verleumdung gegen Stöder ausgesprochen sein sollte. Ich war Verteidiger des Herrn Witte in der Instanz, in der Stöder verurteilt wurde. Ich habe damals unter Billigung des Gerichts den Angeklagten Stöder darauf hingewiesen, daß er an allerwenigstens einem Amtsbruder Unwahrheit vorwerfen dürfe, und ich habe behauptet, daß vor wenigen Tagen der Angeklagte Stöder öffentlich die Unwahrheit gesagt habe in einer Volksversammlung in Ueberfeld. Dort hatte Stöder über die Duellaffaire mit dem Reichstags-Abgeordneten Phillips gesagt: „Der Kartellträger war natürlich ein jüdischer Rechtsanwalt.“ In Wahrheit war der Kartellträger der Reichstags-Abgeordneter Gustav Kauffmann, der Raffe des Generalpostmeisters Stephan! (Heiterkeit links.) Herr Stöder aber nahm die Sache sehr krumm. Er schrieb an mich, ich solle einen gewissen Verpflichtungsidee, in dem Herr Stöder sich zur Geheimhaltung einer Angelegenheit verpflichtet, herausgeben. Ich that das nicht unter Berufung auf meine Amtsverschwiegenheit. Nach Schluß des Prozeßes schrieb Herr Stöder zum zweitenmal an mich. Ich lehnte sein Verlangen natürlich wieder ab. Dann schrieb Herr Stöder zum drittenmal, wenn ich jetzt den Schein nicht herausgäbe, betrachte er mein Verhalten als ein illoquales. Nach Rücksprache mit Kollegen aller Parteien habe ich dies dritte Schreiben überhaupt nicht mehr beantwortet. Herr Stöder wandte sich nach Ablauf von drei Monaten an den Ehrenrat meiner Anwaltskammer (Lebhafter Rufe: Hört! hört! links.) mit der Behauptung, ich verdienne, aus dem Anwaltsstande entfernt zu werden, weil ich den Vorwurf der Moyalität hätte auf mir sitzen lassen. Auf diese Denunziation des Herrn Stöder verlangte ich vom Ehrenrat einen solennen Beschluß mit Siegel und Unterschriften, damit nicht Herr Stöder in Volksversammlungen mit falschen Behauptungen gegen mich operieren könne. Diesen Beschluß, der meine Rechtferigung ausdrückte, erhielt ich auch. Nun rufe ich Herrn Stöder zum Zeugen auf: Wer ist in diesem Prozeß der Vertreter der Wahrheit und der christlichen Nächstenliebe gewesen, er oder ich? (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Stöder: Nicht ich habe einen Injurienprozeß gegen Herrn Witte angestrengt, sondern umgekehrt, Herr Witte hat mich verklagt und ist in der letzten Instanz vollkommen abgewiesen worden. (Abg. Lenzmann ruft: Sie sind zu einer Geldstrafe verurteilt worden! — Heiterkeit und Unruhe.) Herr Lenzmann, Sie wissen nicht mehr, was Sie sagen. (Große Heiterkeit.) Mir ist zugebilligt worden, ich hätte nicht unrecht gehandelt, wenn ich sagte, Witte habe ein Schriftstück gefälscht. Das war der Schluß des Ganzen. Die Duellforderung war nur eine Komödie. Da kam

ein Herr, den ich für einen Juden hielt. (Große Heiterkeit links.) So was Unmögliches: Herr Lenzmann sagt, ich hätte mein Ehrenwort über diese Sache nicht zu sprechen, gebrochen. Das könne er schriftlich beweisen. Ich erklärte es für eine Unwahrheit, daß ich damals das Ehrenwort gegeben hätte; falls Herr Lenzmann das angebliche Schriftstück, wonach ich mein Ehrenwort gebrochen haben sollte, nicht beibringe, so lasse auf ihm der Vorwurf, daß er als Rechtsanwalt eine mich aufs äußerste beschimpfende Äußerung gebraucht hätte. Wenn ich das in dem Schreiben an die Anwaltskammer als illoyal bezeichnet habe, so habe ich eher zu wenig als zu viel gesagt. (Dol. links.)

Vizepräsident Büsing: Wir diskutieren hier über sozialpolitische Fragen. (Große Heiterkeit.) Ich erteile das Wort dem Abg. Lenzmann, bitte ihn aber, sich thätlich an dieses Thema zu halten. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Lenzmann: Es war natürlich ein Lapsus, wenn ich den Angeklagten Stöder einmal als Privatkläger bezeichnet habe. Ich habe in meinen obigen Ausführungen keinen Zweifel darüber gelassen, welche Prachtrolle er spielte. Ich habe ausgeführt, daß in jener Duellgeschichte nach einem schriftlichen Uebereinkommen hatte Discretion bewahrt werden sollen. Daß dieses schriftliche Abkommen in meine Hände gekommen sei, habe ich niemals behauptet. Das habe ich Herrn Stöder gleich nach seinem ersten Brief mitgeteilt. Mein Vorwurf der Unwahrheit knüpfte sich an seine Äußerung in Ueberfeld, der Martellträger sei ein jüdischer Rechtsanwalt gewesen. Wenn Herr Stöder den früheren Reichstagskollegen Gustav Kauffmann für einen jüdischen Rechtsanwalt gehalten hat, so ist das eine Ausrede, die ihm niemand hier im Hause glauben wird.

Abg. Stöder (wildlonj.): Ich halte es für völlig unbegründet, solche Sachen hier vom Tische zu brechen. (Aufe: Schluch!) Die Schuld trägt allein Herr Lenzmann. Ich werde es ihm im öffentlichen Leben wieder vorhalten und dann werden wir dort die Sache regeln. (Lachen links.)

Vizepräsident Büsing erklärt die Diskussion über die sozialpolitischen Fragen für geschlossen. (Bravo!) Die Abstimmung über die Resolutionen wird erst in der dritten Lesung erfolgen. Persönlich bemerkt

Abg. Zubeil (Soz.), er werde Herrn Stöder in der dritten Beratung antworten.

Abg. Molkenbuhr (Soz.) verfährt sich gegen den Vorwurf des Abg. Crüger, in fälschlicher Weise die Uebereinstimmung zwischen dem Stenogramm der Crügerschen Rede und dem „Vorwärts“-Bericht konstatiert zu haben. Der im „Vorwärts“ weggelassene kleine Nebenatz sei ganz ohne Bedeutung.

Kommune erteilt Vizepräsident Büsing zur weiteren Beratung des Titels Staatssekretär das Wort dem

Abg. Bied-Geubitz (fr. Sp.): Bei den letzten aufregenden Reden fühlte man sich an das Wort des Dichters erinnert: Ein Schlachten war's, nicht eine Schlacht zu nennen. (Heiterkeit.) Ich komme auf eine andre Frage, die des Vogelschues. (Heiterkeit.) Der Staatssekretär hat versprochen, nach der Ratifikation der Pariser Vogelschutz-Konvention solle eine Revision unseres heimischen Vogelschutz-Gesetzes von 1888 in Aussicht genommen werden. Ich möchte den Herrn Staatssekretär fragen, wie es hiermit steht.

Abg. Dr. Paduise (fr. Sp.) wünscht die Aufstellung einer einheitlichen Verkehrsordnung für Kraftfahrzeuge, Fahrräder und Automobile. Die Bestimmungen über das Signal- und Beluchtungswesen für diese Fahrzeuge sind in den einzelnen Staaten ganz verschieden. Man kann aber unmöglich von jedem, der mit einem Automobil durch das Reich fährt, verlangen, daß er alle Reglements im Kopf hat. Ein einheitliches Reglement ist dringend notwendig.

Abg. Dr. Stadmann (Sp.): Die Ausschüsse des Fleischbeschau-Gesetzes hat in meinem Wahlkreis große Beunruhigung hervorgerufen. Es wird von allen Tagelöhnern, die vor Weihnachten ihr Schwein schlachten, wovon sie einen Teil verkaufen und das übrige für den Hausgebrauch verwenden, verlangt, daß sie das Schwein vorher untersuchen lassen. Das widerspricht einer Erklärung des Herrn Staatssekretärs, der seiner Zeit zugab, daß die Tagelöhnerschlachtungen nicht unter das Gesetz fielen.

Staatssekretär Graf Posadowski: Ein Entwurf zur Revision unseres Vogelschutz-Gesetzes ist ausgearbeitet. Ich habe mich mit dem Herrn Landwirtschaftsminister über die weitere Förderung der Angelegenheit in Verbindung gesetzt. (Bravo!) Eine einheitliche Verkehrsordnung für Fahrräder und Automobile ist in Vorbereitung und wird hoffentlich sehr bald zum Abschluß gelangen. — Nach § 2 des Fleischbeschau-Gesetzes ist der gewerbsmäßige Verkauf nicht untersuchten Fleisches verboten. Ich habe damals erklärt, daß eine gelegentliche entgeltliche Abgabe von Fleisch als gewerbsmäßig nicht anzusehen sei, und der Herr Kommissar des Reichs-Justizamts ist der Erklärung beigetreten. Den Einzelstaaten ist aber die Verfügung erteilt, weitergehende Vorschriften zu erlassen. Geschieht dies, so kann die Reichsinstanz daran nichts ändern.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluss 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Budget-Kommission.

Die Lang-Husaren.

In der Sitzung am Mittwoch wurde die Debatte über die Gehaltserhöhung für die Oberoffizianten der Infanterie fortgesetzt. Für diese Gehaltserhöhung treten der Kriegsminister und der Vertreter der bayerischen Regierung General von Anders und namentlich Graf v. Moos ein, der das Heil und die Schlagfertigkeit der Armee arg gefährdet sieht, wenn nicht sofort den Oberoffizianten mehr Gehalt bezahlt wird. Abg. Moeren versichert dem aus, daß er eigentlich für diese Gehaltserhöhung sei, sie aber erst im nächsten Jahre bewilligen werde, wenn ein neues Militärgesetz gemacht und dann alle diese Verhältnisse von neuem geregelt werden müssen. Schließlich wird die Forderung von den Sozialdemokraten, Freiwiljigen und dem Centrum abgelehnt. Hiermit werden die weiteren Besoldungsforderungen unverändert bewilligt. Dabei kamen die Wünsche der Zahlmeister und Regimentschneider auf Aufbesserung ihrer Gehälter zur Sprache und wurden der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen. Dagegen wurde zur Tagesordnung übergegangen über eine Petition, welche für die Gemeinen eine Erhöhung der Löhnung um 10 Pf. pro Tag fordert. — Zur Weiterentwicklung des Selbstfahrerswesens sind 100.000 M. gefordert. General von Finem teilt auf eine Anfrage mit, daß durch die bisherigen Versuche die Verwendbarkeit der Selbstfahrer für militärische Zwecke erwiesen sei. Jedoch sollen die Versuche auch in Zukunft fortgesetzt werden. — Bei den Ausgaben für die Kasernen bittet Abg. Spahn nähere Auskunft bezüglich der Verlegung der Husaren von Düsseldorf nach Arefeld. Der Kriegsminister versichert, daß auch diese Sache ordnungsgemäß geregelt worden sei. Schon seit längerer Zeit habe sich die Kaserne für die Husaren in Düsseldorf als völlig ungenügend erwiesen. Eine Verlegung dieser Truppen nach Arefeld sei zwar geplant gewesen, aber mit Rücksicht auf die dadurch verursachten Kosten noch immer verschoben worden. Jene Bemerkung des Kaisers zu den Ehrenjungfrauen, denen er Tänzer besorgen wolle, sei nichts als ein Scherz gewesen. Im Anschluß hieran sei dann bei dem Festmahle dem Kaiser die Mitteilung von den Verhältnissen in der Kaserne der Husaren gemacht worden. Der Kaiser habe darauf geantwortet, er habe gegen die Verlegung der Truppe nach Arefeld nichts einzuwenden. Nun sei jene Depesche abgegangen, die ihm (dem Kriegsminister) allerdings ebenfalls aufgefalle sei. Er habe verlangt, daß die Angelegenheit durch das Kriegsministerium in der üblichen Weise erledigt werde, und das sei auch geschehen. Er habe die Verhältnisse an Ort und Stelle untersuchen lassen und sei zu dem Schluß gekommen, daß die Verlegung der Husaren nach Arefeld in jeder Beziehung vorteilhaft sei. — Die „Manöverkosten“ rufen eine ausgedehnte Debatte

herbor. Mehrere Abgeordnete erinnern daran, daß die großen Forderungen für neue Übungsplätze während der letzten Jahre in der Hoffnung bewilligt worden seien, dadurch eine Verminderung der Manöverkosten herbeizuführen. Im Gegensatz hierzu sei aber eine sehr große Steigerung der Ausgaben für die Manöver eingetreten. — Die Debatte wird dann auf Donnerstag vertagt. —

Petitionskommission.

In der Petitionskommission führte am Mittwoch eine schon oft aufgetauchte Streitfrage zu sehr lebhaften Debatten. Es handelte sich darum, für welche Petitionen sich der Reichstag für unzuständig erklären soll. Seit etwa drei Jahren vertritt der Abg. Hegelmaier (Sp.) die Anschauung, daß sich die Kommission in allen den Fällen für unzuständig erklären soll, in denen gegen rechtskräftig gewordene Urteile Einspruch erhoben wird. Lange Zeit fanden seine dahingehenden Darlegungen keinen Boden. Erst seit dem vorigen Jahre, seitdem der Abg. Lenzmann (fr. Sp.) der Kommission angehört, hat Herr Hegelmaier einen Bundesgenossen gefunden. Herr Lenzmann erklärte seiner Zeit in der Kommission: Würde der Reichstag sich zuständig erklären für die Beurteilung eines rechtskräftig gewordenen Urteils, so würde dadurch eine parlamentarische Justiz geschaffen, die schlimmer wäre als Klassenjustiz. Er führte dabei folgenden Fall an: Selbst wenn das Reichsgericht einen Mann, der es unterlassen hätte, vor seinem Haupte zu stehen, deshalb zum Tode verurteilen würde, so müßte der Reichstag sich trotzdem für unzuständig erklären, falls der Betreffende sich mit einer Petition an ihn wendete. Diese Darlegungen erregten damals allgemeines Aufsehen, aber tatsächlich hat sich gestern die Mehrheit der Petitionskommission zu dem Standpunkt des Abg. Lenzmann bekehrt. Die Witwe eines Arbeiters in Siebenlehn in Sachsen beschwerte sich, daß ihr zu Unrecht keine Rente zuerkannt worden sei, obwohl ihr Mann einem Betriebsunfall erlegen wäre. In der Sache selbst waren alle Mitglieder der Kommission einig, daß der Petition eine weitere Folge nicht gegeben werden könnte, weil der Rechtsanspruch der Frau durchaus unbeeinträchtigt war. Es wurde auch beantragt, die Petition für ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären, da eine Rechtsverweigerung nicht vorliege. Abgeordneter Lenzmann verlangte dagegen, das Wortum sollte lauten: ungeeignet zur Erörterung im Plenum, weil der Reichstag nicht zuständig sei und nicht in die Rechtsprechung eingreifen könnte. Nach seinen vorausgegangenen Ausführungen befaßte dieses grundsätzlich wichtige Wortum mehr, als aus dem Wortlaut zu lesen ist. Einen Eingriff in die Rechtsprechung hat die Petitionskommission noch nie versucht und nie für ihr Recht erachtet. Wohl aber hat sie in jedem Falle geprüft, ob eine Rechtsverweigerung vorliegt. Nach Annahme des Lenzmannschen Wortums müßte konsequenterweise die Erörterung jeder Petition von vornherein abgelehnt werden, in welcher ein rechtskräftig gewordenen Urteil der höchsten Instanz vorliegt. Nicht ohne Interesse ist die Thatsache, daß ein freisinniger Volksparteiler und ein konservativer Reaktionsär in dieser Auffassung der Rechte des Reichstags sich die Hand gereicht haben.

Wahlprüfungs-Kommission. Zunächst wurde in der gestrigen Sitzung der Bericht über die Wahl im Wahlkreise Elding-Parlamentswahlbezirk, dessen Mandat Herr v. Oldenburg geerbt wurde, der aber außerdem nicht einmal die Mehrheit der Stimmen erhielt. Kommissionsbeschluss: Ungültigkeitserklärung.

Dann wird in der Prüfung der Wahl des konservativen Abg. Bill fortgefahren (Stolz in Pommern). Gegen diese Wahl liegen so viel Einsprüche vor, daß, wenn nicht ein schnelleres Verfahren eingeschlagen wird, es fraglich ist, ob überhaupt ein Bericht zu Stande kommt und an das Plenum gelangt. Die pommerschen Granden, die Buttamer, Passow, Jizewike, Camp etc. — kurz, die Rittergutsbesitzer haben es sich etwas kosten lassen, um eine konterwärtige Wahl zu Stande zu bringen, und haben gezeigt, wie das geheime Wahlrecht zu diesem Zwecke mißhandelt werden muß. Kuhfleisch, Roggen, Bier, Schnaps, Cigarren etc. wurden verteilt, um die Wähler geneigt zu machen für die Wahl Bills. Aber auch Drohungen mit Arbeitsentlassung, unerhörte, gezwungene Wahlkontrolle usw. nutzten dem gleichen Zwecke dienen. Mit all diesen Hilfsmitteln brachte man aber Herrn Bill nur in die Stichwahl und in dieser erst erhielt er 12861 Stimmen, sein freisinniger Gegner nur 11677. Der Gezwungene ist jedoch so viele vorgelommen, daß sicher mehr Stimmzettel lauffert werden müssen, als die Majorität Bills beträgt, so daß die Ungültigkeitserklärung das Ende sein wird. Der Wahlprotest enthält 115 Nummern resp. Einsprüche, von denen für mehr als die Hälfte Beweiserhebungen stattgefunden haben. Bis jetzt sind noch nicht die Hälfte der Fälle geprüft. Der Protest verdient veröffentlicht zu werden; man würde staunen, wie das Wahlrecht von den Kandidaten zur Parze gemacht wird. In dieser Sitzung laufferte die Wahlprüfungskommission auf Grund der Beweiserhebungen im Bezirk Gumbin sechs konterwärtige Stimmen, in Deutsch-Budow 27, in Mikrow 74, in Jezierzy 14. Zu letzterem Bezirk nahm, um nur ein Beispiel zu zeigen, der Wahlprüfer, Baron v. Buttamer Wählern vor der Thür des Wahllokals die Zettel ab, die — natürlich konservativ — vor dem Wahllokal der herrschaftliche Gärtner verteilen mußte, nannte dann die Namen der Wähler und legte in einem bezeugten Falle den Zettel in die Wahlurne, ohne daß der Wähler das Wahllokal betreten hatte. So und in vielfach raffinierterer Weise wurde es gemacht. Wills Wahl durchzudringen. Fünf Jahre lang übte Wills dieses glanzvolle Mandat aus, zur Ehre des geheimen Wahlrechts.

Partei-Nachrichten.

Eine reich illustrierte März-Zeitung, die dem Andenken an den unvergessenen Vorläufer des Proletariats, Karl Marx, seit dessen Tode 20 Jahre verfloßen sind, gewidmet ist, wird die Parteibuchhandlung herausgeben. Die Textbeiträge von A. Kautsky und Fr. Mehring schildern die Bedeutung des großen Toten für die Wissenschaft und für die revolutionären Kämpfe des Proletariats. Den illustrierten Sammel beifügt ein hervorragender Künstler, der im Mittelbilde den Schlachtfeld der Arbeiterklasse „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ zu einer prächtigen Apotheose der Siegeskraft des Sozialismus geformt hat. Der Preis beträgt 10 Pf. in Partien billiger. Bestellungen sind bis zum 1. März an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69, zu richten.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse feierte Sonntag, den 15. Februar, sein viertes Stiftungsfest. Eine festliche, frohe Stimmung erfüllte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste. Das Programm bot eine Fülle des Guten; besondere Begeisterung erweckten die vorzüglichen Recitationen des Fräulein Luise Dumont vom Deutschen Theater. Der Gesang des Herrn Rabe und des Doppelquartetts wirkten sehr stimmungsvoll und der Humor kam diesmal in einer glänzenden gelungenen Episode zu seinem Recht. Nachdem eine Damen-Abteilung des Turnvereins „Fidèle“ durch einen reizenden Reigen den Tanz eingeleitet hatte, vereinte derselbe die Anwesenden lange in fröhlichem Zusammensein.

Montag, den 16. Februar, hielt der Verein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Herr Professor Dr. Gradow sprach über: „Die Bedeutung und Verhütung der Fleischsucht“. Den ausgearbeiteten klaren wissenschaftlichen Ausführungen folgte eine lebhafte Diskussion.

Am 2. März findet unsere Generalversammlung statt, zu welcher wir um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder bitten.

Johannisthal. Am 12. d. M. tagte im Lokale von Senfleben eine öffentliche Versammlung: Genossin Frau Tietz behandelte in ihrem Vortrage: „Die Frau in der Socialdemokratie“ mit zündenden Worten die Stellung der Frau in unserem heutigen Staate, um dann überzugehen zu den Forderungen, welche die Socialdemokratie stellt, damit die Frau als gleichberechtigte Staatsbürgerin anerkannt wird. Als Vertrauensperson der Frauen wurde die Genossin Frau Mann gewählt. Nachdem noch zum Abonnement auf den „Vorwärts“ aufgefördert und die Männer ermahnt worden waren, sich dem Wahlverein für Johannisthal anzuschließen, mußte die Versammlung wegen Eintritts der Polizeistunde, welche hier für Arbeiter auf 10 Uhr festgesetzt ist, geschlossen werden.

Frauen als Gemeindebeamte in Niederland. In einem Gefährtenentwurf der niederländischen Regierung, der sich auf die Revision einiger Artikel des Gemeindegesetzes bezieht, ist, wo von der Qualifikation der Gemeindebeamten, der städtischen Steuereintnehmer und der Gemeindefretäre die Rede ist, ausdrücklich nur auf männliche Personen Bezug genommen, so daß das weibliche Geschlecht von diesen Beamtenstellen ausgeschlossen wird. Hiergegen hat nun die niederländische „Vereinigung für Frauenwahlrecht“ eine Eingabe an die Zweite Kammer gerichtet, worin die Kammer ersucht wird, ihre Zustimmung zu jener die Frauen zurücklassenden Bestimmung zu verweigern. „Es zeigt sich mehr und mehr“, heißt es in dem Schriftstück, „daß die besoldeten und unbesoldeten Stellen in den Bureaux der Departements, der allgemeinen Verwaltung, den Gemeindefretariaten, der Reichspost-Sparbank und den großen Handels- und Bankiers-Comploirs in höchst befriedigender Weise von Frauen besetzt werden, so daß es unbillig wäre, gleichartige Stellen einzig und allein den Männern, weil sie im Gesetz genannt werden, für die Frauen unzugänglich zu machen.“

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 17. Februar im Märchens Hof eine gut besuchte Versammlung ab. Dr. Friedberg referierte über das Thema: „Ueber welche Maßnahmen verfügt das Proletariat zur Niederwerfung der Massenherrenschaft?“ Der Redner erkennt an, daß die Gewerkschaftsbewegung, die politische Bewegung und andre Institutionen der Arbeiter (Genossenschaften) für die Hebung der Lebenslage der Arbeiter von größter Bedeutung sind. Die Gewerkschaften, die Genossenschaften oder der politische Kampf im Parlament wären aber ungeeignet, die Massenlage des Proletariats zu verändern; der heutigen Gesellschaft den Massenarbeiter zu nehmen, worauf es in letzter Linie ankomme. Die Herrschenden würden unsere Kampfsmittel lahmlegen, sobald der Bestand der Massen-Gewerkschaft bedroht ersehe. — Die Macht des Proletariats liege auch im Parlamentarismus, auch in der Gewerkschaftsbewegung, auch in andern proletarischen Institutionen, aber nur dann, wenn ein Proletariat dahinterstehe, das revolutionär denkt, mit proletarischem Bewußtsein erfüllt und bereit ist, revolutionär zu handeln. Redner deutet auf den Generalstreik als Mittel zur Befreiung der Massenherrenschaft und fordert eine positive Erziehung der Arbeiter zum revolutionären proletarischen Denken und Empfinden, das ihm heute verklärt ersehe. Deshalb verlangt er auch energisch die Durchführung der Arbeitsschule am 1. Mai, wodurch zugleich würdig die Reichstagswahlen vorbereitet würden, für die mit aller Energie zu wirken sei. — Der Vortrag fand großen Beifall. — Es entspann sich eine lebhafte Debatte. Köfeler wünscht den Parlamentarismus nicht unterläßt zu sehen und erklärte den Generalstreik für bedenklich. Mahle findet es im Gegenzug zum Referenten sehr vernünftig, wenn einzelne Gewerkschaften, die beim Kampf um den 1. Mai besonders litten, sich die Frage vorlegten, ob die Opfer im richtigen Verhältnis ständen zur Bedeutung der Feiertage. Viel wichtiger als diese seien die Kämpfe, die das in Gewerkschaften vereinte Proletariat das ganze Jahr führe. Harndt spricht seine lebhafteste Genehmigung über den Vortrag aus, ebenso stimmten Gehler und Kuhn dem Referenten bezüglich des Generalstreiks und der Pflege des revolutionären Geistes zu. Nach der Wahl werde man sich näher darüber unterhalten müssen. Es wurde angeregt, Dr. Friedberg solle seinen Vortrag im Druck erscheinen lassen. Frey betonte, daß jeder von uns auch jetzt schon bestrebt sei, überall socialistische Gesinnung zu verbreiten. Niemand glaube, daß die ökonomische Umwälzung durch das Parlament erfolgen werde. Der Kampf gegen die Unwissenheit müsse geführt werden. So werde nach und nach auch das Militär beeinflusst. In dem Augenblick, wo wir den Generalstreik mit Erfolg proklamieren könnten, sei die Masse aufgeführt, da brauchen wir den Generalstreik nicht mehr. Dr. Kollstein, der sich als Bourgeois vorstellte, rät zur Gründung von Produktionsgenossenschaften. — Nachdem noch Börner zur Frage der Maifeier im Sinne Kaples gesprochen, hob der Referent in seinem Schlusswort hervor, daß er die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften durchaus billige.

Der socialdemokratische Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Süd Ost) hielt am Dienstag eine gut besuchte Versammlung in der „Armania“, Wrangeistr. 46. Reichstags-Abgeordneter Förster sprach über die Vorgänge im Reichstags. In eingehender Weise erörterte der Referent die Stellung der verschiedenen Parteien zu den bedeutendsten politischen Fragen und ihr Vorgehen gegenüber der Socialdemokratie. Nachdem der Redner nach das sehr zweideutige Verhalten der bürgerlichen Parteien zum gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht beleuchtet, führte er aus, daß diese Parteien, bei denen nur der Grundsatz: Aufrechterhaltung ihrer Klassenprivilegien und Ausbeutung der Arbeiterklasse gilt, keinen Glauben verdienen und lediglich die Socialdemokratie die Garantie bietet, daß sie für die Erhaltung und Erweiterung der Volksrechte eintreten. — Der Vortrag wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Unter „Beschiedenes“ ersuchte A. Scholz, gelesene „Vorwärts“-Nummern, Broschüren usw. ihm zur Agitation in der Provinz zur Verfügung zu stellen. Der Vorsitzende Hoffmann gab bekannt, daß am 1. März bei Graumann, Rammstraße, ein Vergnügen des Wahlvereins stattfindet und riefte sodann die Aufforderung an die Versammelten, noch mehr wie bisher für den Anschluß an die Organisation zu agitieren und für die größere Verbreitung des „Vorwärts“ Sorge zu tragen.

Die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter erzielten am Montag die Tagesordnung der abgedruckten Generalversammlung vom 4. Februar, woselbst Anträge vom Hamburger Verbandstage beraten und die Wahl der Delegierten dazu vorgenommen wurde. Gewählt sind als Vertreter der Hausdiener Steinke und Nürnberg, für die Kutsher Schulz, für die Kohlenarbeiter Bled, für die Möbel-Transportarbeiter Bachmann, für die Leitergerüstbauer Streiter, als Verwaltungsvertreter Werner und als Revisor der Hauptkasse Käfer. — Nach der Diskussion über den gedruckt vorliegenden, im „Vorwärts“ bereits erwähnten Jahresbericht der Ortsverwaltung wurde dem Kassierer Decharge erteilt und ihm 50 M. Mantelgeld bewilligt. — Infolge der erhöhten Ausgaben für Krankenunterstützung und Sterbegeld beantragte die Ortsverwaltung, auch fernerhin einen Extra-Beitrag von 25 Pfennig pro Quartal zu erheben, weil andernfalls die Unterstützungsfrage reduziert werden müßte. Der Antrag wurde an die erweiterte Ortsverwaltung zur nochmaligen Prüfung zurückverwiesen. — Für die innere Ortsverwaltung wurden sodann gewählt: Werner als 1. Bevollmächtigter, Dertel als 2. Bevollmächtigter, Steinke als Kassierer, Hthes als Arbeitsvermittler, als Beisitzer Mohr, Krawow und Freude, und als Revisoren Straube, Krawgraf und Binte. — Zum Schluss wurde ein Antrag der Ortsverwaltung, für die Verbandsbeamten 50 Proz. der Beiträge zur Unterstützungs-Genossenschaft zu zahlen, abgelehnt.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfeninnen Deutschlands, Bezirk Berlin. Donnerstagsabend 8 Uhr, öffentliche Versammlung in den Arminalhallen, Kommandantenstraße 10 (großer Saal). Es spricht Reichstags-Abgeordneter Emil Rosenow über: „Die Entziehung der Handlungsgehilfen“. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Bevollmächtigte.

Eingegangene Druckschriften.

Von der illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“ liegen die Hefen 5 und 6 des neuen Jahrgangs vor. „Der Goldschmied“, ein vollständiger Roman des ungarischen Dichters M. Töfal, erscheint als Hauptroman.

Weiter diesem gelangt die schlichte, hauptsächlich die Jugend fesselnde Erzählung der beiden beliebtesten Schriftsteller Erdmann-Gotthard: „Jean Theresie“ zum Abdruck.

Die Hefen erscheinen wöchentlich zu 10 Pf. Bestellungen nehmen jeder Kolporteur sowie die Expeditionen der Parteiblätter und die Post (Post-Zeitungs-Statut Nr. 356) entgegen. Wir können unsere Leser das Abonnement empfehlen.

Von der „Güte“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag v. Ballhagh) ist jordan das 22. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Liebe ist ewig. Roman von Wilhelm von Bolens. — Die ein Panorama entsteht? Von Fred Hood. — Spruch. Von Gellwitzer. — Vom Theater. Von Paul Bröder. — Gesellschaft. Gedicht von Friedrich Wöhrer. — Die rote Kelle. Von Stella Michels-Lindner. — Ein Schicksalslied und sein Dichter. Von Franz Dieberich. — Eine ungläubliche Geschichte. Von Karl Ewald. — Franz Lenbach. Von Dr. John Schlotz. — Ein Augenblick. Gedicht von Friedrich Wöhrer. — Kunstbeilage: Franz Lenbachs Björnsterne Björnson.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. A. Kastrup, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 10 des 6. Jahrganges unter anderem: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Allgemeines: Die Berichtserstattung über den oberdeutschen Arbeitsmarkt. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau (Berichterstattung im vierten Quartal 1902. Abschätzung der im Januar. Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie); Schiffbau (Berichterstattung auf deutschen Werften); Textilgewerbe (Geschäftsgang im Januar. Arbeiterarbeit in Sachsen); Sattlerei (Arbeitsverhältnisse der Sattlerei in Sachsen); Baugewerbe (Arbeitsverhältnisse in der Bauindustrie. Bauwirtschaft in Provinzorten). — Statistisches Monatsmaterial: Wetterbericht. — Arbeitsnachweise. — Kronenfasern. — Streifenzeichens für Deutschland, Ostreich-Ungarn, Schweiz. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Ausgleichsstelle für städtische Arbeiter in Berlin. — Nachbargebiete der Arbeitsnachweise-Verwaltung: Verein für Unfallverletzte. Beilage: Mitgliederliste des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst zahlenmäßigen Angaben über Januar 1903.

Der „Güdd. Postillon“ bringt in seiner Nr. 4 das 12. Bild aus seinem Gotthard-Kalender: „Vollstrem“; die Präsidentenglocke ist in die Erde

gesetzt, statt dieser hat der Reichstags-Präsident einen mächtigen Gummi-Klauch in der Hand. Auf der nächsten Seite finden wir den Entwurfsentwurf des Reichstages derer v. Ballestrin. Das Schlußbild zeigt uns den stolzen deutschen Kaiser in jammervoller Verfassung, laut aufschreiend ruft er dem vertrauten Sannhe zu entkommen. S. R. bringt in seiner Zeichnung auf Seite 4 eine Satire auf die Verantwortlichkeit über den Staatsorgane. — Vom Texte sind hervorzuheben die Gedichte: Ehm strügens Sterben. — Die Heerfahrt der Wälder. — D. Bollermann, von Imperia. — Rauchlein, von Adolf Lepp. — Wieder aus Capri, von W. B. — Dichterpenonien. — Die verlorne Bourgeoisie. — Halali. — Die Nummer ist bei allen Buchhandlungen und Kolporturen für 10 Pf. zu haben.

Briefkasten der Redaktion.

Allen Anfragen, die auf Antwort rechnen, ist die Abonnements-Lautung beizufügen. Die Erledigung erfolgt grundsätzlich nicht brieflich. Anfragen juristischer Art sollten auf dem Couvert immer den Vermerk haben: Juristischer Teil.

N. S. 118. Je nach der Konstruktion der Maschine schwankt die Leistung zwischen 1000 und 1500 pro Stunde.

G. W. Erhalten. Alle Kalendersprüche. 1. Er kann, aber mit großem Verlust. 2. Rein. 2. fällt demnach weg. Außerdem reden Sie mit dem Rektor der Gemeinde- und dem Direktor einer Hochschule.

G. 100. Der D-Jug hat Platzgebühr, fährt in der Regel schneller, hat aber auch zweiten Wagen der dritten Klasse. — G. 47. Leider nein! Vielleicht erfahren Sie etwas im Bureau der Gostwits-Gebirgen, Dirsens-straße 10 I. — A. S. 10. Ja.

Juristischer Teil.

Die juristische Drechsunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7^{1/2} Uhr.

Glenda. Ihr Vertrag ist gültig; Sie dürfen nicht gehen. — N. S. 100. Verjährung ist nicht eingetreten, wenn Sie den Tabak für Ihren Gewerbebetrieb entnommen hatten; sie ist eingetreten, wenn das nicht der Fall. — Genosse Schöneberg. Das Weihnachtsgeld brauchen Sie sich nicht abholen zu lassen, ein Junges können Sie beanspruchen. Auf Bestellung wäre beim Amtsgericht zu klagen. — Parteigenosse G. NW. Verklagen Sie den Arbeitgeber auf Schadensersatz. — G. R. 47. Rein. — H. Mohr. Wenn Sie sich mit den drei Richtzählern geeinigt haben, darf sie nicht mehr misspielen sollen, dann nehmen die drei auch nicht an einem einzigen Gewinn teil. Ist eine solche Einigung nicht erfolgt, dann nehmen die drei am Gewinn teil, müssen aber auch ihren Klassenanteil zahlen. — W. St. 68. Es ist nicht Naturalisation, sondern nur Aufnahme in den

preussischen Staatsverband erforderlich. — N. S. G. 150. Die besondere Abmachung über den Ausschlag der Kandidatur ist gültig. — G. S. 38. Rein. — G. M. Verschaffen Sie sich Abschrift der Urkunden und kommen Sie dann in die Spredstunde. — Wolter 102. In einer Klage liegt hier kein Anlaß vor. — G. S. 61. Rein. — P. J. 42. — 1. Rein. 2. Landes-Versicherungsanstalt Klosterfrau. 3. Jeder Arzt. 4. Verlässliches Gutachten und die Karten. — W. W. Die Forderung ist zu hoch. — N. 73. Chemnitz. Sie sind zur Zahlung der angegebenen Beträge verpflichtet. — 100. C. Anders. 1. u. 2. Ja. — P. S. 100. 1. Die Petitionen sind dem Reichstag vorgelegt, aber nicht in ihm ausgearbeitet worden. 2. bis 4. Wenn der Arzt ein Verzeichnis trifft, können Sie ihn haltbar machen. Unfall ist das nicht. Senden Sie sich an einen Anwalt. — M. J. Rein. — Alfred. Sie haben keine Ansprüche. — W. S. Der Schuldschein braucht nicht geteilt zu werden. — 2. J. Weitere Nachteile als den Verlust des Wahlrechts für die diesjährige Wahl haben Sie nicht. Bei späteren Wahlen sind Sie wieder wahlberechtigt. — G. G. R. Wiederholen Sie die Anfrage mit der Angabe, welcher Religionsgemeinde Sie angehören. — Welterkowitz. Sind die 1000 M. nach Uebereignung der ganzen Wirtschaft an die Frau in die Wirtschaft verbaute worden, dann haben Sie für die 1000 M. nicht aufzukommen, sind sie vorher verbaute, dann in Höhe von 1000 M. — Schulze 18. Sie müssen für die unbekanntem Eigentümer durch das Amtsgericht einen Pfleger bestellen lassen, dem Sie dann die Räder gegen Bezahlung Ihrer Kosten ausshändigen oder mit dem Sie sich über eine anderweitige Verwendung der Räder einigen. Eigentum an den Rädern erwerben Sie durch Zeltablauf nie.

Witterungsübersicht vom 18. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C.
Stettin	772	SW	2	Rebel	0	Dachau	769	SW	1	Reiter	-24
Berlin	775	SW	3	Rebedt	3	Petersburg	767	SW	1	1 wolkenl	-18
Hamburg	775	SW	2	Regen	2	Gort	771	SW	1	5 bedekt	8
Frankf./M.	780	SW	1	1 wolkenl	-1	Überden	—	—	—	—	—
München	779	SW	2	2 wolkenl	-4	Paris	779	R	1	1 wolkenl	-5
Wien	778	SW	2	2 wolkenl	-2						

Wetter-Propgnose für Donnerstag, den 19. Februar 1903. Zunächst auflärend, etwas kälter, später neue Erwärmung und Trübung mit geringen Niederschlägen und lebhaften westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 19. Februar.
Anfang 7^{1/2} Uhr:

Opernhaus. Feuerst. Bajazzo (Pagliacci).

Schauspielhaus. Im kanten Hof. Deutsches. Die Bildende. Berliner. Dornröschen. Festung. Der blinde Passagier. Neues. Die Jünger. Vorher: Der Oberlehrer.

Reising. Luffi (Loute.)
Wesken. König Tod.
Thalia. Der Cameliennel.
Central. Das Mädchen von der Heilsarmee.
Becke-Alliance. Am Telephon. Hiermit: Cupido u. Co.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Meister von Palmyra.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.)
Heimat.
Karl Weiss. Das sechste Gebot.
Bantes. Jugend.
Quisen. Der Waffenschmied.
Kleines. Erdgeist.
Trianon. Die Notbrücke.
Hyollo. Rakiris Hochzeit.
Metropol. Neues! Allerneuestes!
Casino. Cavalleria rusticana.
Palast. Berliner Luft. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Stetl. Stetl-Sänger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49.
Das Land Tirol.
Inbalidenstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS
Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Neu! Miss Karri
die schöne Tätowierte.
Neu ausgestellt:
Otto Reutter.
Gr. Promenaden-Konzert.

Passage-Theater.
Anf. Sonnt. 3. Wochent. 5.
Abendvorst. 8 U. Ende 11 U.
Ganz Berlin zerbricht sich den Kopf über
Aga die schwabende Jungfrau.
Mysterisches Theaterstück in 1 Akt.
The three Devils: Die Wettfahrt im Todesring.
14 erstklassige Nummern.

Metropol-Theater.
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes! Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund.
Musik von Victor Holländer.
Gastspiel Julius Spielmann.
Emil Thomas a. G., Henri Bender,
Frid Frid, Fl. Siding, Hansi Reichsborg.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
Neu! 8 Uhr:
Um 9^{1/2} Uhr: Glänzende Spezialitäten.
Neu!
Um 10^{1/2} Uhr: Original-Cake-Walk
Robert Steidl auf d. Hängeboden.
Freitag: **Franz Lusa.** In allen Vorstellungen: Harudis elektrisches Ballett.
Sonntagabend: **Rakiris Hochzeit.**

Buntes Theater
Königsplatzstrasse 68.
Abends 8 Uhr:
Volks-Vorstellung
(Parkett 1,60 M.)
Jugend.
Freitag, den 20. Februar, bei gewöhnl. Preis: **Lorenzo de Medici.**
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Das sechste Gebot.
Vorher:
Wie denken Sie über Drehfuß?
Humoristische Kleinigkeit in 1 Akt von E. Ritterfeld.
Anfang 8 Uhr:
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen von Adolf Wilbrandt.
Freitagabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.
Sonntagabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Freitagabend 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Sonntagabend 8 Uhr:
Jugend.

Cirkus Schumann
Donnerstag, den 19. Februar 1903, abends 7^{1/2} Uhr:
Gala-Sport-Vorstellung.
Nur hervorragendes Sportprogramm.
Hervorzuheben die Monstredressuren des Dir. Schumann.
Die unerreichbaren Billard-Künstler **Los Bruin.**
Am 27. Februar unwiderruflich **letztes Auftreten.**
Sans Rival! Mr. Diavolo!

Looping the Loop.
Die lustigen Heidelberger.
Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Abends 7^{1/2} Uhr:
Lutti (Loute).
Schauspiel in 4 Akten von Pierre Beyer.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag 12 Uhr: **Matinee.** Zum erstenmal: **Leonarda.** Schauspiel in 4 Akten von H. Widenlocher. Vorher: **Conference** von R. George Banor.

WINTERGARTEN
Aus dem interessantesten Februar-Programm
Circling the Circle.
Otto Reutter.
Les Darts etc. etc.

Steidl-Theater
Linienstrasse 132.
Dramen-bürger Theat.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Das unvergleichliche Programm mit
Unser Kakelnest
Entree 50 Pf.
(Vorverkauf 40 Pf.) Sperrst. 1 M.

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
Zum letztenmal:
Luftschlösser.
Poffe mit Gesang von Rauschhül und Keller.
Freitag: Extra-Vorstellung:
Wiedergefunden.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntag 7.
Donnerstag 8 Uhr.
Zum Schluss: neu!
O die Chöre!
ganzlich in
Quartett von 20 Mitgliedern

Sanssouci
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Solire:
Tanz-Kränzchen.
Gott ist dot.
Enfaltungssparodie.
Sale zu Festlichkeiten.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.
Grosser Bock-Trubel.
Um 10 Uhr abends
Einzug Gambinus mit Gefolge.

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN
Pariser Weltausstellung 1900.
Von der Internationalen Jury wurden den **Singer-Nähmaschinen** der **GRAND PRIX** der höchste Preis der Ausstellung zuerkannt.
Die Nähmaschinen der Singer Co. für den Familiengebrauch, Kunstfiderei sowie industrielle Zwecke jeder Art verdienen ihren Weltruf der mullergültigen Konstruktion, vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeder alle deren Fabrikate auszeichnen. Unentgeltlicher Unterricht in d. modernen Kunstfiderei.
Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. 5472*

Casino-Theater
Leipzigerstr. 37.
Donnerstag 8, Sonntag 7^{1/2} Uhr.
Neue Debüts!
Molly Verch! Raponé!
Dazu: **Bonné Atlesy.**
Unteroffizier Lehmann
Cavalleria rusticana.

Palast-Theater
Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.
8^{1/2} Uhr.
Berliner Luft.
Zwickel. Dir. R. Winkler.
Unerreicht
ist das neue Februar-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Morgen und folgende Tage: **Berliner Luft.**

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus Franz-Budholz.
Heute: **Waldviertel.**
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger und Tanz.

Heize
mit **4761***

Anhaltische Kohlenwerke
MONOPOL
Mariengrube

Brikets

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom Mittwoch, 18. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Müller. Die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Hund (frei. Sp.) fragt an, wie es mit der Reform der Börsengesetzgebung stehe. Besonders die Bestimmungen über den Differenzierstand und den Terminhandel bedürften der Abänderung. Ebenso bedarf die Stempelsteuer-Gesetzgebung einer Revision. Die jetzige Gesetzgebung kommt auf eine völlige Vernichtung des kleinen Banquierstandes heraus. (Sehr richtig! links.) — Das die Rede des Herrn Handelsministers anlangt, die von den Herren der Rechten aus dem formellen Gesichtspunkt aus beanstandet werden, so glaube ich, daß die Herren weit weniger Veranlassung genommen hätten, über diese Frage zu sprechen, wenn der Herr Minister etwa im Lande Mitglieder für den Bund der Landwirte oder die konservativen Partei geworden hätte. (Sehr wahr! links.) Die Mahnung des Herrn Ministers an die Handelskreise, ihre Interessen energischer zu vertreten, wird hoffentlich überall im Lande beachtet werden. Wenn Herr Müller aber sagte, wir möchten dafür sorgen, daß mehr Vertreter des Handelsstandes in die Volksvertretung kommen, so möchte ich ihn bitten, zunächst dafür zu sorgen, daß unser Antrag auf Abänderung der Wahlkreise durchgeführt wird, früher werden wir seiner Aufforderung wohl beim besten Willen wenig nachkommen können. (Sehr richtig! links.)

Handelsminister Müller: Zur Wahlkreisabteilung werde ich mich nicht äußern; diese Frage gehört nicht zu meinem Ressort. Was die Neuierungen anlangt, die ich außerhalb dieses Hauses gemacht habe, so möchte ich noch kurz bemerken, daß es gar nicht darauf ankommt, was ich persönlich über diese Dinge denke, sondern es muß Aufgabe der Kreise, die Herr Hund vertritt, sein, die öffentliche Meinung, die gegenwärtig gegen sie ist, umzustimmen. Wir von der Regierung sind nicht im Stande, die öffentliche Meinung zu machen, die öffentliche Meinung zu korrigieren, ob sie falsch ist, ist Ihre Sache. Es ist nicht Mangel an Mut, sondern politische Klugheit, wenn wir Gesetze zu gewissen Zeiten nicht bringen. Das Börsengesetz ist vorbereitet und hätte in dieser Session zweifellos eingebracht werden können, aber jeder, der die politische und wirtschaftliche Lage im Reichstag kennt, wird mir zugestehen, daß es nicht vernünftig und denkbar gewesen wäre im Herbst, wo die Frage des Zolltarifs im Vordergrund des Interesses stand, diese Vorlage einzubringen und daß auch im gegenwärtigen Augenblick keine Aussicht wäre, das Gesetz zu Stande zu bringen. Es ist nicht daran zu denken, daß die jetzt dem Reichstag vorliegenden Gesetze alle fertig werden, noch viel weniger ein neues. Die Revision des Börsengesetzes ist gewiß notwendig, es handelt sich nur noch um die Grenzen, innerhalb dessen sie sich bewegen soll. Die Abänderung des Stempelsteuergesetzes ist Reichssache. Der Herr Reichs-Schatzsekretär hat bereits darauf hingewiesen, daß die Wirkung der letzten Erhöhung der Stempelsteuer eine andre gewesen ist, als die, welche diejenigen erwartet hätten, welche das Gesetz machten. Im großen und ganzen sind die Erträge aus der Steuer zurückgegangen. Es fragt sich, ob nicht im reichs-fiskalischen Interesse eine Herabsetzung der Stempelsteuererträge zu empfehlen ist. Eine Stellungnahme der Regierung liegt in dieser Frage nicht vor.

Abg. Jellisch (L.) verlangt, daß endlich einmal gesetzlich festgelegt wird, was ein Fabrik- und was ein Handwerksbetrieb ist. Redner bittet die Regierung, mehr wie bisher Maßnahmen zum Schutze des Handwerks zu treffen. Die heutige Politik der Regierung muß notwendig dahin führen, auf der einen Seite Arbeiter, Socialdemokraten zu schaffen, auf der andern Seite das Großkapital. (Sehr richtig! rechts.) Der Unterschied zwischen Meister und Geselle darf nicht verwischt werden. Das letzte Handwerksgesetz, nach dem sich jeder „Meister“ nennen durfte, hat dem Handwerk sehr geschadet. Eine obligatorische Meisterprüfung halte ich für unbedingt notwendig. Redner verlangt ferner nochmals die Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe, und protestiert gegen die Ausführungen des Grafen Potodowsky über den Mittelstand. Der selbständige Mittelstand bedarf dringender einer Witwen- und Waisenversicherung als der Arbeiter. Der Arbeiter ist heute nicht mehr der wirtschaftlich schwächste Stand, sondern der große handwerkliche Mittelstand; für diesen muß vor allem gesorgt werden. (Bravo! rechts.)

Minister Müller: Die Abgrenzung zwischen Handwerks- und Fabrikbetrieb ist außerordentlich schwierig, wir müssen uns im allgemeinen danach richten, wie die oberste Gerichtsbehörde entscheidet. — Daß das Handwerk dem Untergang geweiht sei, habe ich niemals gesagt. Ich habe lediglich betont, daß das Handwerk bei der Entwicklung der Arbeitsmittel nicht überall in den alten mittelalterlichen Formen weiter leben kann. Gewisse Teile des Handwerks sind allerdings in den alten Formen nicht haltbar. So werden sich die Schuhmacher bei der Entwicklung der maschinellen Schuhfabrikation darauf beschränken müssen, für anormale Fälle und seine Reparatur weiter zu arbeiten. Ein näheres Eingehen auf die Frage des Mittelstandes würde nur zu unfruchtbaren Debatten führen. Zweifelloß ist, daß die Zahl der Selbständigen abgenommen hat. Daran kann keine Gesetzgebung etwas ändern, vielfach ist aber das Einkommen der jetzt abhängigen Leute größer als früher, wo sie noch selbständig waren. — Die Gutachten, welche ich über die Frage des Befähigungsnachweises bei den Provinzialstellen eingefordert habe, sind jetzt eingegangen. Das Staatsministerium wird auf Grund derselben zu der Frage Stellung nehmen. — Was mein Schreiben an die Handwerkskammern anlangt, so habe ich dieselben lediglich ermahnt, Gutachten auf Grund der örtlichen Verhältnisse einzubringen und sich nicht einfach den Gutachten des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister anzuschließen. Eine auf diese Weise zu Stande gekommene Enquete hätte natürlich gar keinen Wert. (Sehr richtig! links.)

Abg. Reichardt (natl.) tritt für möglichst baldige Reform des Börsengesetzes ein.

Abg. Defer (Hosp. d. fr. Sp.) polemisiert gegen den Abg. Vorstier und seine Neuierungen zur Kartellfrage und den social-politischen Anträgen im Reichstage. Von der Socialpolitik habe die Industrie nur profitiert, weil sich ein tüchtiger Arbeiterstand herzubilden konnte unter der Arbeiterchutz-Gesetzgebung. Redner schließt sich dem Verlangen nach schleuniger Revision des Börsengesetzes an. Das bedauerlichste sei, daß die Regierung den Rotstand anerkenne, aber nicht den Mut habe, ihn abzustellen, weil es sich eben um die Börse handle. Würde es sich um landwirtschaftliche Interessen handeln, wäre schon längst Abhilfe geschaffen. Ein hervorragender Industrieller, der sonst mit der Wirtschaftspolitik der heutigen Regierung einverstanden ist, habe ihm gesagt, die Revision des Börsengesetzes sei für das deutsche Wirtschaftsleben wichtiger als der Zolltarif. Es sei ja ein Entwurf ausgearbeitet, man sollte ihn wenigstens der Öffentlichkeit übergeben.

Abg. Gamp (fr.) erklärt sich gegen die Aufhebung des Verbots des Terminhandels für Getreide, mit dem die Landwirtschaft sehr damit zufrieden sei, weil die Getreidepreise dadurch stabil geworden seien. Redner verlangt Hilfe für den Handwerker, namentlich durch Befriedigung seines Kreditbedürfnisses. Es sollte eine Handwerkerbank gegründet werden, die von der Regierung mit 10-15 Millionen Mark dotiert werden möchte. Eine weitere wichtige Frage sei die Arbeiterfrage. Dem übermäßigen Zuzug der Arbeiter nach den großen Städten und Industriezentren müsse Einhalt getan werden. Der keine genügende Wohnung nachweisen könne, müsse abgeschoben werden. In Düsseldorf sei eine Verordnung nach dieser Richtung sehr segensreich in Kraft.

Abg. v. Guerna (natl.): Der größte Teil meiner politischen Freunde hat im Reichstag für die Vorkreissteuer gestimmt. Ich würde mich nicht angeschlossen haben. Inzwischen ist man bei uns fast

allgemein zu der Ueberzeugung gelangt, daß das Börsengesetz eine geradezu verheerende Wirkung geübt hat. Die Aufhebung des Terminhandels hat den kleinen Getreidehändler vernichtet und die großen noch größer gemacht. Das Börsengesetz hat die kleinen Bankiers existenzlos gemacht und die großen Banken gezüchtet. Die Erparnisse sammeln sich jetzt bei den großen Banken und werden ins Ausland getragen. Geld muß genau wie Waffen und Festungen gepflegt werden. Unser Ministerium ist leider nicht einheitlich zusammengesetzt. Der Handels- und Gewerbebestand kann gegen die Regierung den Vorwurf erheben, daß sie infolge agrarischer Wünsche den berechtigten Forderungen des Handels- und Gewerbebestandes nicht nachgibt. (Beifall links.)

Abg. Defer (Hosp. d. fr. Sp.) polemisiert gegen den Abg. Gamp, Abg. Dr. Krenndt (fr.): Daß einzelne Bestimmungen des Börsengesetzes abänderungsbedürftig seien, werde auch von den Agrariern nicht bestritten, dagegen habe sich das Verbot des Terminhandels durchaus bewährt, auch der Stempel sei nicht zu hoch.

Abg. Ernst (fr. Sp.) befragt die Forderung der Fortbildungsschulen in den Ostmarken.

Die Abgg. Müller, Meyner und Vorstier werden aufgerufen, sind aber nicht anwesend. (Heiterkeit.) Die Diskussion schließt.

Der Titel „Ministergehalt“ wird bewilligt. Eine längere Debatte entsteht beim Titel „Zuschüsse für die Unterhaltung von Fortbildungsschulen“.

Abg. Weiger (natl.) wünscht die Schaffung einer allgemeinen staatlichen obligatorischen Fortbildungsschule.

Minister Müller erklärt, daß dieser Gedanke vorläufig keine Aussicht auf Verwirklichung habe. Die Finanzlage gestatte das nicht. Die weitere Beratung wird auf Donnerstag 11 Uhr vertagt, außerdem steht der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung auf der Tagesordnung.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Friedberg (natl.), wann der Präsident die Interpellation wegen des Bischofs Korum und der Tierier Schulzustände auf die Tagesordnung zu setzen gedenke, erwidert Präsident v. Kröcher: Ich habe mich mit dem Kultusminister in Verbindung gesetzt. Er hat mir aber geantwortet, daß er freilich heute abend in der Lage sei, mir mitzuteilen, wann er die Interpellation beantworten könne.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Sociales.

Barbari.

Nach Artikel 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch steht der Dienstherrschafft gegenüber dem Gefinde kein Jüctigungsrecht zu. Welchen Wert diese Vorschrift in der Praxis für das Gefinde hat, das zeigt ein Strafverfahren, das jetzt durch Entscheidung des Kammergerichts beendet wurde.

Der Gutspächter Jordan in der Prävung Posen hatte seiner Magd, Fräulein Nowad, ein paar Ohrfeigen gegeben, weil sie seiner Meinung nach die Milchkannen nicht genügend gereinigt hatte. Fräulein N. verließ darauf den Dienst. Auf Antrag Jordans wurde sie wegen unberechtigten Verlassens des Dienstes auf Grund des Ausnahmegesetzes vom 24. April 1854 in eine Geldstrafe genommen, an deren Stelle eventuell Haft treten sollte. Sie beantragte richterliche Entscheidung und machte geltend, daß ihr Gebot unter den Umständen gelitten habe und die erhaltenen Ohrfeigen selber sie berechtigt hätten, den Dienst vorzeitig zu verlassen. Das Schöffengericht glaubte an keine Beschränkung des Gehörs infolge der Schläge und hielt die Strafe aufrecht und das Landgericht Posen verwarf die Berufung der Angeklagten mit folgender Begründung:

Allerdings habe die Dienstherrschafft nach § 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch kein Jüctigungsrecht. Dadurch würden aber nicht die Bestimmungen der Gefinde-Ordnungen berührt, die die Gefinde zum Verlassen des Dienstes angaben. Nach § 137 der preussischen Gefinde-Ordnung könne das Gefinde u. a. nur den Dienst verlassen, wenn es mit ausschweifender oder ungewöhnlicher Härte behandelt werde. Eine solche Behandlung liege hier nicht vor, denn die Angeklagte habe nur (1) ein paar Ohrfeigen erhalten, und Ohrfeigen seien die bequemste und gerühmteste Art einer gelinden Jüctigung. Somit sei sie nicht zum Verlassen des Dienstes berechtigt gewesen und nach dem Gesetz vom 24. April 1854 zu bestrafen.

Das Kammergericht verwarf die gegen diesen Urteil eingelegte Revision und meinte ebenfalls, daß trotz der Verneinung des Jüctigungsrechts der Dienstherr im Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch der Dienstherr nach der nach zu Recht bestehenden Bestimmung des § 137 der preussischen Gefinde-Ordnung im Jüctigungsfall doch nur zum sofortigen Verlassen des Dienstes berechtigt sei, wenn die Jüctigung in einer ausschweifenden oder ungewöhnlichen Härte bestünde. Das Nichtvorliegen einer solchen Härte das Landgericht festgestellt, ohne sich eines Rechtsirrtums über den Begriff der ausschweifenden oder ungewöhnlichen Härte schuldig zu machen.

Das bedeutet demnach, daß es zwar verboten ist, das Gefinde zu schlagen, daß sich das Gefinde aber trotzdem ruhig schlagen lassen muß; daß trotz des Reichsgesetzes an dem Landesgesetze gar nichts geändert ist. Der Fall lehrte aber auch, daß Gesetze allein uns nicht von barbarischen Sitten befreien können, es gehört dazu auch, daß alle Faktoren des öffentlichen Lebens von einem fortwährenden, humanen Geiste durchdrungen werden. Ein humanes Empfinden sieht eben in Ohrfeigen und in jeder Art von Schlägen gegenüber dem Gefinde eine ungewöhnliche und ausschweifende Härte und es wäre auch bei den bestehenden Gesetzen „ohne Rechtsirrtum festzustellen“, daß die dem geprügelten Mädchen zu teil gewordene Behandlung eine solche sei, die zum sofortigen Verlassen des Dienstes berechtigt. Es handelt sich dabei gar nicht um einen Irrtum im Recht, sondern um einen Irrtum im Empfinden. (Für einen kleinen Teil der Auflage wiederholt.)

Die Verbindlichkeit der Arbeitsordnung.

Nach § 134a der Gewerbe-Ordnung ist bekanntlich für jede Fabrik, in welcher in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt werden, eine Arbeitsordnung zu erlassen, und nach demselben Paragraphen erfolgt der Erlass der Arbeitsordnung durch Aushang. Diese Bestimmungen des § 134a Absatz 1 in Verbindung mit der Vorschrift des § 134c, monach der Inhalt der Arbeitsordnung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer rechtsverbindlich ist, hat das Gewerbegericht sehr oft dahin ausgelegt, daß der ordnungsmäßig zu Stande gekommene Aushang der Arbeitsordnung ihren Inhalt ohne weiteres rechtsverbindlich mache. Einwände der Kläger, daß § 134a Absatz 2 vorschreibe, die Arbeitsordnung sei jedem Arbeiter bei seinem Eintritt in die Beschäftigung zu behändigen und ihnen sei kein Exemplar behändig zu machen, erklärte das Gericht für unerblich, soweit es sich um die Verbindlichkeit der Arbeitsordnung handle. Das wäre nur eine Ordnungsmaßnahme, wegen deren Nichtbefolgung der Arbeitgeber zwar bestraft werden könne, ohne daß darunter die Verbindlichkeit der Arbeitsordnung leide. Wir haben öfter über dergleichen Fälle berichtet.

Jetzt ist nun die Kammer V des Gewerbegerichts von dieser Auffassung abgegangen. Bei der Firma Geißbrom u. Sohn, die mehr als 20 Arbeiter beschäftigt, hängt eine Arbeitsordnung aus, durch welche die gefeldliche Kündigungsfrist ausgeschlossen ist. Einem Instrumentenarbeiter, der wegen unberechtigter plötzlicher Entlassung eine Entschädigungsklage führte, war aber die Arbeitsordnung nicht behändig worden, und hierauf berief er sich. Wegen dieser Unterlassung der gefeldlichen Verpflichtung wäre die Arbeitsordnung für ihn nicht verbindlich. — Der Gerichtshof sprach sich dafür aus, daß der bloße Aushang der Arbeitsordnung nicht genüge, sie verbindlich zu machen, weil das Gesetz ausdrücklich auch die Behändigung vorschreibe. Da diese

nicht erfolgt sei, habe der in der Arbeitsordnung ausgesprochene Kündigungsausschluß für den Kläger keine Geltung. Für ihn gelte die gefeldliche vierzehntägige Kündigungsfrist. — Es wurde dann darüber verhandelt, ob ein gefeldlicher Entlassungsgrund vorliege. In dieser Richtung wurde folgendes festgestellt: Der Kläger arbeite am Entlassungstage in einem Saal, wo eine Maschine montiert wurde. Als er gerade mal von seiner Arbeit wegah und sich für die Montierung hinter ihm interessierte, kam der Schwager des einen Chefs, der zugleich am Betriebe mit Geld beteiligt ist, in den Raum. Der Herr raufonnierte, daß Kläger sich gar nichts umzusehen habe. Es kam zu einem kleinen Wortwechsel, wobei Kläger meinte, der betreffende Herr hätte ihm überhaupt nichts zu sagen. Daraufhin wurde Kläger entlassen. — Im Gegensatz zum Vertreter der klagenden Firma erachtete der Gerichtshof jene Neuierung des Klägers nicht für eine grobe Verleumdung, die hier einzig als Entlassungsgrund in Betracht käme. Auf Anraten des Vorsitzenden erklärte sich nunmehr der Vertreter des Beklagten für diese Bereit, den vollen Betrag der klägerischen Forderung in Höhe von 54 Mark zu zahlen.

Die Zuständigkeit der Gewerbegerichte.

Zwei Formen, die bei der Firma Pintsch in Fürstentwalde gearbeitet hatten, machten beim Berliner Gewerbegericht Ansprüche aus jenem Arbeitsverhältnis geltend. Es war zunächst die Zuständigkeitsfrage zu erledigen, da der Vertreter der Firma die Zuständigkeit des Berliner Gewerbegerichts bezweifelte. Es wurde festgestellt, daß der Inhaber der Fürstentwalder Fabrik, Herr Pintsch, in Berlin wohnt und hier auch eine Fabrik, seinen Hauptbetrieb hat. Der eine der Kläger wohnt jetzt auch in Berlin. Das Berliner Gewerbegericht, Kammer V, unter dem Vorsitz des Herrn Webel, erklärte sich unter den obwaltenden Umständen für zuständig, und zwar mit Rücksicht auf den § 27 des neuen Gewerbegerichts-Gesetzes, worin es heißt: „Zuständig ist dasjenige Gewerbegericht, in dessen Bezirk die freitragende Verpflichtung zu erfüllen ist oder sich die gewerbliche Niederlassung des Arbeitgebers befindet oder beide Parteien ihren Wohnsitz haben. Unter mehreren zuständigen Gewerbegerichten hat der Kläger die Wahl.“

Für den einen Kläger erachtete das Gericht die Zuständigkeit schon dadurch gegeben, daß bei Entreichung der Klage sowohl er wie der Arbeitgeber Pintsch in Berlin wohnten. Und bezüglich des andern Klägers zog man in Betracht, daß Herr Pintsch auch in Berlin eine gewerbliche Niederlassung hat, und zwar den Hauptbetrieb.

Die Phosphorhölz-Kommission hatte am Mittwochvormittag eine Besprechung mit einigen Fabrikanten von Schwefelhölzern, von denen sie Auskunft erbat, welche Einwendungen sie gegen die Sicherheit der von der Regierung in Aussicht genommenen Zündmasse zu machen hätten. In mehrstündiger Debatte wurde von den Fabrikanten der Standpunkt vertreten, daß die neue Zündmasse, die leicht entzündlich und explosiv sei, wenn sie eintrockne, die Fabrikation der Hölzler sehr gefährlich gestalte, weil bei verschiedenen Stadien der Herstellung die Entzündung der Zündmasse unvermeidlich sei. Erstens könne in der Mischmühle etwas Masse eintrocknen und zur Entzündung gelangen, zweitens beim Transport der Mischung das dabei auf den Fußboden Verspritzte sich entzünden, drittens beim Tanzen der Hölzer Masse daneben spritzen und eintrocknen und viertens sei beim Lagern durch Erwärmung und Stoß die Explosionsgefahr sehr groß. Seitens einiger Kommissionsmitglieder wurden diese Bedenken für nicht stichhaltig gehalten, denn alle diese Gefahren lassen sich leicht vermeiden, wenn die bei Herstellung von Zündmassen selbstverständlichen Sicherheitsvorkehrungen und technischen Einrichtungen getroffen werden. Morgen, Donnerstag, wird die Kommission eine ordentliche Sitzung abhalten, in der über die von den Fabrikanten vorgebrachten Einwände Beschluß gefaßt werden soll.

Die Wurmkrankheit grassiert auch unter den belgischen Bergleuten in hohem Maße. Sie wurde dort zuerst im Jahre 1884 an einem Bergmann in Lüttich entdeckt, der im rheinischen Kohlenbergbau beschäftigt gewesen war. Auf Verreiben des Präsidenten der medizinischen Kommission von Lüttich wurde eine öffentliche Untersuchung eingeleitet, welche sich auf Jahre hinaus erstreckte. Trotz des Widerwillens der Unternehmer und auch eines Teils der Arbeiter gelang es der Kommission, bis zum letzten Jahre ca. 10 000 von den 24 000 im Lütticher Kohlenrevier existierenden Bergleuten zu untersuchen. Es hat sich herausgestellt, daß 55 Proz. der Untersuchten mit der Wurmkrankheit behaftet waren; in einzelnen Orten waren es 60 und mehr Prozent. Die Untersuchungen in den andern Kohlengebieten waren bei dem mangelnden Entgegenkommen der Beteiligten, vor allem der Unternehmer, weniger günstig.

Die Errichtung einer Arbeiterkammer, die durch Antrag unfree Genossen im Landtage von Neuchâtel gefordert wurde, ist gegen die socialdemokratischen Stimmen abgelehnt worden.

Die Arbeitslosigkeit in London.

London, 16. Februar. Die Arbeitslosenfrage hört nicht auf, die öffentliche Meinung zu beschäftigen. Letzten Freitag fand im Gebäude des Gewerkschaftsrats eine Konferenz statt, die die Schaffung von Arbeitsgelegenheit diskutierte. An den Debatten beteiligten sich besonders John Burns, Will. Crooks (Bürgermeister von Poplar und Mitglied der Fabrik), Georg Lansbury (Socialdemokratische Föderation), Steadman (Parlamentarisches Komitee des Trades-Unionkongresses) und J. R. Macdonald (Sekretär des Komitees für Arbeitervertretung). Die angenommenen Resolutionen empfehlen 1. die Borneahme von municipalen Arbeiten zur Verschönerung Londons; 2. von staatlichen Arbeiten, wie Straßen, Aufforstung und Dammbauten. — Einen Tag darauf organisierte die Socialdemokratische Föderation eine große Arbeitslosen-Demonstration im Trafalgar Square, zu deren Veranlassung nicht weniger als 1200 Polizisten gesandt wurden. Die Polizei erwartete Unruhen und traf sehr umfassende Maßregeln. Die Demonstration verlief jedoch in bester Ordnung, die Polizei benahm sich sehr taktvoll, obwohl die Reden einen scharfen, revolutionären Ton hatten. Eine der vielen roten Fahnen zeigte einen Totenkopf und die Aufschrift: Tod dem Kapitalismus! Es sprachen u. a. Dr. Steadman und der Genosse Hunter Watts, J. Macdonald (Sekretär des Londoner Gewerkschaftsrats) und Quella (Redakteur der „Justice“). Die angenommene Resolution lautete: „Die Versammlung der Arbeitslosen fordert die Regierung und besonders den Präsidenten der Lokalregierung auf, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen, da die bestehende Klasse die Arbeiter aufs Pfahler wirft, sobald sie aus ihnen keinen Profit herauszuschlagen kann und sobald die Arbeiter mehr Reichthum erzeugen haben, als die Reichen verzehren können.“ — Der Präsident der Lokalregierung, der sich bis jetzt geweigert hatte, eine Deputation der Arbeitslosen zu empfangen, ließ sofort nach Abhaltung der Demonstration durch die Central News erklären, daß er bereit sei, mit den Vertretern der Arbeitslosen zu konferieren.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Wir machen auf die am Montag, den 23. Februar stattfindende Volksversammlung in der Tonhalle, Friedrichstr. 112, aufmerksam, in derselben wird Genosse Kollent uhr über das Thema referieren: „Womit sollen bei den nächsten Reichstagswahlen Arbeiterstimmen gefangen werden?“ Jeder Parteigenosse muß zur Stelle sein. Der Vorstand.

Dritter Reichstags-Wahlkreis. Sonntag abends 6 Uhr in den „Kaminhallen“, Kommandantenstr. 20 (großer Saal), öffentliche Versammlung mit Frauen. Nach dem Vortrag gefälliges Beisammensein und Tanz. Entree inkl. Garderobe 20 Pf.

Fünfter Wahlkreis. Der Wahlverein hält heute, Donnerstag, abend 8 1/2 Uhr, im Alten Schützenhause, Linienstr. 5, seine Generalversammlung ab. Tagesordnung: Bericht aller Funktionäre. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Lokales.

Das Gesundheitswesen im Stadthaltungs-Etat für 1903.

Von den Ausgaben für das Gesundheitswesen gilt dasselbe wie von denen für das Schulwesen: sie sind eine Kapitalanlage, die reichlichen Gewinn bringt. Bildung und Gesundheit sind zwei gleich wichtige Grundpfeiler der Bevölkerungswohlfahrt. Die Stadt Berlin will im Jahre 1903 nach dem Entwurf des neuen Stadthaltungs-Etats für ihr Gesundheitswesen 9 157 965 M. ausgeben (617 700 M. mehr als 1902). An Einnahmen werden erwartet 2 821 300 M. (150 086 M. mehr), also sind aus dem Stadtsäckel zuzuführen 6 336 665 M. (467 623 M. mehr). Der größte Teil dieser Ausgaben wird aber für die bloße Krankenpflege verbraucht, und nur ein kleiner Rest kommt auf die vorbeugende Gesundheitspflege. Hier zeigt ein einziger Blick in den Etat, wie sehr das Berliner Gesundheitswesen noch in den Anfängen steckt. Man begnügt sich in der Hauptsache damit, die Kranken wieder gesund zu machen. Für die Aufgabe, die Gesunden möglichst nicht krank werden zu lassen, wird noch wenig getan. Vielleicht wird's anders, wenn unser städtisches Gesundheitswesen einmal einen neuen, leistungsfähigeren Leiter bekommt.

Die Abteilung „Krankenpflege“ steht im Etat für 1903 mit 7 870 490 M. Ausgabe (428 504 M. mehr als 1902), mit 2 051 165 M. Einnahme (96 195 M. mehr) und 5 819 325 M. Zuschuß (332 309 M. mehr). Davon kommen auf die Krankenhäuser 8 253 050 M. Ausgabe (81 924 M. mehr), 1 349 915 M. Einnahme (25 075 M. mehr), 1 903 135 M. Zuschuß (56 849 M. mehr), auf die Irrenhäuser 4 617 440 M. Ausgabe (346 580 M. mehr), 701 250 M. Einnahme (71 200 M. mehr), 3 916 190 M. Zuschuß (275 400 M. mehr). Für die Krankenhäuser ist dieselbe Frequenz angenommen wie 1902. Eine Frequenzsteigerung ist auch kaum mehr möglich, weil die Anstalten einen großen Teil des Jahres hindurch voll besetzt sind. Wer sonst noch Aufnahme wünscht, wird abgewiesen, wie die Krankenhausdebatte in der letzten Stadtverordneten-Sitzung aufs neue gezeigt hat. Für die Irrenhäuser sind wieder höhere Frequenzen angenommen worden, woraus sich auch die hier auftretende beträchtliche Erhöhung der Ausgaben erklärt. Das Mittel, die Kranken abzuwehren, hat hier sehr Bedenkliches; da hilft man sich dann mit vermehrter Benutzung von Privatanstalten. Durch die allmählich näher rückende Fertigstellung der neuen Anstalten für die Kranken bezw. Irrenpflege werden diese Zustände wenigstens teilweise beseitigt werden. An den Ausgabensteigerungen, die der Etat bei den einzelnen Kranken- und Irrenhäusern vorsieht, sind übrigens mehrfach auch die Pächter beteiligt, aber hauptsächlich infolge Vermehrung des Personals.

Für die Abteilung „Gesundheitspflege“ sind angelegt nur 1 287 475 M. Ausgabe (189 205 M. mehr als 1902), 770 135 M. Einnahme (54 491 M. mehr), 517 340 M. Zuschuß (134 714 M. mehr). Hierin kommen auf die Heimstätten, die eigentlich mehr noch zur Krankenpflege gehören, 354 200 M. Ausgabe (34 230 M. mehr), 246 700 M. Einnahme (22 710 M. mehr), 107 500 M. Zuschuß (11 520 M. mehr). An dem Rest sind die Badeanstalten beteiligt mit 630 075 M. Ausgabe (154 149 M. mehr), 493 635 M. Einnahme (31 081 M. mehr) und 137 340 M. Zuschuß (122 468 M. mehr). Der Badeanstalts-Etat schließt diesmal ungünstig ab. Der Zuschuß ist von 14 872 M. auf 122 468 M. gestiegen, namentlich deshalb, weil der Volks-Badeanstalten eine Kanalisationsgebühr von rund 100 000 M. auferlegt worden ist; doch fließt diese Summe ja an anderer Stelle dem Stadtsäckel wieder zu. Trotz hoher Zuschüsse sollen die Badeanstalten weiter vermehrt werden. Die Desinfektionsanstalt, ein im Verborgenen blühendes Weisheit, soll 179 100 M. ausgeben (124 M. weniger als 1902), 29 800 M. einnehmen (100 M. mehr), 149 300 M. Zuschuß erhalten (134 M. weniger). Die Gebühren sprechen von allgemeiner Benutzung ab.

Den Schluß der „Gesundheitspflege“ bilden die Ausgaben für das Impfwesen, für das immer noch nicht städtische Rettungswesen und für die gleichfalls nicht städtische Sanitätskommission der Polizei. Mehr gibt's auf diesem Gebiete vorläufig nicht. In ein paar Jahren werden wir noch das städtische Amt für Nahrungsmittel-Untersuchung haben, aber andre hierher gehörige Wünsche bleiben noch immer unerfüllt. Wird der Berliner Feind auch mal so weit kommen, einzusehen und zuzugeben, daß die Förderung der Volks-Gesundheit kein „Luxus“ ist, sondern zu den unerlässlichen Aufgaben einer Stadtverwaltung gehört?

Gefahren der Celluloidwarenfabriken.

Das Brandunglück in der Michaelstr. ist noch in aller Gedächtnis. Bald nachdem das Unglück geschehen war, ging die Mitteilung durch die Presse, daß die zuständige Behörde gegen Feuergefahren in diesen Betrieben verschärfte Maßnahmen ergreifen wolle. Hierzu schreibt man uns aus den Kreisen der organisierten Arbeiterchaft:

Zunächst besteht schon jetzt im allgemeinen die Bestimmung, daß die Betriebe zwei Ausgänge haben müssen. Aber wie wird diese Bestimmung beachtet? Wo der zweite Ausgang wirklich vorhanden ist, da ist er auch meist verschlossen. Allerdings soll der Schlüssel neben der Thür in einem Glasfahnen aufbewahrt werden, doch hat ihn in vielen Fällen der Werkführer in Verwahrung. Aber beim Ausbruch eines Brandes wird namentlich in solchen Betrieben, wo viele weibliche Arbeitskräfte beschäftigt sind, eine derartige Verwirrung herrschen, daß über dem Suchen viel kostbare Zeit verloren geht. Hier müßte bestimmt werden, daß so lange sich Menschen im Betriebe befinden, die Ausgänge immer offen zu halten sind. Ferner käme bei der Feuergefahrlichkeit des Rohmaterials dessen Aufbewahrung in Frage. In einzelnen Betrieben sind 3—400 Kilogramm Material in Holzregalen an der Wand dicht neben dem Eingang aufgestellt. Weicht dann Feuer aus, so ist der Ausgang versperrt und kein Mensch verläßt lebend die Fabrik. Solcher Gefahr ließe sich verhältnismäßig leicht dadurch vorbeugen, daß in einem Winkel des Betriebes ein gemauertes Abteil, mit einer Enthür versehen, als Lagerraum hergerichtet würde. Zur größeren Sicherheit könnte in diesem Raume noch eine Brausevorrichtung angebracht werden, die im Stande wäre, das feuergefährliche Material schnell unter Wasser zu setzen. Auch sonst müßte darauf gehalten werden, daß in den Arbeitsräumen Wasserbehälter zur sofortigen Verwendung bei Feuergefahr vorhanden sind. Solche Vorrichtungen bestehen bereits in einer Celluloidwarenfabrik im Norden Berlins.

Besonders läme aber die Aufbewahrung der bei der Verarbeitung entstehenden Abfälle in Frage, da diese viel leichter brennen als ganze Platten oder Stäbe. Auch hier müßte dafür gesorgt werden, daß man die Abfälle mehrfach am Tage beiseite schafft und daß sie dann nicht wie bisher in Sälgäßen, sondern gleichfalls unter entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen im abgetrennten Raum lagert. Darauf, daß es in diesem Punkte an der nötigen Sorgfalt fehlt, sind viele gefährliche Brände der letzten Zeit zurückzuführen. Besonders verwerflich muß es noch genannt werden, daß einzelne Unternehmer ihre Arbeiter veranlassen, nach Feierabend Arbeit mit nach Hause zu nehmen. Es kommt vor, daß auf diese Weise mehrere Kilo Rohmaterial in den engen Wohnungen der Arbeiter liegen. Noch schlimmer ist natürlich der nicht selten geübte Brauch, das Material gänzlich in der Hausindustrie weiterarbeiten zu lassen; bietet diese Arbeitsform den Unternehmern doch die Möglichkeit, den Lohn auf das Äußerste zu drücken. Die Arbeiter und deren Nachbarn aber ahnen nicht, in welcher Gefahr sie schweben.

Um die Behörde auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen, werden die organisierten Arbeiter der Celluloidbranche im Laufe der

nächsten Woche eine Versammlung abhalten, in der die hier kurz geschilderten Mißstände zur Sprache gebracht werden sollen.

Kunstbegeisterung als kleineres Uebel. Die Ausschmückung des Großen Sterns im Tiergarten, worüber wir mehrfach berichtet haben, soll, wie die Zeitungen jetzt melden, auf Kosten der — Großen Berliner Straßenbahngesellschaft erfolgen. Wie das zusammenhängt, darüber weiß eine in den Angelegenheiten der „Großen“ oft gut bediente Korrespondenz folgendes zu melden:

Die Uebernahme der Kosten für die Ausschmückung des Großen Sterns von Seiten der Großen Berliner Straßenbahn kann nicht als Beweis ihrer kunstfreundlichen Gesinnung angesehen werden. Sie ist vielmehr als eine Gegenleistung zu betrachten gegenüber der nur unter dieser Bedingung erteilten Erlaubnis, Oberleitung über den Großen Stern ziehen zu dürfen. Bekanntlich sollte dort nach Vervollendung des Akkumulatorenbetriebes Unterleitung durchgeführt werden. Dies hätte bei den vielen Kreuzungen und Weichen des Platzes außerordentliche technische Schwierigkeiten bereitet und auch im späteren Betriebe würden Störungen nie zu vermeiden gewesen sein. Auch die Mehrkosten kommen dabei in Betracht. Die Ausgaben für die Statuen wurden als das kleinere Uebel gern von der Straßenbahn übernommen, wodurch die jetzige Lösung, die von allen vorgeschlagenen entschieden die glücklichste ist, ermöglicht wurde.

Sollten diese Mittelungen sich bewahrheiten, so eröffneten sich der Berliner Straßenkunst die weitesten Perspektiven. Gefälligkeiten aller Art von oben herab wären denkbar, wofür Aktiengesellschaften und andre Großunternehmer sich durch Stiftung von patriotischen Denkmälern erkennen lassen müßten. Kunstpolitisch einwandfreie Siegesallee entstanden die schwere Menge und die Societät der studentischen Bildhauer erlebte goldene Tage. Die Frage, ob die städtische Moral sich ebenfalls dabei wohl befinden würde, kommt angesichts des guten patriotischen Zweckes nicht weiter in Betracht. Anerkennung verdient übrigens das Kunstverständnis der Großen, das sich — ein wenig unhöflich zwar — durch die Bezeichnung einer der Siegesallee angepaßten Ausschmückung als „kleineres Uebel“ recht drastisch zu erkennen giebt.

Berliner Zu- und Wegzüge. Die Zugänge nach Berlin sind im Jahre 1902 wieder zahlreicher gewesen als im vorhergehenden Jahre, das eine Verminderung der Zugänge und gleichzeitig eine Vermehrung der Wegzüge gebracht hatte. Nach den jetzt abgeschlossenen vorliegenden Meldungen zogen im Jahre 1902 nach Berlin 130 497 männliche, 108 103 weibliche, zusammen 238 602 Personen, während 1901 nur 126 218 männliche, 106 058 weibliche, zusammen 232 276 Personen hier zugezogen waren. Andererseits haben sich im letzten Jahre die Wegzüge von Berlin zwar beim weiblichen Geschlecht noch vermehrt, aber beim männlichen wieder vermindert, und auch die Gesamtzahl der Wegziehenden ist geringer geworden. Als von hier weggezogen wurden gemeldet 1902: 106 868 männliche, 94 201 weibliche, zusammen 201 069 Personen, dagegen 1901: 110 418 männliche, 92 373 weibliche, zusammen 202 791 Personen. Mit dem Zuschlag, den das Statistische Amt wegen der Unvollständigkeit der Meldungen zu den Wegzügen macht, haben rechnermäßig als weggezogen zu gelten 1902: 128 770 männliche, 104 401 weibliche, zusammen 233 171 Personen, dagegen 1901: 133 299 männliche, 102 463 weibliche, zusammen 235 762 Personen. Der Ueberschuß der Zugezogenen über die Weggezogenen stellt sich für 1902 auf nur 17 277 männliche, aber 3704 weibliche, zusammen 5431 Personen. Das Jahr 1901 hatte beim weiblichen Geschlecht einen Zugangsüberschuß von 3595, beim männlichen dagegen einen Fortzugsüberschuß von 7088 gebracht, so daß sich damals im ganzen ein Fortzugsüberschuß von 3491 ergab.

Die Monteurs und Leiterträger der städtischen öffentlichen Beleuchtung haben sich durch ihren Arbeiterausschuß an die Direktion der Gaswerke gewandt, um einzelne Verbesserungen ihrer materiellen Lage und der Arbeitszeit zu erzielen. Die Direktion hat nunmehr die Forderungen mit folgender eigentümlichen Begründung abgelehnt:

1. Einen ändern Lohnstarif für Monteurs und Arbeiter aufzustellen, 2. Sonntagsarbeiten, Kontrolleurvertretungen und den Kastentransport von und nach der Arbeitsstelle besonders zu zahlen, lehnen wir hierdurch ab. Die gezahlten Löhne sind für die Arbeiter (Leiterträger) dieselben, wie sie die Arbeiter anderer Betriebszweige der städtischen Gaswerke erhalten und höher, wie sie andre Betriebe, Eisenbahn, Post, Straßenbahn etc. zahlen. Die geteilte Arbeitszeit am Tage und am Abend liegt in der Eigenart des Betriebes. (Diejenigen Arbeiter [Monteurs], welche die Glühkörper aufzusehen und die Brenner zu reinigen haben, erhalten bereits höhere Löhne, welche den Arbeitsleistungen entsprechen. Handwerkerlöhne werden für diese Arbeiten nicht gezahlt.) Für den früheren Arbeitslohn an den Tagen vor den Festen, welcher für die im Abenddienst bei der öffentlichen Beleuchtung beschäftigten Arbeiter nicht zugänglich ist, werden, wie in andern Betrieben zwei Ueberstunden vergütet. Entschädigungen für Laufzeiten von und nach den Arbeitsstellen werden nicht gewährt und für die Sonntagsarbeit von 2—3 Stunden 5 Stunden vergütet. Dies erscheint als vollständig ausreichend.

Das Tragen der Kästen von den Arbeitsstellen nach den Wohnungen und zurück, sowie die Aufbewahrung, erfordert der Betrieb. Wie der Laternenwärter ohne Bezahlung für die Aufbewahrung seiner Anzündmaschine und der Handwerker für die Unterbringung und den Transport des Werkzeuges Sorge zu tragen hat, muß der Arbeiter bei der öffentlichen Beleuchtung auch den Transportkasten von und nach der Arbeitsstelle tragen und aufbewahren.

Vom Vorstand des Vereins der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter wird uns dazu geschrieben: Dieser Aufschrift gegenüber stellen die in Betracht kommenden Arbeiter fest, daß sie nicht einen „ändern“, sondern einen „zeitgemäßen“ Lohnstarif gefordert haben, der nicht wie jetzt es dem Gutdünken des Inspektors überläßt, die Lohnentschädigung festzusetzen. Der Stundenlohn von 35 Pf. soll höher sein, wie bei der Post und bei der Eisenbahn. Abgesehen davon, daß es der Stadt schlecht ansteht, die Verhältnisse anderer Behörden als Beweis zu nehmen, kann man im Ernste doch die Thätigkeit eines polnischen Streckenarbeiters mit der eines Glühlicht-Monteurs wahrlich nicht vergleichen. Weiter sei bemerkt, daß die angeordnete „Eigenart des Betriebes“ für die Oberkontrolleure als Grund dient, Zulagen zu verlangen, während man die geringfügigen Wünsche der Arbeiter aus dem Handgelenk abtut. Geradezu einzig ist die Ablehnung des Transportes der Materialkisten mit der Begründung, daß der Laternenwärter seine Anzündmaschine und der Handwerker für die Unterbringung des Handwerkzeuges zu sorgen hat. Die Monteurs und deren Leiterträger haben neben ihrer Handwerkszeug-Tasche ständig einen Koffert mit Materialkisten — die größeren wiegen gegen 20 Pfund — mitzuführen, für dessen Inhalt sie auch während ihrer Pausen verantwortlich sind. Nach gethaner Arbeit, also tief in der Nacht, schleppen sie sich mit dem Kasten nach Hause, um ihn des Morgens vor Anfang der planmäßigen Arbeitszeit wieder mitzunehmen. Würde man einem Handwerker zumuten, seine zur Arbeit benötigten Materialien in solcher Weise mit sich herumzuschleppen, so würde eine Bezahlung dafür auch ohne weiteres eintreten. Bei der Stadt hingegen ist es anders, dort will man nicht einmal die Sonntagsarbeit, zu deren Verrichtung einschließend des Weges von und zur Wohnung gegen 5 Stunden notwendig sind, mit mehr als 5 Stunden Lohn entschädigen, trotzdem sie in den Sommermonaten bis 12 Uhr nachts währt. An Tagen vor Festen wurde den betreffenden Arbeitern bisher einmal am Weihnachtsabend eine Vergütung von zwei Stunden gewährt, welche jedoch am Tage vor Renztag wieder wegfiel. — Aus Laternenwärter-, Schlosser- und Arbeiterkreisen wird viel über nichtachtende und scharfe Behandlung seitens einiger Vorgesetzten geklagt. Es wäre doch wünschenswert, daß letztere eine vorurteilsfreie ruhige und höfliche Behandlung ihren Untergebenen gegenüber besäßen würden.

Vom Milchriege. Ueber den Stand der Prozesse, die sich aus dem Milchriege ergeben haben, berichtet die der gestrigen General-

versammlung des Vereins Berliner Milchpächter Verbandshandlung Dr. Flatau. In der Klage dreier Genossenschaftler auf Ungültigkeitserklärung der Beschlüsse der letzten Generalversammlung der Milchcentrale siehe zum erstenmal Ende März vor dem Landgericht I Termin an. Bezüglich der Prozesse der Milchcentrale gegen die aufgelösten Genossenschaften erhebe es sich, daß die Genossenschaften von derjenigen Milch, die ihre einzelnen Mitglieder auf selbständigen Kontrakt verpackt haben, die geforderten Abgaben nicht zu entrichten brauchen. Nach den Satzungen würde nur die von der betreffenden Genossenschaft selbst verpackte Milch der Abgabe von 2 bezw. 2 1/2 Pf. unterliegen. Im Laufe der Prozesse sei übrigens ein neuer überaus wichtiger Umstand an den Tag gekommen, der es wahrscheinlich mache, daß alle Forderungen der Milchcentrale gegen die bäuerlichen Milchgenossenschaften grundsätzlich abgewiesen würden. Es handle sich um einen Kornfehler in den Beitrittserklärungen, der den gesetzlichen Bestimmungen zufolge deren Nichtigkeit nach sich ziehe. Während die Gültigkeit der Beitrittserklärungen von deren eigenhändiger Ausfertigung und Unterzeichnung abhänge, seien die Beitrittserklärungen hier auf Formulare des Bundes der Landwirte, zum Teil auf mechanischem Wege hergestellt, teils von fremder Hand geschrieben und erst nachträglich mit den Unterschriften der Vorstandsmitglieder der Genossenschaften versehen. Auch sei die Bezeichnung der zugehörigen Firma vielfach unvollständig. Selbstverständlich werde diese bedeutame Frage von einer oder der andern der Prozessparteien bis vor das Reichsgericht gebracht werden und man könne den Genossenschaftlern nur raten, bis zur Entscheidung der Frage jede weitere Zahlung an die Milchcentrale zu unterlassen.

Eine strengere Durchführung der polizeilichen Milchrevision findet gegenwärtig bei den Milchhändlern statt. Die mit der Durchführung der Kontrolle beauftragten Beamten erscheinen nicht mehr wie bisher in Uniform, sondern gehen in Civil und sind deswegen weder den Händlern noch dem Publikum kenntlich. Die Revisionen werden jetzt täglich und zwar in bestimmten Stadtvierteln bei sämtlichen dort wohnenden Pächtern angeßelt und nach Bedarf werden auch Milchproben versiegelt mitgenommen. Aber nicht nur die hiesigen Händler, sondern auch die Bauern, welche ihre Milchprodukte nach Berlin bringen, werden strenger kontrolliert und die revidierenden Beamten haben in den letzten Tagen mehrfach Veranlassung gehabt, allzusehr gewässerte Milch sofort zu vernichten.

Sibirische Fische in Berlin. Der Berliner Fischmarkt ist um einige neue Zugfische aus Rußland, speziell aus Sibirien bereichert worden, von welchen, wie die „Allg. Fischerei-Zeitung“ mitteilt, der erste Wagon vor einigen Tagen eingetroffen ist. Ein Berliner Hoflieferant unternahm zu dem Zweck, neue Fischsorten namentlich in Westsibirien, ja in der Mandchurie kennen zu lernen, eine dreimonatige Reise; unter seinen Neu-Einführungen sind besonders verschiedene Störarten und Koregonen, z. B. die Nelma, hervorzuheben. Auch für den Lachsimport aus Sibirien eröffnen sich neue Aussichten, da eine Hamburger Firma von einem dortigen Reder den Dampfer „Pianca“ angekauft hat, um ihn mit Kühlvorrichtungen versehen zu lassen. Der Dampfer soll hauptsächlich zum Transport von frischem Lachs vom Amur nach Hamburg dienen und jährlich eine Reise machen, die im März angetreten wird; die Rückkehr mit voller Ladung des gefrorenen sibirischen Lachses erfolgt dann im Monat Dezember.

Krisen-Mißis. Ueber einen schweren Unfall, der sich vorgestern abend bei einer Schaustellung im Poffage-Theater ereignet hat, schreibt man der „Post, Ztg.“: Eine der ersten Programmnummern des Abends bildete ein sogenannter Melange-Akt, von zwei Artisten ausgeführt, die unter dem Namen „The great Latinos“ auftraten. Der zweite Teil dieser Nummer vollzieht sich auf einer schwebenden Leiter. Die beiden Artisten stehen, bevor sie mit der Ausführung dieses Tricks beginnen, einander auf den Enden der Leiter gegenüber und halten sich das Gleichgewicht. Während die Artisten gegenseitig diese Stellungen einnahmen, wurde der eine von ihnen, der im bürgerlichen Leben den Namen Frog fährt, 26 Jahre alt und der Sohn eines Maschinenbauers in Wien ist, von einem plötzlichen Schwindelanfall ergriff, so daß er abfiel. Die natürliche Folge davon war, daß auch sein Gefährte, der Schiller heißt, sich nicht halten konnte und auf die Bühne fiel. Frog erlitt infolge des Sturzes einen doppelten Schädelbruch und wurde für tot vom May getragen. Der im Zuschauerraum anwesende Theaterarzt ordnete die Ueberführung des Schwerverletzten nach der Charité an, wo bei ihm auch innere Verletzungen festgestellt wurden. Sein Verwundener und Lebensgefährte Schiller, ein junger Mann im Alter von 22 Jahren, ist mit einem Armbruch davongelkommen. Unmittelbar nach dem Absturz der beiden Artisten wurde der Vorhang herabgelassen, so daß das Publikum sich gar nicht darüber klar wurde, daß sich auf der Bühne ein Unfall ereignete, vielmehr in dem Glauben, daß es sich um einen gewandt ausgeführten Trick handelte, lebhaft klatschte. Die Vorstellung wurde programmäßig zu Ende geführt.

Ein Schalken-Dieb hat in der Nacht zum Mittwoch in der Ritterstr. 54 mit Erfolg gearbeitet. Er zertrümmerte die Scheibe des zu dem Musterlager von Fürst gehörenden Kastens und entnahm dem obersten Fach vier Herren- und elf Damenketten. Bei der fähelhaft angetretenen Flucht verlor er nicht weit vom Tabor nach der Alexanderstraße zu zwei von den ersten Ketten, die ein Wädlerjunge am Mittwochmorgen fand und bei der Polizei abgab. Dadurch wurde der Diebstahl entdeckt.

Der Goethe-Bund rafft sich zu neuer Thätigkeit auf. Vom Vorstande dieser Organisation erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Frage der Theaterzensur wird in einer Versammlung der Mitglieder des hiesigen Goethe-Bundes am Sonntag, den 8. März, mittags, in der Philharmonie erörtert werden. Vorträge haben die Herren Ludwig Julda, Geheimrat v. Pöhl, Hermann Sudermann, die Reichstags-Abgeordneten Müller-Meinungen und Heine zugefagt.

Hygienische Vorträge der Central-Kommission der Krankenkassen. Das Thema der heutigen Vorträge lautet: „Unsre Ernährung“. Im Arbeiterhaus, der nur über beschränkte Einnahmen verfügt, kommt es darauf an, diese auch richtig zu verwenden. Ganz besonders trifft dies für die Ernährung zu, die so gehalten sein muß, daß sie bei möglichst geringem Kostenanwande dem Körper möglichst viel Kräfte zuführt. Dagegen wird aber vielfach aus Unkenntnis gefehlt, auch ist es nötig zu wissen, welche Speisen der Gesundheit nützlich, welche schädlich oder überflüssig sind. Das Thema „Unsre Ernährung“ wird an fünf Stellen besprochen werden und zwar heute Donnerstag, den 19. d. M., in den Schulaulen Brangelstraße 128, Schönhauser Allee 168, Weibstraße 31/32, Luisenstraße 115 und Rigdorf, Kaiser Friedrichstraße 208/210. Vortragende sind die Doktoren Otto Eulz, Braut, W. Kramm, Willy Hirschlaff und Glüdemann. Beginn der Vorträge pünktlich 8 Uhr. Zutritt frei für jedermann.

Die Leiche eines jungen Mädchens wurde gestern in der Spree an der Mühlenbamm-Schleuse angetrieben und gelandet. Die tote wurde als die seit dem November v. J. verschwundene unberechtigete Frida Schneider aus Friedrichsfelde rekonstruiert. Es wird angenommen, daß das junge Mädchen Selbstmord begangen hat.

Bei einer eigentümlichen Explosion schwer verletzt wurde Mittwochabend der Wötker August Kobrow aus der Ritterstraße 125. Er hatte für eine galvanische Anstalt einen Vottich in Arbeit, der jedenfalls von explosiven Flüssigkeiten durchdrängt war. Wie die spätere Befichtigung ergab, hatten sich auch auf dem Boden des Vottichs starke chemische Rückstände abgelagert. Als nun Kobrow sich mit dem Vottich zu schaffen machte, entstand plötzlich eine Explosion. Unter donnerähnlichem Knall flogen die Fenster der nach dem Hofe hin gelegenen Werkstelle heraus und die nach der Straße hin fahrenden Räume wurden in dichten Rauch eingehüllt. Die von mehreren Seiten alarmierte Feuerwehr rückte in großer Stärke heran, trat aber nicht sonderlich in Thätigkeit, weil der durch die Explosion entstandene Brand bereits abgelöscht war. Dagegen legte sie dem Wötker Kobrow, der bei der Explosion schwere Brandwunden davongetragen hatte, einen Notverband an und sorgte für seine Ueberführung nach dem Krankenhaus.

Großfeuer wütete gestern früh von 7 Uhr an in dem Wohnhaus von Jacques Sohn, Ecke Müller- und Selterstraße. Der Brand verbreitete sich so rasch, daß bei Ankunft des ersten Löschzuges bereits die Flammen aus allen fünf nach der Selterstraße führenden Schaufenstern schlugen. Die in den oberen Stockwerken wohnenden Mieter wurden durch Feuerwehrcränner ins Freie gebracht und das Feuer gleichzeitig von der Müller- und Selterstraße aus angegriffen. Von der Selterstraße aus konnten die Flammen in verhältnismäßig kurzer Zeit zurückgedrängt werden; um so mehr Arbeit erwiderte der Wehr aber in den nach dem Hofe zu gelegenen Lagerräumen. Hier wurden die Wärdarbeiten durch starke Verqualmung erschwert, so daß erst nach weislicher Arbeit die Gefahr für beseitigt galt. Das Feuer hatte an dem Hofschacht entlang seinen Weg auch nach den oberen Stockwerken genommen, wurde dort aber rechtzeitig erstickt. Die Mieter entgingen dadurch größerer Gefahr, daß das Geschäftshaus bereits entsprechend den neuen baulich-gesundheitlichen Vorschriften über Warenhäuser umgebaut war. Der durch den Brand verursachte Schaden ist ganz bedeutend, da das große, aus Sammet, Seidenstoffen, Tricotagen usw. bestehende Lager fast ganz vernichtet ist.

Aus den Nachbarorten.

In Schmargendorf hat es in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung abermals mit dem Gemeindevorsteher Hofmann in Geldangelegenheiten einen Konflikt gegeben. Der Gemeindeverordnete Kammerath hat an die Gemeinde ein jährliches Jagd-Pachtgeld von 340 M. zu entrichten, das nach seiner und eines Jungen Behauptung regelrecht bezahlt worden ist, in der Kasse sich aber nicht vorfindet. Da Herr Kammerath die Quittung nicht wiederfinden konnte, hat er unter Vorbehalt den Betrag noch einmal am Vormittag des Verhandlungstages eingezahlt. Herr Gemeindeverordneter Jung und das Mitglied der Rechnungskommission Reumann gaben der Überzeugung Ausdruck, daß Herr Kammerath eine Veranlassung sich nicht habe zu Schulden kommen lassen. Als man noch darüber nachdachte, wie dieser Fall aufzuklären sei, kam weiter zur Sprache, daß der Gemeindevorsteher sich um einen Betrag von 204 M. zu Ungunsten der Gemeinde geirrt hat. Es handelte sich hier um den Ankauf des Grundstückes Niddrogerstraße 8 zu Kirchhofszwecken. Während der Gemeindevorsteher der Hoffnung Ausdruck gab, daß er den Betrag vom Verkäufer des Grundstückes, Baumeister Sohn, wiedererhalte, sprach Gemeindeverordneter Jung sich dahin aus, daß die Gemeinde beim Ankauf des Grundstückes arg überzahlt worden sei. Nachdem zum erstenmal im Juli, zuletzt am 14. Oktober von der Gemeindevertretung der Ankauf des genannten Grundstückes wegen zu hohen Preises (280 M. pro Acre) abgelehnt worden sei, sei auf erneute Vorlage des Herrn Gemeindevorstehers am 28. Oktober der Ankauf für 330 M. pro Acre genehmigt worden. Ein Herr Brud aus Sände, ein intimer Freund des Herrn Gemeindevorstehers, habe sofort am nächsten Tage nach dem Beschluß der Gemeindevertretung das Grundstück für den Preis von 14000 M. an sich gebracht, um es wenige Tage später für 15625 M. der Gemeinde Schmargendorf zu verkaufen. Herr Jung behauptete auf Grund des vorliegenden Materials, daß dem Zwischenhändler von seiten eines Mitgliedes der Gemeindeverwaltung oder der Gemeindevertretung Vorbehalt geleistet sein müsse, verlangte die sofortige Besetzung des Kaufvertrages, ferner Feststellung, ob Herr Brud seiner Zeit Umsatzsteuer entrichtet habe, und drohte andernfalls, die Sache am nächsten Tage der Staatsanwaltschaft einzureichen. Der Gemeindevorsteher erklärte, nicht gewohnt zu haben, daß Herr Brud in Wirklichkeit als Käufer aufgetreten sei. Die Gemeindevertretung beschloß, ein Untersuchungsausschuß zu einsetzen, der die Akten in der Kaufsache vorzulegen wird. Die den „Wilmersd. Nachr.“ mitgeteilt wird, konnten die Akten in dieser Sache jedoch bisher nicht aufgefunden werden. Von der Erstellung der Rechnung für das Rechnungsjahr 1901 wurde unter diesen Umständen natürlich Abstand genommen.

§ 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und die Niddorfer Gewerbe-Deputation. Die städtischen Arbeiter in Niddorf wollen festgesetzt haben, daß ihnen im Sinne des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bei Krankheitsfällen, militärischen Leistungen und in Fällen, wo sie ohne ihr Verschulden eine nicht erhebliche Zeit den Dienst nicht versehen können, der Lohn weiter gezahlt werde. Die Gewerbe-Deputation hatte sich mit diesen Anträgen zu beschäftigen. Der Decernent hielt das Verlangen an sich für beachtenswert und meinte, es läge wohl für Niddorf bezüglich der Kranken das Berliner Vorgehen in Betracht, wonach bei unverschuldeter Krankheit der Lohn unter Abzug des Krankengeldes in der Regel 4 Wochen lang, und nach einer gewissen Beschäftigungsdauer 6 Wochen lang gewährt wird. Trotz aller Sympathie hierfür müsse aber wegen der finanziellen Verhältnisse Niddorfs die Frage der materiellen Belastung der Stadt ernst erwogen werden. Es wurde vorgeschlagen, ein Jahr zu warten, um die Erfahrungen der neuen Betriebsklasse abzuwarten. Dagegen beantragte eine Minderheit, gleich Beschluß zu fassen, wobei betont wurde, daß diese Angelegenheit doch mit der Krankenversicherung an sich gar nichts zu thun habe. Der Antrag, den Wünschen der Arbeiter gleich gerecht zu werden, wurde jedoch abgelehnt und beschlossen, die Vorlage auf ein Jahr zu vertagen. Wegen der „einheitlichen Regelung“ vertrat die Deputation gegen die Stimmen der Minderheit zugleich auch die Erledigung derselben Frage bezüglich der Entlohnung während der militärischen Leistungen und sonstiger nicht verschuldeter Arbeitszeit-Verminderungen. Der Decernent erachtete dies um so eher für angebracht, weil die verschiedenen städtischen Betriebsverwaltungen schon jetzt in den genannten Fällen Minderheit nähmen und nicht gleich Abzüge machten.

Ein weiterer Antrag der städtischen Arbeiter auf Anhebung der Gehälter und Hinterlassenen-Versicherung wurde ebenfalls vorläufig zurückgestellt. Das vorhandene Material soll den Deputationsmitgliedern zugänglich gemacht werden und der Magistrat soll inzwischen über die finanzielle Frage Ermittlungen anstellen.

Den Gasarbeitern wurde für Wochenstunden ein Lohnzuschlag von 50 Proz. zugestimmt.

Ueber das Statut der Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Niddorf hatte die Niddorfer Gewerbe-Deputation am Montag zu befinden. Die Kasse soll am 1. April ins Leben treten. Wegen einzelne Bestimmungen des Magistratsentwurfs wurden von den Arbeitervertretern Bedenken geäußert. So wurde angeregt, zu streichen, daß das Krankengeld erst vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab zu gewähren sei. Die Mehrheit entschied aber dagegen. Ebenfalls fiel eine Anregung, die Bestimmung zu streichen, wonach in der Wahl des Arztes während derselben Krankheit ohne Zustimmung des Vorstandes ein Wechsel nicht vorgenommen werden darf. Nach dem Entwurf soll der Vorstand bestehen: aus vier von der Generalversammlung zu wählenden Beisitzern und aus zwei Vertretern der Stadtgemeinde, nämlich dem Vorsitzenden und dem Kassensführer, der zugleich Stellvertreter des Vorsitzenden sein soll. Hierzu wurde beantragt, festzusetzen, daß der stellvertretende Vorsitzende nicht der Kassensführer, sondern ein von der Generalversammlung zu wählendes Kassensmitglied sein solle. Der Decernent erklärte sich entschieden gegen eine solche Änderung und die Mehrheit lehnte sie ab. Die Kassensmitglieder werden in vier Klassen eingeteilt, je nach dem Arbeitsverdienst, und die Beiträge demgemäß auf 45 Pfennige, 30 Pf., 21 Pf. und 15 Pf. pro Woche festgesetzt. An Unterbringung gewährt die Kasse: Vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung und freie Arznei, Brillen, Verbandstoffe usw. Bei Erwerbsunfähigkeit wird vom vierten Tage ab einschließlich für jeden Kalendertag, also auch Sonntags, bis zu 20 Wochen ein Krankengeld in Höhe von drei Fünfteln des durchschnittlichen Tageslohns, der bis auf weiteres für die erste Klasse auf 3 M., für die zweite Klasse auf 2 M., für die dritte Klasse auf 1,50 M. und für die vierte Klasse auf 1 M. festgesetzt ist. Einstimmig erklärte sich die Deputation für die Einführung der freien Arztwahl.

In Charlottenburg wurde gestern früh der Kirchhofswächter Anton Weber von einem Ob durch Revolvergeschosse schwer verletzt. In letzter Zeit sind auf dem alten Kirchhof die jüngsten

Trieb von Weidenbäumen, sogenannte „Weidenläden“, mehrfach von Dieben abgegriffen worden. Der Wächter Weber hatte sich vorgenommen, diesem Treiben Einhalt zu thun und den Dieb abzufassen. Gestern früh hörte Weber ein verdächtiges Geräusch auf dem Kirchhofe. Er bewaffnete sich mit einem Revolver, den er mit Schrotpatronen geladen hatte und ging aus seinem Wachttraume heraus. Nach kurzer Zeit fand er einen Menschen, der schon eine Anzahl Zweige mit einer Säge abgegriffen hatte, auf einem Baume sitzen. Weber forderte den Dieb ab, von dem Baume herunterzusteigen. Der Mann that das, gab aber aus einem Revolver mehrere Schüsse auf Weber ab, der nun seinerseits einigemal seine Waffe auf den Gegner abdrückte. Dann ergriff der Dieb die Flucht. Weber, der durch zwei Schüsse schwer verwundet war, mußte von der Verfolgung Abstand nehmen. Er suchte einen Arzt auf, der ihm einen Notverband anlegte, und begab sich dann auf Anraten des Arztes in das städtische Krankenhaus. Eine Kugel ist ihm durch den rechten Mittelfinger gegangen, die andre Angel hat den Unterarm verwundet und ist bis zum Ellenbogen gedrungen. Der gefährliche Wundstich ist anscheinend ein Gärtnergehülse, der die Weidenläden an Gärtnereien oder in den Parkanlagen verkauft. Er ist etwa 19 oder 20 Jahre alt, 1,69 bis 1,72 Meter groß, hat blondes Haar, kleinen Schnurrbart, rundes, volles Gesicht und kräftige Statur. Meldungen sind an die Charlottenburger Criminalpolizei, Kirchhofstr. 3, Zimmer 53, zu richten.

Soziale Rechtspflege.

Der Lederarbeiter W. verlangte im Klagewege vom Fabrikanten Zander 12 M. rückständigen Lohn für 2 Gros Trefors. Der Vertreter des Beklagten rechtfertigte die Vorenthaltung des Lohnes für die 288 Portemonnaies damit, daß sie schlecht gearbeitet seien. Auch wurde Widerklage erhoben und geltend gemacht, daß dem Beklagten ein Schaden von 55 M. durch die schlechte Arbeit entstanden sei. — Die sachverständigen Beisitzer der Kammer II des Gewerbegerichts stellten durch Augenschein fest, daß direkt schlecht von den 2 Gros nur 89 Stück sind. Der Kläger betonte, daß er bei dem geringen Preise und dem erhaltenen schlechten Material die Arbeit nicht hätte besser machen können. — Der Gerichtshof unter Vorsitz des Herrn v. Schulz verurteilte den Beklagten Zander, an den Kläger 8,25 M. Lohn für die als verwendbar befundenen Trefors zu zahlen. Dagegen wurde der Kläger und Widerbeklagte W. verurteilt, an den Beklagten und Widerkläger Zander 17 M. Schadensersatz zu zahlen, wofür ihm die 89 als schlecht befundenen Trefors auszuhändigen sind.

Gerichts-Zeitung.

Eine Streitangelegenheit lag der Anlage wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung und verbotener Rötung zu Grunde, welche gestern vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I gegen die Kohrleger Albert W. u. e., Gustav W. u. e. p. n. i. und Paul Heinrich verhandelt wurde. Am 15. Oktober v. J. war der größte Teil der Berliner Kohrleger in den Ausstand getreten. Die Angeklagten erfuhr, daß zwei ihrer Kollegen, welche sich dem Ausstande nicht angeschlossen hatten, auf einem Neubau in der Hofenheide beschäftigt waren. Sie begaben sich am 24. Oktober dorthin und trafen die beiden Kollegen auch bei der Arbeit an. Zunächst versuchten die Angeklagten durch gütliche Vorklärungen die Arbeitenden zu bewegen, sich ihnen anzuschließen. Als das keinen Erfolg hatte, wurde ein scharfer Ton angeschlagen und einer von den drei Besuchern — wer der Redner gewesen, hat sich mit Sicherheit nicht ermitteln lassen — drohte damit, daß der Bau am folgenden Tage mit 50 Streikenden unvollendet werden würde. Hierin erblickte die Anlagebehörde eine gegenwärtige Beeinträchtigung und verbotene Rötung. Die Angeklagten bestritten, diese infrimmierte Versicherung gethan zu haben, die Zeugen blieben aber dabei, daß einer derselben sie gethan und dessen Begleiter durch ihr ganzes Verhalten zu erkennen gegeben hätten, daß sie ihm zustimmten. Der Staatsanwalt hielt beide Vergehen für erwiesen und beantragte gegen die Angeklagten je einen Monat Gefängnis. Die beiden Verteidiger, Justizrat Modler für das Richterbandmitglied Heinrich und Rechtsanwalt Heinemann für das Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes Abel plaidierten für Freisprechung insbesondere aus dem Gesichtspunkt heraus, daß nicht erwiesen sei, wer die drohende Versicherung gethan habe. Das sei zweifellos nur einer gewesen. Dafür seien aber die beiden andern nicht verantwortlich, da der Satz: „Mitgefänger, mitgehangen“ nicht für die Justiz gelte, ja das Gegenteil einer solchen ist.

Der Gerichtshof hielt nicht eine verbotene Rötung, dagegen aber das Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung für vorliegend. Das den Arbeitern gesetzlich gewährte Koalitionsrecht solle denselben gewiß nicht verkleinert werden, aber andererseits habe die persönliche Freiheit und das Rechtsbewußtsein der Arbeitswilligen Anspruch auf Schutz, und kein Mann in Deutschland, der arbeiten wolle, dürfe daran gehindert werden.

Die Strafe sei für jeden Angeklagten gleich, auf je eine Woche Gefängnis, bemessen worden. Zwar sei nicht festgestellt, wer die drohenden Worte gesprochen habe. Die beiden andern aber haben dem Drohenden zugestimmt und kommen als Mitthäter in Betracht.

Wegen verbotener Erprobung hatte sich gestern der Klempner Adolf Lech vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Er befand sich in Not und griff zu einem schamlosen Mittel, um sich daraus zu befreien. Er richtete an einem Großkaufmann, den er nur den Namen nach kannte und von dessen Lebensführung er nicht die geringste Ahnung hatte, einen frechen Erpresserbrief. Er stellte darin die völlig aus der Luft gegriffene Behauptung auf, daß der Adressat als ein Mann bekannt sei, der sich fortgesetzt gegen § 175 Str.-G.-B. verführe. Er, der Schreiber, habe die feste Absicht, das listigste Treiben des Adressaten zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft zu bringen, falls ihm nicht bis zu einem bestimmten Tage ein Schweigegeld von 20000 M. an einem genau bezeichneten Orte eingehändigt werden würde. Der Empfänger des Briefes, auf den die dreiste Beschuldigung absolut nicht paßte, setzte die Kriminalpolizei in Kenntnis und begab sich in Begleitung eines Polizeibeamten zur festgesetzten Stunde an den bezeichneten Ort. Der Angeklagte war aber nicht sichtbar. Bald darauf traf ein zweiter Brief ein, in welchem dem Adressaten dringend nahe gelegt wurde, zur Vermeidung von Schmach und Schande den nunmehr auf 25000 M. erhöhten Betrag zu zahlen, oder alle in zu kommen, da die Anwesenheit eines Dritten bei derartigen Affären überflüssig sei. Diesmal gelang es, den plumpen Erpresser einzufangen. Er vermachte sich im Termin nur damit zu entschuldigen, daß ihm die Not jenen teuflischen Plan eingegeben habe. Das Gericht verurteilte den nur unwesentlich vorbestraften Angeklagten zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis.

Versammlungen.

Die Posamentiere hielten am Dienstag eine namentlich auch von Frauen zahlreich besuchte Versammlung ab, in der Berger über „Der Aufsichtung in der Posamentenfertigung und die Löhne der Posamentenarbeiterinnen“ sprach. Für die männlichen Arbeiter der Branche, so führte der Redner aus, sei jetzt ein Wochenlohn von 30 M. fast überall erreicht worden und als niedrigster Lohn, für weniger Leistungsfähige, 27 M. Dagegen würden die Arbeiterinnen vom Unternehmer nach Belieben bezahlt und daran sei hauptsächlich der Umstand schuld, daß sie größtenteils nicht der Organisation angehören. Die jetzige gute Zeit sollte von den Arbeiterinnen ausgenutzt werden. Gute Arbeiterinnen der Posamentenfertigung sollten mindestens 18 M. Wochenlohn, jüngere mindestens 15 M. verlangen. Schwierig ist die Regelung der Löhne bei Heimarbeit. Hier herrscht infolge des Mangels an geschicktem Schuß unbeschränkte Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft und der Kinder. Die Isolierung der Arbeiterinnen macht es dem Unternehmer möglich,

die Preise aufs äußerste zu drücken. Dem könnte mit Erfolg entgegenwirkt werden, wenn die Arbeiterinnen öfter zusammenkommen würden, um sich gegenseitig über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszusprechen. Durch Anknüpfen an die Organisation, die bei einem Wochenbeitrag von 20 Pf. auch Krankenunterstützung gewährt, könnte die Lage der Arbeiterinnen um vieles verbessert werden. — Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall. — Ueber die Thätigkeit der Arbeiterinnen-Agitationskommission berichtete Fräulein Weh. Diese Kommission, die vor 2 Jahren gebildet wurde, hat den Erfolg erzielt, daß die Arbeiterinnen sich nicht mehr so ganz fremd wie früher gegenübersehen. Die Zahl der organisierten ist freilich zu der der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen noch recht gering. Die Werksbesucherkommissionen sowie der am Mittwoch nach dem 15. jeden Monats stattfindenden Versammlung der Filiale der Posamentiere zu sorgen. — Die Verhandlung über die Mahregelung bei der Firma P. Knopfmacher wurde vertagt, weil noch keine vollständige Klarheit über den Fall herrscht. Es soll darüber zunächst in einer kombinierten Sitzung verhandelt werden. Die Versammlung ist gespritzt und streng zu meiden.

Eine Versammlung für alle im Treppenaufbau beschäftigten Personen tagte am 15. d. M. im „Englischen Garten“, um sich mit der Frage zu beschäftigen: „Wie schaffen wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen?“ Das einleitende Referat hielt P. L. O. Er gab bekannt, daß im Treppenaufbau ungefähr 350 bis 400 Personen beschäftigt sind. In Betracht kommen für Berlin 24 Werkstellen. Auf die einzelnen Berufe entfallen: Drechsler 120, Tischler 78, Stellmacher 76, der Rest verteilt sich auf Bildhauer, Polierer und Maschinenarbeiter. Die Lohnverhältnisse in den einzelnen Werkstellen sind sehr verschieden; so wird in einzelnen Werkstellen ein Stundenlohn von 35 bis 40 Pf., in den meisten aber ein solcher von 50 bis 52 und 58 Pf. gezahlt. Weiter wurde vom Referenten auf die Mißstände, die fast in allen Werkstellen vorhanden sind, hingewiesen, nämlich daß Anleideräume und Waschlagerarbeiten fast überall fehlen, ebenso die Schutzeinrichtungen an den Maschinen. In der Diskussion wurden von sämtlichen Rednern die Angaben des Referenten bestätigt. Im großen ganzen ist in allen Werkstellen noch viel zu wünschen übrig. Es wurde eine Kommission gewählt, die einen Tarif ausarbeiten soll, um die Preise und Lohnverhältnisse in allen Werkstellen zu regeln.

Generalverband der Brauer. (Sektion I.) In der letzten Mitgliederversammlung gab Preuß den Bericht der Agitationskommission. Es haben stattgefunden: 20 Sitzungen, 15 mündliche Verhandlungen mit einzelnen Brauereien und 3 Sitzungen mit Vertretern des Vereins der Brauereien Berlin und Umgebung bezüglich des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Heyder ergänzte den Bericht und gab die Abrechnung der Kasse obengenannter Kommission. Einer Einnahme von 384,35 M. steht eine Ausgabe von 214,12 M. gegenüber. Im Anschluß hieran brachten einzelne Kollegen Mißstände aus ihren Betrieben zur Sprache. In die Agitationskommission wurden neu gewählt: W. Richter, Heyder, Tröger, Schmutz und Schwedler. — Von den ringförmigen Brauereien haben die Abmachungen bezüglich des § 616 des B. G. B. bis jetzt anerkannt: Gilsbein II, Kaiserbrauerei, Charlottenburg, Werderische Brauereien und Oberwalder Niederlage.

Verband der Civilmusiker. (Ordnungsverwaltung Berlin.) In der Generalversammlung am 17. Februar wurde mitgeteilt, daß der Besitzer des Lokals „Elysium“, Landsberger Allee 40/41, bei verschiedenen Gelegenheiten eine Kapelle, bestehend aus Positivanten, beschäftigt. Die Kollegen, welche dort beschäftigt sind, wandten sich beschwerdeführend an das Postamt 16 und erhielten folgenden Bescheid:

„Auf die am 10. Januar hier vorgebrachte mündliche Beschwerde wird Ihnen erwidert, daß nach Prüfung der Angelegenheit keine Veranlassung vorliegt, dem Briefträger L. das gelegentliche Musikieren in dem Lokal „Elysium“, Landsberger Allee 40/41, zu untersagen.“

Die Versammlung drückte ihre Mißbilligung über das Schreiben durch Annahme einer Resolution aus. Der Verband soll die Sache weiter verfolgen.

Teltow. Am Sonntag tagte hier selbst im Lokale zum Schweizerhäuschen auf dem Seehof eine öffentliche Volksversammlung. Trotz des schlechten Wetters hatten sich auch viele Dorfbewohner eingefunden, so daß der Saal dicht gedrängt voll war. Reichstags-Abgeordneter Jubel sprach über die politische Lage. Wahre Beifallsstürme folgten der Rede des Genossen Jubel. Der Verlauf der Versammlung berechtigt zu der Hoffnung, daß hier bei den Reichstagswahlen ein großer Zuwachs für die Socialdemokratie verzeichnet werden kann.

Vermischtes.

Naturalismus an der Gerichtstafel. Aus Hlensburg wird berichtet: Dieser Tage war der für unser Amtsgerichts lebhafte als sonst frequentiert. Leute, die im übrigen nichts auf dem Gericht zu thun hatten, sammelten sich vor dem schwarzen Brett und studierten dort mit stummem Interesse eine der vielen Bekanntmachungen. Sobald eine Schar Mißbegieriger sich Belehrung geholt hatte, wurde sie von einer andern abgelöst und so kam es, daß der Platz vor der sonst nicht sonderlich besetzten Gerichtstafel den ganzen Tag nicht leer wurde. Wer an naturalistischer Letztzeit Begehren fand, kam allerdings voll auf seine Kosten. Objekt des lebhaftesten Studiums war ein Gerichtsbeschuß, dessen Inhalt wir, so weit es die Rücksicht auf unsere Leser und der Sittlichkeitsparagraf des Strafgesetzbuches gestattet, andeutungsweise wiedergeben wollen. Der Beschuß verurteilt, natürlich unter voller Namensnennung, daß die am 7. Februar 1898 geborene Dienstmagd Marie S. in Fürsorge-Erziehung gegeben werden soll. Dann folgen die ungeschminkt mitgetheilten Gründe für diese Anordnung: Der Magistrat hat am 8. Oktober 1902 den Antrag gestellt, das oben bezeichnete Dienstmädchen zur Fürsorge-Erziehung zu bringen, da dasselbe in der schamlosesten Weise Mißbrauch getrieben habe. Der Geistliche, der Pfarrer und die Mutter des Mädchens sind gehört worden. Die angestellte Ermittlung hat ergeben: Das Mädchen war im Sommer vorigen Jahres bei dem Landmann S. in Glödsburg in Dienst. Während dieser Zeit hat sie in unglücklichster Weise Mißbrauch getrieben. Sie war fast keine Nacht im Hause, sondern trieb sich mit Männern herum, meistens mit Zigelei-Arbeitern. Wenn sie bei ihren unzüchtigen Handlungen erfaßt und zur Rede gestellt wurde, lachte sie frech und schamlos. Nun folgt in dem amtlichen Aktenstück eine nicht gut wiederzugebende Stelle des Inhalts, daß das liebebedürftige Mädchen in einer Nacht acht Männern je viermal zärtlich zugehen war und dann eine sehr deutliche Schilderung der körperlichen Folgen solcher unerhörten Perversionen. Nachdem weiter dargelegt worden, daß die Dienstherren vergeblich dem Mädchen die Kleider weggenommen hat, um sie von ihrem Treiben abzuhalten und daß die Person sogar tagsüber von der Arbeit weggelaufen ist, um sich mit Männern herumzutreiben sowie schließlich an einer häßlichen Krankheit gelitten hat, folgt die Mitteilung, daß das ungeratene Kind vorläufig im Waisenhaus untergebracht ist.

Es mag ja sein, daß an der Marie S. auf alle Fälle Hopfen und Malz verloren ist. Aber das Gericht scheint ja anderer Meinung zu sein, eben weil es für sittlichen Läuterung des Mädchens die Fürsorge-Erziehung angeordnet hat. Und von diesem Standpunkt aus scheint uns die öffentliche Darstellung des unzüchtigen Treibens dieser Person denn doch sehr bedenklich. Wer derart gebrandmarkt ist, wie dies offenbar an Rhythomanie leidende Mädchen, wird bei dem Versuch, zu einem gesitteten Leben zurückzulehren, überall abgewiesen werden und muß daher wohl oder übel wieder dem Laster verfallen. Und daher thäte die Gerichtsverwaltung gut, in künftigen Fällen ähnlicher Art sich etwas weniger naturalistisch zu geben. Von der Rücksicht auf die Öffentlichkeit garricht weiter zu reden.

Socialdemokratischer Verein im 5. Berl. Reichstags-Wahlkreise.

Donnerstag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr,
im Alten Schützenhause, Linien-Strasse Nr. 5:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden, des Kassierers und der Revisoren. 2. Bericht der Vertrauensleute, Presb., Lokal- und Agitations-Kommission. 3. Vereins- und Parteianglegenheiten. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. 245/2 Der Vorstand.

Achtung! Arbeiter-Radfahrer Achtung! vom Kreise Niederbarnim.

Samstag, den 22. Februar 1903, nachm. 2 1/2 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
aller Arbeiter-Radfahrer v. Kreise Niederbarnim
in Friedrichberg, Frankfurter Chaussee 86 (Kronprinzengarten).

Tages-Ordnung: 1. Die Arbeiter-Radfahrer und die kommenden Reichstags- und Landtagswahlen. 2. Wahl des Vertrauensmannes. 3. Verschiedenes. 271/3
Die Vertrauensleute sowie die Vorstände der Radfahrereine vom Kreise Niederbarnim sind hiermit freundlich eingeladen. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Einberufer.

+ Männer-Vortrag +

morgen, Freitagabend 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 20 (Arminh.) über: **Sexuelle Störungen, Schwächezustände, Gonorrhoe.** Erklärt an Lichtbildern vom prakt. Naturwissenschaftl. Grundmann. Naturärztliche Sprechst. Kurantale Köpnickstr. 72, 11-2, 6-8, Sonntags 10-12. Vortrag ist für Männer sehr wichtig. Brochüre und Eintritt 20 Pf.

Steinarbeiter!

Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexander-Strasse 27 c:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Beratung aus der letzten Versammlung. 2. Die neue Tarifvorlage leitend der Steinmetz-Gewerkschaft. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet. 172/5 Der Vertrauensmann.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer

(Eingetrag. Hilfskass. Nr. 2, Hamburg). Central-Verwaltung Berlin.
Freitag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1902. 2. Wahl der Revisoren. 3. Verschiedene Kasienangelegenheiten. 259/1 Der Vorstand.

Neu! Berliner Kütte! Neu! „Schwemme“

Prinzen-Str. 44. (nach Münchener Art). am Moritzplatz.

Grösste Schenswürdigkeit Berlins.

Zum Ausschank gelangt:

Berliner Müttenbräu in Masskrügen
1/2 Liter 12 Pf., 1 Liter 23 Pf.

Warme Speisen nur zu 30 u. 40 Pf. a Portion.

Paul Ladewig, früher Geschäftsleiter der Frankfurter Kütte.

Freie Volksbühne.

Sonntag, 22. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater. 11/12. Abteilung. L'intruse. Der Kammersänger. Litteratur.
Lessing-Theater. 3/5. Abteilung. Dämmerung. Schauspiel in 5 Akten von Ernst Kosmer.

Die Bühnenhefte No. 6 u. 7 sind in den Zahlstellen erhältlich. Der Theatersettel wird im Theater unentgeltlich verabfolgt.

8. Serie im Metropol-Theater vom 8. März ab: Helden.

Komödie in 3 Aufzügen von Bernhard Shaw.
Sonabend, den 14. März, in der Brauerei Friedrichshain:

März-Fest. Beethoven-Konzert

Mitwirkende:
Berliner Tonkünstler-Orchester. Dirigent: Franz v. Blon.
Recitation: Frau L. Wisse Dumont vom Deutschen Theater.
Festmarken a 50 Pf. in den Zahlstellen.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

226/8

Anker-



Brikets

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Haut- und Haarleiden. Spezialarzt für (59/9) 10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Land 2 Mt. pro Woche Abzahlung, Barzelle 840 am 300 R., nur mündlich, verkauft Herronymy, Blumenstr. 79.
Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
A. Schulz, Reichenberger-Strasse 5
empfiehlt Einrichtungen in Kirschbaum und Mahagoni von 240 bis 5000 Mark zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Coulaueste Bedingungen. 612/9

In dem Kaiserl. Centralverband der Maurer, Mauerwerk, soll es nicht drei heißen, sondern Brosy wie auf dem Fettel Hand.

Orts-Krankenkasse der Gastwirte u. verwandten Gewerbe zu Berlin.

Ausserordentliche General-Versammlung

der gewählten Vertreter der Kasse am Donnerstag, den 26. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wannemacher, Dresdenstr. 45.

Tages-Ordnung: 1. Vorstandswahl. Wahl eines Arbeitgeber-Vertreters für die Wahlperiode 1903-1905. 2. Bericht des Vorstandes über die Verwaltung und Tätigkeit der Kasse. 3. Bericht des Special-Verges über den Vertrauensarzt. 4. Verschiedenes. Berlin, den 18. Februar 1903.

Der Vorstand.
Poppe, Vorsitzender. Braun, Schriftf.

Gross-Fischer-Export-Artikel.

Neueste, wahre, billigste Preise. Per Rechnung.
Feinste Zelfetheringe 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100. 2652/2
Der Post überall franco hin.
4 Liter-Dose, 100 St. Delikatessen, Bismarcker 3 u. 3 1/2, 70 Brat-heringe 2 1/2, u. 3 R., bis 100 Koff-mühle 3 u. 3 1/2, Ruff. Sard. 3 R. Salzheringe, 70 St., janz. 2, 70. grösere, 60 St., 3 R., große Voll-heringe 3 R.
Riste Gold-Büdlinge, fein, 120 St., 3 R., gr. Voll- u. Fett-Büdlinge 3 1/2, R.
Riste Sprossen 2 1/2, 2 Risten 4 1/2, R.
W. Schwandt, Swinemünde. Bäckerei, Pratz u. Marin. Kutt.

Die Beerdigung des Steinbruders Eduard Engelskirchen kann heute nachmittags nicht erfolgen, da die Leiche beschlagnahmt ist. Die trauernde Witwe.

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Nichtstelle Berlin.)
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, dass unser langjähriges treues Mitglied, der Buchbinder Ernst Kinnemann

(Kohrmann) am Montag nach kurzem Krankenlager verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstagnachmittag 4 Uhr vom Trauerhause in Adlershof, Helbigstrasse 24, aus statt. [23/10] Um rege Beteiligung ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Todes-Nachricht.

Vom 16. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, verstarb nach dreitägigem Krankenlager an der Lungenentzündung unser Bekannter Herr Ernst Kinnemann

genannt Kohrmann in seinem 37. Lebensjahre. Wir beklagen in ihm einen braven, biederen, gerechten Kollegen, vor ihm kamme, wird unsern Beilaut zu würdigen wissen. Wir werden seiner stets gedenken.

Die Beerdigung findet heute Donnerstagnachmittag 4 Uhr vom Trauerhause, Adlershof, Helbigstrasse 24, aus statt. 2291b
Das Personal der Buchbinderei Otto von Holten.

Masken-Garderobe

von 2712/2
Carl Ernst, Köpnickstr. 126, 1. Et. Grösste Auswahl! Billigste Preise! Borgeher dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

Herren- Wochen, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. 3482/2

J. Kurzberg, Neue Königinstr. 47 II. am Alexanderplatz.

Uhrmacher Barth scher Konkursmassen- Ausverkauf!

Uhren,
Goldwaren
etc. 581L/2

Friedrich-Strasse 54.

Buss' Salon und Garten

Grosse Frankfurterstr. 85.
Empfehle Vereinen meine Säle mit grossem Naturgarten für 1. Pfingst-Feiertag und Sonnabends. 604L/2

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737/2
Vorläufige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 14963/2
Krawattenstoffe, große Auswahl. Ballnertheaterstr. 30. 2232/5
Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Etid 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Gullabreit, Comploir Kaiserstr. 25A, früher Parminstr. 4 und 5. Sonntags geöffnet.
Teppiche (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Weiss, Haderstr. 4, Bahnhof Börse. 119/5
Teppich, Betten, Steppdecken, Gardinen, Wäsche, Anzüge, Remonteurhosen spottbillig. Reichhaus, Reanderstr. 6. 61/2
Möbel, Spiegel, Silber, Standuhren, Regulatoren spottbillig. Reichhaus, Reanderstr. 6. 61/2
Möbelmagazin Meyer, Invalidenstr. 38, Meyer Möbel, Teppiche, Gardinen in bester Ausführung zu billigen Preisen. Teilzahlung gestattet. 13168/2
Ausführungsbüro, Möbel-Total-Unterkauf zu staunend billigen Preisen. Thiele, Akerstr. 120, am Gartenplatz. 14928/2
Teppiche mit Handwebstuhl. Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737/2
Betten, 2 Stund, sehr billig. Guhn, Rühlhofstr. 13, II. 2157/2
Kantarisierher, Wäsche verkauft. Scholtz, Schindlerstr. 20. 4120

Verschiedenes.

Möbelkuchende, Braunkohle, neue Spindeln 21,00, Bettstellen mit Matratzen 35,00, Spiegel, Truemeau, Sofas verschiedener Ausführung, Küchenmöbel. Riefige Ausstatt., reelle Arbeit. Bekannt billig. Darnand, Dresdenstr. 124. Nur Reiser, kein Laden. 14998/2
Betten Umstände halber sehr billig zu verkaufen. Müntzstr. 223a, II links. 2159/2
Betten verkauft billig. Landwehrgerstr. 75, II links. 2158/2
Krankenzubehöre für Zimmer und Strasse käuflich und leihweise in allen Größen. Kopp, Elberstr. 95. 128/17
Pianino, gut erhalten, sofort denkmächtig. Ritterstr. 120, I. 57/10
Pianino 140,00, großartiger Ton, Sopranos. Teier Kabatt, Lützowstr. 7 parterre. 794/2
Nähmaschinen ohne Anzahlung, modernste 1,00, Bobbin, Ringstift, Adler, Schneidmesser, Turmstr. 33, Bernauerstr. 47B. 15048/2
Barreilhaft kauft man Central-Edwin, Ringstift, Adler, rind und vorwärts, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Bernauerstr. 44, Rechner. 15048/2
Rahmenmaschinen Ringstift, Adler, Central-Edwin, Orion (Rotations-Edwin), Besta, Lambourier, Clavic, Söhlen und Bienen-Rahmen. Ueigen Ausstattung, billige Preise, bei Abzahlung coulanteste Bedingungen. Wellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landwehrgerstr. 14098/2
Strickmaschinen, auch Teilzahlungen. Frederes, Engel-Ufer 20.
Steppdecken billigst. Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737/2
Wäschepind, Kleiderpind, Sofa, Tisch, verschiedenes Langenbeckstr. 7, vorn III rechts. 2292/5

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Acquisiteur sucht Stellung per August. Offerten Baumstr. 10, Köpnickstr. 1. 776
Bücher Stuhlreiter bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Rulandstr. 27, II. Glöcker.
Stellenangebote.
Hochlohnender Nebenverdienst für jedermann. Auskunst kostenlos. Herrn. Wolf, Kwidau, Bülcherstr. 11956/2
Verding für meine Brechergoldbe-Kantale, welcher die I. Klasse besucht hat, verlangt Hugo Frisch, Buchbindermeister, Rühlhofstr. 12. (Schleifenlohn 24 bis 40 Mark.) 22415
Intelligenten verheirateter Kaufmann, aus erstklassigen Hause, der sich zum Aufsucher eignet, wird gesucht. Nur Herren von entsprechendem Stande, die auf gute dauernde Stellung reflektieren, werden gebeten sich zu melden. Offerten an die Expedition dieser Zeitung unter L. 1. 2207/5
Grundbesitzer verlangt Köpnickstr. 150. 22048/2
Tüchtige Farbigenmacher und Verleger verlangt Goldleisten-Fabrik, Reichendergerstr. 88. 725
Schmuckbinder Stepperin und Handarbeiterin. Lewin, Borsfelderstr. 30 II. 2206/2
Mantell auf Ballets. Bodminck, Bernauerstr. 120. 7188/2

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Acquisiteur sucht Stellung per August. Offerten Baumstr. 10, Köpnickstr. 1. 776
Bücher Stuhlreiter bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Rulandstr. 27, II. Glöcker.
Stellenangebote.
Hochlohnender Nebenverdienst für jedermann. Auskunst kostenlos. Herrn. Wolf, Kwidau, Bülcherstr. 11956/2
Verding für meine Brechergoldbe-Kantale, welcher die I. Klasse besucht hat, verlangt Hugo Frisch, Buchbindermeister, Rühlhofstr. 12. (Schleifenlohn 24 bis 40 Mark.) 22415
Intelligenten verheirateter Kaufmann, aus erstklassigen Hause, der sich zum Aufsucher eignet, wird gesucht. Nur Herren von entsprechendem Stande, die auf gute dauernde Stellung reflektieren, werden gebeten sich zu melden. Offerten an die Expedition dieser Zeitung unter L. 1. 2207/5
Grundbesitzer verlangt Köpnickstr. 150. 22048/2
Tüchtige Farbigenmacher und Verleger verlangt Goldleisten-Fabrik, Reichendergerstr. 88. 725
Schmuckbinder Stepperin und Handarbeiterin. Lewin, Borsfelderstr. 30 II. 2206/2
Mantell auf Ballets. Bodminck, Bernauerstr. 120. 7188/2

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Acquisiteur sucht Stellung per August. Offerten Baumstr. 10, Köpnickstr. 1. 776
Bücher Stuhlreiter bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Rulandstr. 27, II. Glöcker.
Stellenangebote.
Hochlohnender Nebenverdienst für jedermann. Auskunst kostenlos. Herrn. Wolf, Kwidau, Bülcherstr. 11956/2
Verding für meine Brechergoldbe-Kantale, welcher die I. Klasse besucht hat, verlangt Hugo Frisch, Buchbindermeister, Rühlhofstr. 12. (Schleifenlohn 24 bis 40 Mark.) 22415
Intelligenten verheirateter Kaufmann, aus erstklassigen Hause, der sich zum Aufsucher eignet, wird gesucht. Nur Herren von entsprechendem Stande, die auf gute dauernde Stellung reflektieren, werden gebeten sich zu melden. Offerten an die Expedition dieser Zeitung unter L. 1. 2207/5
Grundbesitzer verlangt Köpnickstr. 150. 22048/2
Tüchtige Farbigenmacher und Verleger verlangt Goldleisten-Fabrik, Reichendergerstr. 88. 725
Schmuckbinder Stepperin und Handarbeiterin. Lewin, Borsfelderstr. 30 II. 2206/2
Mantell auf Ballets. Bodminck, Bernauerstr. 120. 7188/2

Verantwortlicher Redakteur: Carl Leid in Berlin. Für den Informaten verantwortlich: Th. Glöcke in Berlin. Druck und Verlag: Carl Glöcke in Berlin. Druck und Verlag: Carl Glöcke in Berlin.